



10. HEFT / OKTOBER 1906

ADOLPH VON ELM · DIE GEWERKSCHAFTSDEBATE AUF DEM MANNHEIMER PARTEITAG

EIN Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung: so ist schon mancher sozialdemokratische Parteitag genannt worden; auf den Mannheimer trifft diese Bezeichnung jedenfalls zu.

Nach Jena musste man sehr bald den Eindruck gewinnen, als sei die dort angenommene Resolution ein Alarmruf an die deutsche Arbeiterschaft gewesen, sich schleunigst auf den politischen Massenstreik zu rüsten. Die *schöne Röte* der russischen Revolution hatte es den *Ultradikalen* in der Partei angetan; sie wähten, die in Russland sprühenden Funken würden nach Westeuropa hinüberfliegen und dort die *morschen Staatsbaracken, fertig zum Zusammenbruch*, zum Umfallen bringen. Auch der Genosse Kautsky war von dieser utopistischen Illusion angesteckt; am Schlusse eines Artikels in der im Januar erschienenen Prachtausgabe zum Gedenktage des Beginnes der russischen Revolution sagt er:

»Was sie [die russische Revolution] zu eröffnen verspricht, ist vielmehr eine Ara europäischer Revolutionen, die mit der Diktatur des Proletariats endigen werden, mit der Anbahnung der sozialistischen Gesellschaft.«

Ein zweiter Artikel über die russische Revolution, aus der Feder Rosa Luxemburgs, schliesst mit den Worten:

»Die Revolution in Russland und das eigenartige gesellschaftliche Gebilde, das aus ihr hervorgehen wird, kann nicht umhin, die Klassenverhältnisse auch in Deutschland und überall mit einem Ruck zu verschieben. Mit der russischen Revolution geraten wir bereits in die Übergangsperiode von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft. Wie lange diese Übergangsperiode dauern mag, ist lediglich für politische Wetterpropheten interessant. Für das internationale, klassenbewusste Proletariat ist nur wichtig die starkende, klärende Einsicht in die nahe Zukunft dieser erlösenden Periode, sowie in die Notwendigkeit, in den kommenden Stürmen so schnell an Zähigkeit, Klarheit und Heroismus zu wachsen, wie jetzt das russische Proletariat vor unseren Augen täglich und stündlich wächst.«

Dass weite Kreise der Parteigenossenschaft in Deutschland im Hinblick auf »die nahe Zukunft dieser erlösenden Periode« das, was in Jena wirklich

beschlossen worden war, bald völlig vergessen hatten, ist erklärlich. Die vor dieser *verderblichen Revolutionsromantik* warnten, wurden in Partei- und Gewerkschaftskreisen verhöhnt und verlacht und als *Hirtenbriefler, alte Tanten, Flaumacher* und *seichte Revisionisten* heruntergeputzt.

Wenn auch viele Genossen nicht im entferntesten daran dachten, in Deutschland könnte es ohne eine gegebene revolutionäre Situation, ohne eine wirtschaftliche Krisis und damit verbundene Massenarbeitslosigkeit, ohne eine in solcher Periode eintretende direkte Provokation seitens der Regierung, durch einen Wahlrechtsraub, zu revolutionären Ausbrüchen der Proletariermassen kommen, so hielten sie doch das Spielen mit dem Feuer für ganz nützlich, um, wie sie sagten, die stumpfen Massen aus ihrer Lethargie einmal etwas aufzurütteln. Bei der Wahlrechtsbewegung in Preussen dachten diese Genossen auch nicht daran, dass es dabei zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht kommen könnte, sie wussten: die deutsche Arbeiterschaft ist zu ruhig und besonnen, um sich in einen Massenstreik hineinreden zu lassen. Mit Recht konnten sie deshalb auch über die preussische Regierung lachen, die die umfassendsten Massnahmen für eventuelle Unruhen getroffen hatte. Der 21. Januar verlief, wie vorauszusehen war, in Preussen völlig ruhig. Es wäre dies geschehen auch ohne die Warnung des Parteivorstandes, sich nicht provozieren zu lassen; dass die Mahnung zur Besonnenheit jedoch eine völlig berechnete war, dürfte heute, angesichts der Sprache, die in Reden und Schriften vor dem 21. Januar von einzelnen Parteigenossen geführt wurde, kein objektiv Urteilender bestreiten wollen. Die Vorwürfe, welche dem Parteivorstand wegen seiner Haltung bei der preussischen Wahlrechtsbewegung gemacht worden sind, waren völlig deplaciert; für die deutsche Arbeiterbewegung hätte eine andere Wendung der Dinge geradezu unheilvolle Folgen zeitigen können. Der politische Massenstreik ist etwas anderes, als ein Lohnkampf; wenn schon ein unglücklich verlaufener Streik in einem Gewerbe entmutigend auf die Arbeiter wirkt, so würden die Folgen eines verunglückten politischen Massenstreiks für lange Zeit sowohl die politische, wie die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in ihrer Aktionsfähigkeit lahmlegen.

Dass die an verantwortungsvoller Stelle stehenden Personen in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung rechtzeitig warnten, war ihre heiligste Pflicht. Dass die kleine Gruppe der *Anarchosozialisten*, die in Mannheim von Rosa Luxemburg merkwürdigerweise als die am weitesten linksstehenden Genossen in der Partei bezeichnet wurden, mit diesem Verlauf der Dinge nicht zufrieden war, kann nach ihrer grundsätzlichen Auffassung vom Klassenkampf nicht wunder nehmen; wohl aber musste es befremden, dass andere Genossen, die bislang die gegenteilige Meinung vertreten hatten, plötzlich, von einem Extrem ins andere fallend, die Situation im Januar für den Versuch eines Massenstreiks geeignet hielten.

Als die *Einigkeit*, das Organ der Lokalorganisierten, einen Teil des Protokolls der im Februar abgehaltenen Konferenz der Gewerkschaftsvorstände veröffentlichte, und als durch diesen Verrat interner Besprechungen bekannt wurde, dass Parteivorstand und *Generalkommission* völlig einig waren in der Auffassung, dass eine Propagierung des politischen Massenstreiks in der gegenwärtigen Situation in Deutschland unverantwortlich wäre, erhoben die *Anarchosozialisten* ein wüstes Geschrei über Verrat an der Sache der Arbeit und bewirkten da-

durch, dass auch andere Genossen irritiert wurden und dem Parteivorstand wegen seines *Benehmens* Vorhaltungen machten. Am meisten fielen aber die *Anarchosozialisten* und die ihnen nahestehenden Kreise in der Partei wieder einmal über die Gewerkschaftsführer her. Obgleich durch das veröffentlichte Protokoll erwiesen war, dass, trotz grosser Unzufriedenheit in den leitenden Kreisen der Gewerkschaften über die geradezu unverantwortliche Propagierung des politischen Massenstreiks seitens einer kleinen Gruppe vermeintlich Radikaler in der Partei, die ganze Debatte von dem Wunsche geleitet war, die Einigung zwischen Partei und Gewerkschaften auf der Grundlage der Gleichberechtigung herzustellen, wurde doch wegen einzelner Redewendungen auf die Gewerkschaftsführer losgeschlagen, als hätten sie in jener *Geheimkonferenz* ein schlimmes Attentat gegen die Partei geplant. Der grösste Teil der Parteipresse, an erster Stelle das Zentralorgan, der *Vorwärts*, besprach dagegen in äusserst ruhiger und sachlicher Weise die Konferenz und das dort erörterte Thema des politischen Massenstreiks und bewirkte damit, dass endlich Klarheit darüber geschaffen wurde, was denn eigentlich in Jena beschlossen worden war.

Die Notwendigkeit einer nochmaligen Erörterung des Massenstreiks auf dem Mannheimer Parteitag ergab sich dadurch von selbst. Das Resultat war vorzusehen; die *Revolutionsromantik* dürfte in der deutschen Sozialdemokratie mit Mannheim nun hoffentlich endgültig begraben sein. Aber — und das ist noch weit wichtiger — es wurde Klarheit auch darüber geschaffen, dass Gewerkschaften und Partei sich darüber völlig einig sind, dass für den Fall eines reaktionären Angriffs auf die Rechte des deutschen Volkes die ganze Macht der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen eingesetzt werden muss, um ein solches Attentat zu verhindern. Diese Einheit in der Auffassung über die Abwehrtaktik der arbeitenden Klasse gegen die Reaktion öffentlich vor aller Welt dokumentiert zu haben, ist ein so grosser Gewinn, dass wir fest überzeugt sind: das Ergebnis der Mannheimer Tagung wird in den Kreisen der Arbeiter mit grosser Freude begrüsst werden; dagegen werden die kapitalistischen Zeitungsschreiber wie die betrübtten Lohgerber wieder einmal erklären müssen, dass ihre Hoffnung auf eine Spaltung von Partei und Gewerkschaften elend zu schanden geworden ist!

Die angenommene Resolution Bebel-Legien bedeutet: Es gibt, abgesehen von kleinen Meinungs-differenzen über den politischen Massenstreik, in den Massen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Genossen nur e i n e Auffassung; als Spielzeug für unreife politische Kinder ist uns das Kampfmittel des Massenstreiks zu wertvoll; wenn wir zu dem Entschluss kommen, diese *ultima ratio* als Kampfmittel anwenden zu wollen, dann ist es uns heiliger Ernst, wir sind dann entschlossen, bis zum äussersten zu gehen; w a n n wir es anwenden wollen, entscheiden nicht wir als Personen, das wird einzig und allein bestimmt durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung.

Damit sind auch die Differenzen über die Auffassung des Sinnes der Resolutionen des Cölner Gewerkschaftskongresses und des Jenaer Parteitages beseitigt. An der Jenaer Resolution brauchte der Mannheimer Parteitag nicht das geringste zu ändern, es galt nur, die irrümlichen Anschauungen darüber zu beseitigen; nach den Feststellungen der Verfasser der Cölner Resolution, der Genossen Legien und Bömelburg, zeigte sich weiter, dass ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen beiden Resolutionen nicht besteht. Die Cölner Resolution sollte keine

Deklaration über den Massenstreik als politisches Kampfmittel sein, sie richtete sich zunächst dagegen, durch dessen Propagierung eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen; durch die in Jena beschlossene Einreihung des politischen Massenstreiks unter die Kampfmittel des Proletariats ist eine solche Festlegung keineswegs geschehen, da doch nicht gleichzeitig beschlossen wurde, dieses neue Kampfmittel nun auch in der allernächsten Zeit schon zur Anwendung zu bringen.

Als Voraussetzung für eine erfolgversprechende Anwendung dieses Kampfmittels wurde in Jena vor allem die grösste Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse erklärt; in Mannheim erklärte Genosse Bebel, dass diese Voraussetzung noch lange nicht erfüllt sei. Der politische Massenstreik ist in Jena prinzipiell als Kampfmittel anerkannt; ob und wann er zur Anwendung kommt, wird wesentlich davon abhängen, in welchem Masse die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erstarken und an Macht und Bedeutung gewinnen. Ein Teil der Gewerkschaftsführer ist der Meinung, dass wir bei starkem Wachstum der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen den Massenstreik überhaupt nicht mehr anzuwenden brauchen, dass wir durch unseren wachsenden Einfluss im stande sind, die Reaktion Schritt um Schritt zurückzudrängen und neue Positionen für die Arbeiterklasse zu erobern. Wir wollen hoffen, dass diese Auffassung sich bewahrheiten wird — das bisherige Verhalten unserer Gegner berechtigt zu einer solchen Hoffnung gerade nicht —; wer recht hat, wird die Zukunft lehren. Jeder Streit darüber ist müssig; in der Hauptsache sind wir einig: zunächst gilt es, mit aller Energie gemeinsam dahin zu wirken, dass beide Organisationen stark und mächtig werden. Das weitere hängt von den Verhältnissen, von dem Verhalten unserer Gegner uns gegenüber ab.

In Übereinstimmung mit der Resolution des internationalen Kongresses in Amsterdam /1904/ richtet sich der letzte Passus der Cölner Resolution gegen die Propagierung des anarchistischen Generalstreiks. Die Jenaer Resolution sagt darüber nichts. Aber die Ausführungen des Genossen Bebel in Jena und die allseitige Zustimmung des Parteitages zu diesen liessen darüber keinen Zweifel, dass, mit alleiniger Ausnahme der kleinen Gruppe der *Anarchosozialisten*, die Partei einmütig den anarchistischen Generalstreiksunsinn verwirft. Der Mannheimer Parteitag hat über diese Frage eine weitere Klärung geschaffen. Parteivorstand und Kontrollkommission beantragten da:

»Die *anarchosozialistischen* Bestrebungen, wie sie in den lokalorganisierten Gewerkschaften sich geltend machen, sind unvereinbar mit den Zielen und Interessen der Sozialdemokratie. Die Parteipresse hat daher die Pflicht, die *anarchosozialistische* Bewegung auf das entschiedenste zu bekämpfen, und die Parteigenossen haben die Aufgabe, Personen, die für diese *anarchosozialistischen* Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, soweit diese Personen Parteigenossen sind, aus ihren Reihen auszuschiessen. Diejenigen Parteigenossen, die in den lokalen Gewerkschaften organisiert sind, ersucht die Parteileitung, in Übereinstimmung mit der Resolution des Lübecker Parteitags, sich den zentralorganisierten Gewerkschaften anzuschliessen.«

Der Parteitag hat diese Resolution noch nicht beschlossen, er bewilligte den *Anarchosozialisten* noch eine Galgenfrist von einem Jahr, indem er über alle zu dieser Frage gestellten Anträge zur Tagesordnung übergang und Parteivorstand und *Generalkommission* aufforderte, zunächst noch einmal mit der *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften* Verhandlungen im Sinne des auf

dem Lübecker Parteitag /1901/ gefassten Beschlusses zu führen, welcher lautet:

„Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäss den Grundsätzen der Demokratie. Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Taten entgegenwirkt oder Sonderbündelei zur Führung solcher Gegenagitatio**n** betreibt, verstösst wider das vorentwickelte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschliessen, als sie in diesem Verhalten verharren.“

Sollten diese Verhandlungen zu keinem Resultat führen, was nach den bisherigen Erfahrungen mit diesen Leuten als wahrscheinlich zu betrachten ist, so bietet schon die angeführte Lübecker Resolution den Berliner Parteigenossen eine ausreichende Handhabe, das Tischtuch zwischen der Partei und den *Anarchosozialisten* zu zerschneiden. Ein Parteitagsbeschluss würde sich dann erübrigen. Der Mannheimer Parteitag hätte zweifellos mit grosser Mehrheit die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission angenommen, wenn die Abstimmung darüber nicht durch den Antrag Fischer, durch welchen den *Anarchosozialisten* nochmals Gelegenheit zur Umkehr geboten wurde, vorläufig verschoben worden wäre.

Durch ihre Beschlüsse hat sich die *Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften* längst ausserhalb des Rahmens der Parteio**rganisation** gestellt. Im August 1904 referierte in einer ihrer öffentlichen Versammlungen Dr. Friedeberg über *Parlamentarismus und Generalstreik*. Er erklärte dort:

„Wir werden dem allgemeinen Wahlrecht keine Träne nachweinen. Der Parlamentarismus ist ein Instrument der herrschenden Klassen, er hat uns keinen Vorteil gebracht. Der Generalstreik ist das einzige Mittel, womit man den Klassenstaat tödlich treffen kann.“

Und er fand für diese Ausführungen die volle Zustimmung der Versammlung. Die angenommene Resolution ist im selben Sinne gehalten; mit der parlamentarischen Betätigung, heisst es darin, sei notwendigerweise eine Verschleierung der Ziele des Sozialismus verbunden. Auch in der im September 1905 in der *Feenpalast*versammlung angenommenen Resolution wurde der Generalstreik als das einzige Mittel zum Sturze des Kapitalismus bezeichnet. Der im April dieses Jahres abgehaltene siebente Kongress der *Freien Vereinigung* beschloss, die 1897 erfolgte Prinzipien**erklärung**, wonach die lokalistischen Gewerkschaften auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei stehen, zu streichen, und nahm mit allen gegen eine Stimme (die der Frauengewerkschaft) eine programmatische Erklärung an, wonach der Klassenkampf im Sinne des revolutionären Sozialismus zu führen ist, und zwar durch die

„Propaganda für die Idee des Massen- respektive Generalstreiks“. In der sogenannten *Einigkeit* wurde dann am 22. September noch nachdrücklich erklärt:

„Unser Weg ist vorgezeichnet. Allen revolutionären Geistern innerhalb der deutschen Proletarierklasse sind die Türen zu unseren Organisationen geöffnet, und werden wir, trotz Parteitagsbeschlüsse, als gewerkschaftliche Klassenkampforganisationen den Beschlüssen folgen, die auf unseren Kongressen gefasst werden. Als Gewerkschaftler galten für uns die Beschlüsse des siebenten Kongresses der *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften*.“

Man hätte annehmen sollen, die Feststellung dieser Tatsachen müsste allein schon genügen, um diese Leute, die im Sinne unseres Programms gar keine

Parteigenossen sein wollen, sondern die Zugehörigkeit zu unserer Partei nur dazu ausnutzen, um in unseren Versammlungen Propaganda für ihre konfusen Ideen zu machen, von den Rockschössen der Partei abzuschütteln. Indes, diese *Genossen*, die in jeder Nummer ihres Blattes unsere Grundsätze und Beschlüsse verhöhnen, fanden merkwürdigerweise eifrige Verteidiger in den Genossen Zubeil, Ledebour und Rosa Luxemburg, die diese *linkstschenden Genossen* in der Partei absolut nicht missen wollten. Aus dem Umstand, dass diese Leute ausser ihrer Propaganda gegen die Grundsätze und die Tätigkeit der Partei ebenfalls auf gewerkschaftlichem Gebiet sich als Schädlinge erwiesen haben, schlossen sie — gerade nicht sehr logisch —, der Antrag des Parteivorstandes beabsichtige eine direkte Einmischung in gewerkschaftliche Angelegenheiten, und deshalb dürfe die Partei diese *braven Genossen*, wie sie Rosa Luxemburg nannte, nicht ausschliessen. Die selben Genossen, die bei der vorhergehenden Debatte über den Massenstreik nur Gewerkschaften als vollwertig anerkannten, die vom Geiste der Sozialdemokratie *beherrscht* werden, konnten nun plötzlich nicht einsehen, dass diese Forderung logischerweise bedinge, dass die Partei Gewerkschaften, die vom Geiste des *Anarchismus* erfüllt sind, ihre Anerkennung versagen müsse. Aber um Anerkennung oder Nichtanerkennung von Gewerkschaften handelte es sich in diesem Falle ja gar nicht; die Resolution des Parteivorstandes verlangt nur, dass *Personen*, die für die *anarchosozialistischen* Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, auf Grund unseres Parteistatuts aus der Partei ausgeschlossen werden. Nicht deshalb, weil sie Lokalorganisierte, sondern, weil sie nach den von ihnen gefassten Beschlüssen *Anarchosozialisten* sind, sollte ihr Ausschluss bewirkt werden.

Allerdings kann nach unserem Dafürhalten auch kein berechtigter Einwand dagegen erhoben werden, dass auf Grund des Parteitagsbeschlusses von Halle /1890/, welcher die zwingende Notwendigkeit betont, dass sich die Arbeiter zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe gewerkschaftlich organisieren müssen, und zwar möglichst in *zentralistischen* Verbänden, und auf Grund des oben angeführten Lübecker Parteitagsbeschlusses die Gewerkschafter ohne weiteres verlangen können, dass die Partei nun bald Schluss mache mit Leuten, die trotz aller Belehrung und Aufklärung die Sonderbündelei und die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung als Grundsatz proklamieren. Hoffentlich tragen die in Mannheim geführten Verhandlungen dazu bei, dass Leuten, die die *direkte Aktion* gegen jede Aussperrung der Unternehmer propagieren, die durch ständige Wiederholung des Massenstreiks die kapitalistische Gesellschaft desorganisieren wollen, die den Achtstundentag durch Massenstreiks glauben erobern zu können, dass solchen Leuten, die den Arbeitern diesen anarchischen Unsinn fortgesetzt in Reden und Schriften predigen, die Tore der Partei ein für allemal verschlossen werden. Je eher dies geschieht, desto besser für die Partei und die Gewerkschaften.

Obgleich in der Bebel'schen Resolution schon ausgesprochen war, dass die Organisation der sozialistischen Gesellschaft ein Ziel ist, das auch der klassenbewusste Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muss, beantragte Genosse Kautsky völlig überflüssigerweise, ihr noch folgenden Satz anzufügen: „Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang

des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, dass die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde.«

Auf Antrag des Genossen Dr. Quarck strich der Parteitag das Wort *beherrscht*, setzte dafür *erfüllt* und nahm mit dieser Änderung das Amendement Kautsky an. Eine lebhafte Debatte wurde geführt über folgenden, ebenfalls von Kautsky beantragten weiteren Zusatz:

»Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne in den Gewerkschaften zu wirken und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit, wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen.«

Der erste Teil bis *zu wirken* wurde angenommen, der letzte von Kautsky selber zurückgezogen, nachdem ihm allseitig von den anwesenden Gewerkschaftern erklärt worden war, dass man ihn schon aus taktischen Gründen nicht akzeptieren könne. Dieser, nunmehr zurückgezogene, Satz beweist im übrigen, dass Kautsky von der Gleichberechtigung von Partei und Gewerkschaft in der Praxis nicht allzuviel hält. Können sich Partei und Gewerkschaft nicht einigen, so muss sich nach Kautsky der eine Teil notwendigerweise *unterordnen*, und die geistige Oberherrschaft gebührt *selbstverständlich* der Partei. Dass nach den Grundsätzen der Demokratie noch ein anderer Weg gangbar wäre, nämlich der der Urabstimmung, daran scheint Kautsky nicht gedacht zu haben. Wahrscheinlich würde auch seine Auffassung, die schon durch die Worte *beherrscht* und *gebunden* charakterisiert wird, eine derart demokratische Lösung nicht zulassen. Die Partei ist die oberste Instanz, der Gewerkschaftsführer hat sich ihren Beschlüssen unterzuordnen, selbst, wenn diese vielleicht die Existenz seiner Gewerkschaft gefährden.

Man sage nicht, derartige Beschlüsse seien nicht möglich. Wenn zum Beispiel anstatt der ruhigen, besonnenen Genossen, die in diesem Jahr im Parteivorstand sassen, preussische Wahlrechtsmassenstreiker von links und rechts in ihm die Mehrheit gehabt hätten — was als ganz ausgeschlossen doch auch wohl nicht erklärt werden kann —, hätte schon der Fall eintreten können, dass die Gewerkschaftsführer zu der Erklärung gezwungen gewesen wären: wir glauben, es nicht verantworten zu können, einen solchen Beschluss durchzuführen. Ohne die Gewerkschaften ist ein politischer Massenstreik nicht mit Erfolg durchzuführen, deshalb kann es bei einer eventuellen Beschlussfassung über diese Frage auch keine Unterordnung des einen Teiles unter den anderen, sondern nur eine gegenseitige Verständigung geben. Auch in Fragen der sozialpolitischen Gesetzgebung dürfte das Diktum, die Gewerkschaftsführer haben sich den Beschlüssen von Parteitag einfach zu fügen, in allen Fällen schwer durchzuführen sein. Die grössere Sachkenntnis über die gewerblichen Verhältnisse dürfte in der Regel auf seiten der Gewerkschaftsführer sein; von ihnen zu verlangen, sie müssten gegen ihre bessere Überzeugung für alle Beschlüsse eintreten, die die Partei fasst, würde in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf die grösste Opposition stossen. Derartige Differenzen erledigt man nicht dadurch, dass man von dem anderen Teil verlangt, er müsse sich fügen; wie Meinungsverschiedenheiten zu schlichten sind, dürfte bei praktischem Zusammenwirken sich schon von selbst ergeben. Voraussetzung für ein gemeinsames Arbeiten ist der gute Wille auf beiden Seiten; wo dieser vorhanden ist, findet sich der Weg zu einer Verständigung von selbst.

»Beide Organisationen sind in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen«, heisst es in der angenommenen Resolution Bebel. Diese Deklaration ist ein gewaltiger Fortschritt gegenüber früheren Auffassungen, sie enthält die Anerkennung der Gleichberechtigung der Gewerkschaften mit der Parteiorganisation in der Führung unserer Gegenwärtskämpfe. Von grossem Wert ist auch, dass Bebel sich entschieden dagegen aussprach, den Gewerkschaften den Stempel politischer Parteiorganisationen aufzudrücken, und ausdrücklich seinen Standpunkt, den er in seiner Schrift über die Neutralität der Gewerkschaften niedergelegt hat, auf dem Mannheimer Parteitag nochmals bekräftigte.

Nach dem angenommenen Amendement Kautskys zu der Bebel'schen Resolution sind die Gewerkschaften »nicht minder notwendig, wie die sozialdemokratische Partei«; in der Resolution heisst es: »Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft«; nicht ausgesprochen wird, dass sie nicht minder notwendig sind zur Anbahnung und Organisation der sozialistischen Gesellschaft. Aus taktischen Gründen halte ich eine Deklaration des Parteitages nach dieser Richtung hin nicht für zweckmässig. Betonen möchte ich jedoch an dieser Stelle, dass ich, wie Marx dies in der auf dem Genfer Kongress beschlossenen Resolution ausspricht, die Gewerkschaften ebenfalls als »organisierte Beförderungsmittel der Aufhebung des Systems der Lohnarbeit und Kapitalherrschaft selbst« betrachte, ja, dass ich mit dem Beginn der sozialistischen Gesellschaft die Aufgaben der Gewerkschaften keineswegs für erledigt halte. Zur Regelung der Produktion werden wir auch in der zukünftigen Gesellschaft der Gewerkschaften benötigen, ihre Tätigkeit dürfte dann sogar noch weit wichtiger sein, als in der gegenwärtigen Gesellschaft. Der Gedanke, in der sozialistischen Gesellschaft von einer Zentralstelle aus den gewaltigen Organismus eines nationalen Gemeinwesens regeln, *beherrschen* zu wollen, widerspricht so sehr den Grundsätzen der Demokratie, dass die Sozialdemokratie ihn entschieden ablehnen muss.

Die Tage von Mannheim sind vorüber; die Bedeutung der dort gefassten Beschlüsse wird erst in späterer Zeit ersichtlich werden. Die Gewerkschaftsführer legten grossen Wert darauf, dass in der Resolution die Beschlüsse von Cöln und von Jena als nicht im Widerspruch zu einander stehend bezeichnet würden. Weshalb? Persönlicher Rechthaberei wegen sicherlich nicht, sondern einzig und allein deshalb, weil sie den die gewerkschaftliche Organisationsarbeit nicht fördernden Streit über den Sinn der beiden Resolutionen aus der Welt schaffen wollen. Nach dem Mannheimer Beschluss wird sich hoffentlich eine Erörterung über den Streit auf dem nächsten Gewerkschaftskongress erübrigen, durch die eventuell neuer Konfliktsstoff geschaffen werden könnte. Es wäre eine nie wieder gut zu machende Torheit gewesen, angesichts der Tatsache, dass die Partei schon im nächsten Jahr mit den Vorbereitungen zur Reichstagswahl zu beginnen hat, nicht schon auf diesem Parteitag die Streitaxt zu begraben. Die Führer der Partei haben sich in Mannheim als weitsichtige Politiker erwiesen; von der innersten Überzeugung durchdrungen, dass, sollen unsere Kämpfe Erfolge zeitigen, Partei und Gewerkschaften einig und geschlossen handeln müssen, hielten sie es für notwendig, dies auch in den Beschlüssen zum Ausdruck zu bringen.

Jetzt gilt es, im Sinne der gefassten Beschlüsse zu handeln: mit Mannheim beginnt in der Tat ein neuer Abschnitt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Partei- und Gewerkschaftsführer haben nach den Mannheimer Beschlüssen die Pflicht, alle wichtigen Aktionen gemeinsam vorzubereiten. Die Schlagfertigkeit der proletarischen Arbeiterarmee ist dadurch erheblich gestärkt worden; mit vereinten Kräften jetzt vorwärts: auf den Feind.

XX

EDUARD BERNSTEIN · VORFRAGEN EINER SOZIALISTISCHEN THEORIE DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

BN der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände im Februar dieses Jahres sagte Genosse Bringmann:

„Freilich bin ich dafür, dass endlich eine Theorie der Gewerkschaftsbewegung formuliert wird. Ich sehe darin sogar eine Lösung der Frage, wie in Zukunft Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung vermieden werden können. [Sehr richtig!] Es kommt darauf an, die Gewerkschaftsbewegung und ihre Aufgaben theoretisch zu erfassen. Ich wünsche, dass Legien die Sache übernimmt. . . . Die Gewerkschaften müssen aus sich selbst heraus die Theorie entwickeln, stark genug sind wir dazu, und logische Begriffe werden die Gewerkschaften auch umschreiben können.“

Diese Äusserung hat bei einigen Leuten in der Partei zunächst lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Es ward als halber Verstoss gegen die sozialistische Lehre erklärt, eine besondere Gewerkschaftstheorie zu verlangen. Was davon nötig sei, sei ja schon durch die Klassenkampftheorie gegeben. Werde jetzt eine eigene Gewerkschaftstheorie verlangt, so könne dahinter nur die Absicht stecken, an der Klassenkampftheorie zu nagen. Folglich müsse der Gedanke bekämpft werden. Der Widerspruch ist später etwas gemildert worden. Es ward eingeräumt, dass es innerhalb der Gewerkschaftsbewegung beziehungsweise des Gewerkschaftskampfes, Fragen gebe, die eine theoretische Behandlung erheischen. Gegen eine Theorie solcher spezifischer Gewerkschaftsfragen lasse sich daher nichts einwenden. Aber darüber hinaus eine Gewerkschaftstheorie verlangen, zeuge von Unklarheit, wenn nicht von Schlimmerem.

Mittlerweile haben die von der *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* veranstalteten gewerkschaftlichen Lehrkurse ihren Anfang genommen, und an ihrer Spitze stand ein Kursus des Genossen Carl Legien über *Geschichte und Theorie der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, dessen zehnter Vortrag speziell die Theorie der Gewerkschaftsbewegung behandelt, und dessen abschliessender (zwölfter) auf sie zurückkommt. Hier nach dem Programm der Inhalt dieser beiden Vorträge:

10. Die Theorie der Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaften haben ihre Aufgaben innerhalb der bürgerlichen Gesellschaften zu erfüllen. — Sie wirken in ihren Bestrebungen dahin, dass die Produktion (der Fabrikbetrieb) vom Absolutismus zur Konstitution und schliesslich zur Demokratie kommt. — Indirekt wirkt so ihre Tätigkeit auch auf die Demokratisierung des Staatsorganismus hin. — Die Gewerkschaften können offiziell als geschlossene Organisation keiner politischen Partei angehören. — Sie sind aber bei Erreichung ihrer Zwecke auf die Mitwirkung der sozialdemokratischen Partei angewiesen und haben deshalb diese Partei als ihre politische Vertretung anzuerkennen und zu unterstützen.

12. Die voraussichtliche weitere Entwicklung der Gewerkschaften. Die Möglichkeit der Vermehrung der Mitglieder und des Eindringens der Gewerkschaften in die heute nicht organisierten Industrien und Bezirke. — Der Widerstand der Unternehmerorganisationen. — Die Aussperrungstaktik der Unternehmer und der voraussichtlich unvermeidliche Zusammenstoss von organisierter Arbeiterschaft und organisiertem Unternehmertum. — Der Ausgang und die Folgen eines solchen Kampfes. — Die Einwirkung der geplanten Gesetzgebung zur Regelung der Arbeiterberufsvereine. — Der Fortbestand gewerkschaftlicher Organisation bis zur Lösung der Arbeitsfrage.

Soweit aus diesem Programm ersichtlich, hat sich Legien auf die Behandlung bestimmter wichtiger Fragen der Gewerkschaftstheorie beschränkt, die Einreihung der dabei von ihm entwickelten Grundsätze in die allgemeine Theorie des Sozialismus aber anderen überlassen. Abgesehen davon, dass ihm, wie allen Vortragenden, bei der notwendigerweise karg bemessenen Vortragszeit, grosse Beschränkung in der Auswahl der zu behandelnden Punkte vorgeschrieben war, mag ihn dabei auch der Gedanke geleitet haben, in dem Lehrkursus nicht auf Streitfragen der Partei überzugreifen, eine Zurückhaltung, die man begreifen wird. Aber die Frage der Gewerkschaftstheorie ist nicht bloss eine Frage für die Gewerkschaften. Sie ist zugleich eine der wichtigsten Fragen der sozialistischen Theorie überhaupt. Wenn die Führer des praktischen Gewerkschaftskampfes sich veranlasst sehen, über die Formen und Beziehungen dieses Kampfes zur sozialen Entwicklung im allgemeinen und den politischen Kampf der Arbeiterklasse im besonderen möglichst umfassende Aufklärung in den eigenen Reihen zu verbreiten, so liegt für die Theoretiker des Sozialismus ihrerseits wiederum aller Anlass war, die Entwicklungen der Gewerkschaften in Form und Betätigung aufmerksam zu verfolgen und jeweilig festzustellen, wie sich im Angesicht der vollzogenen Entwicklungen die Gewerkschaftstheorie als integrierender Teil der sozialistischen Lehre gestalten muss, und wie jene Entwicklungen auf diese selbst zurückwirken.

Wer sich heute diese Frage stellt und daran geht, die bisherige Gewerkschaftstheorie der sozialistischen Lehre nachzuprüfen, der wird die wenig erfreuliche Entdeckung machen, dass eine solche Theorie bisher überhaupt nicht oder nur in ganz elementaren Ansätzen existiert, die theoretisch über die noch ganz in Allgemeinheiten sich bewegende Resolution des Genfer Kongresses der *Internationalen* über die Gewerkschaften nicht hinausgehen. Die sozialistische Literatur hat eine Reihe von tüchtigen Broschüren über Zweck, Nutzen und Leistungen der Gewerkschaften, sie hat Broschüren über die Beziehung der Gewerkschaften zur politischen Arbeiterbewegung unter bestimmten Zweckmässigkeitspunkten, sie hat Broschüren und Abhandlungen über Einzelfragen der Gewerkschaftsarbeit, sie hat Abhandlungen über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, aber an Versuchen, die verschiedenen Gesichtspunkte, die für die Beurteilung der sozialen Aufgabe der Gewerkschaften in Betracht kommen, im Zusammenhang zu untersuchen und aus ihnen eine umfassende sozialistische Theorie der Gewerkschaften zu gewinnen, fehlt es gänzlich. Wer diejenigen, die diesen Mangel empfinden, darauf verweist, dass die Gewerkschaftstheorie schon in der Klassenkampftheorie enthalten ist, der ist entweder selbst ausserordentlich genügsam oder er hält andere für sehr leicht zu befriedigen. Es ist unzweifelhaft richtig, dass Blut eine Flüssigkeit ist, die im Körper des Menschen zirkuliert, aber mit der blossen Feststellung dieser Tatsache kommt die Physiologie des Menschen nicht sehr weit.

Gehen wir indes von der Klassenkampftheorie aus. Schon der erste Schritt wird uns auf eine Vorfrage führen, über die wir uns bei der Erörterung des Problems einer Gewerkschaftstheorie klar sein müssen.

Die Klassenkampftheorie, wie sie der Lehre des modernen Sozialismus zu Grunde liegt, sagt zunächst, dass, seit es Herrschende und Beherrschte, Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, die Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, jedesmal hervorgerufen durch den Gegensatz der Interessen, und dass in der gegenwärtigen Gesellschaft, deren Wirtschaftsgrundlage die kapitalistische Produktion ist, der Klassenkampf in der Hauptsache zwischen den Inhabern, der Produktionsmittel, den Kapitalisten, und ihren Verbündeten auf der einen Seite und den von ihnen beherrschten und ausgebeuteten Lohnarbeitern und den diesen gleichgestellten Gesellschaftselementen auf der andern Seite spielt. So weit ist jedoch der Klassenkampf nur als kausalhistorische Erscheinung erklärt, als Folge bestimmter geschichtlich gewordener, in objektiven Tatsachen wurzelnder Gegensätze, und die ihn konstatierende Theorie hat nichts spezifisch Sozialistisches. Liberale und selbst konservative Geschichtsphilosophen haben sie anerkannt, und man kann mit Fug und Recht behaupten, dass eine Gesellschaftslehre, die sie ignorieren oder gar leugnen wollte, damit sich ausserhalb der Wissenschaft stellte. Sozialistischen Charakter erhält die Klassenkampftheorie erst durch die Verbindung mit bestimmten Zwecken und Zielen, mit anderen Worten: als teleologische Lehre respektive, wenn man mit ihr ein bestimmtes sozialistisches Ziel als geschichtlich notwendig verbindet, als sozialistische Geschichtsteleologie. So aber wird sie heute in der Sozialdemokratie aufgefasst, diese Auffassung liegt namentlich da zu Grunde, wo man dem Gedanken einer eigenen Gewerkschaftstheorie misstrauisch gegenübersteht. Der ganze Streit *Partei und Gewerkschaft* hat, wenn man ihn nicht auf das Niveau eines blossen Rivalitätsstreits von Körperschaften herabzerren will, die sich als Selbstzweck betrachten, nur unter diesem Gesichtspunkt Sinn und Berechtigung. Warum er aber hier Berechtigung hat, wird uns klar werden, wenn wir uns das Ziel näher ansehen, das nach der sozialistischen Lehre der von der Arbeiterklasse in der modernen Gesellschaft geführte Klassenkampf hat.

Dieses Ziel heisst: Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, Sturz der Herrschaft der Kapitalisten und Grundbesitzer, Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Produktion, Beseitigung des Systems der Lohnarbeit. Hiervon sind die ersten drei Punkte theoretisch indifferent. Sie sind zwar an gewisse geschichtliche Vorbedingungen geknüpft, die erfüllt sein müssen, wenn sie möglich sein sollen, und der dritte mag jeweilig grossen praktischen Schwierigkeiten begegnen, aber sie geben der Theorie keine Ratsel auf. Anders der vierte Punkt, der einen grossen inneren Gegensatz birgt.

Die moderne Entwicklung führt zu einer steigenden Ausbreitung des Lohnarbeitsverhältnisses. Das lehrt die sozialistische Theorie, und die Statistik der vorgeschritteneren Länder bestätigt es, wenn auch der Prozess nicht so schnell vor sich geht, als man sich dies früher vorgestellt hat. Er ist die natürliche Folge der Tatsache, dass in Industrie, Handel und Verkehr, teilweise auch in der Landwirtschaft, eine zunehmende Konzentration der Betriebe und noch mehr der Unternehmungen stattfindet. Mit dieser Konzentrationsbewegung steht die Forderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel

theoretisch in vollem Einklang. Vom kapitalistischen Produktionsmonopol zur gesellschaftlichen Produktion ist mindestens begrifflich ein gerader Weg. Wie kommen wir aber von der fortschreitenden Verallgemeinerung der Lohnarbeit zur Aufhebung der Lohnarbeit? Woher dieser Gedanke, diese Forderung?

Gehen wir ihrem Ursprung nach, so führt uns der Weg auf zwei verschiedene Stammwurzeln. Zunächst entspringt und entspricht sie der alten sozialistischen und kommunistischen Utopie. In Mores *Utopia*, in Campanellas *Sonnenstaat*, in Morellys *Naturstaatgemeinden*, in Babeufs *Gleichheitsgemeinschaft*, in Cabets *Ikarion*, in Fouriers *Phalansterium*, in Owens *Harmoniekolonien* ist für die Lohnarbeit kein Platz. Aber all diesen Idealgesellschaften hat die kapitalistische Entwicklung unbarmherzig ihre Voraussetzungen entzogen. Im Zeitalter der endlosen Kohlenreviere mit immer tieferen und weiter ausgedehnten Kohlengruben und immer gewaltigeren Hüttenwerken, der gigantischen Maschinenfabriken, der Schuh-, Textil-, Möbel- etc.-städte einerseits und des riesenhaften weitverzweigten Menschen- und Güterverkehrs und einer ungeheuer gesteigerten und vervielfältigten Produktion andererseits haben diese Utopieen aufgehört, irgendwelche Denkbarkeit zu haben.

Einen zweiten Ursprung hat die Forderung der Beseitigung der Lohnarbeit in der — Arbeitswerttheorie. Aus der von Ricardo übernommenen Lehre, dass die Arbeit den Wert der Waren bestimmt, zogen bekanntlich im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts sozialistisch gesinnte Leute die Folgerung, dass der Arbeit, verkörpert durch den Lohnarbeiter, auch das Produkt zufallen müsse, dass die Arbeit Recht auf den vollen Arbeitsertrag habe. Und als das Mittel zur Verwirklichung dieses Rechtes empfahlen oder forderten sie die Gründung von Produktivgenossenschaften. Das war in sich durchaus folgerichtig. Bestimmt die Arbeit des Kohlenbergmannes den Wert der Kohle, so ist die Forderung *Dem Bergmann das Bergwerk!* logisch unabweisbar. Wir haben den unsozialistischen Charakter dieser Forderung seit langem erkannt. Kein Sozialist denkt heute daran, den Bergleuten die Bergwerke, den Eisenbahnern die Eisenbahnen, den Maschinenbauern die Maschinenfabriken zu übertragen und zu sagen: Nun schlägt daraus so viel Ertrag, als ihr wollt und könnt, und verteilt ihn dann als eigne Unternehmer unter euch! Aber an der Wertlehre, deren Konsequenz diese Massnahme wäre, halten wir merkwürdigerweise mit einer Starrheit fest, als sei sie von gleicher Wichtigkeit für den Sozialismus, wie das Dogma von der Erbsünde für die katholische Kirche. Und doch sollte uns gerade die Ableitungsgeschichte dieser Wertlehre zur kritischen Haltung ihr gegenüber mahnen.

Ricardos Wertlehre richtete ihre Spitze, wie jeder weiss, gegen das Grundeigentum respektive die Bodenrente. Dieser, nicht dem Kapitalprofit, bestritt Ricardo die werthbildende Potenz.¹⁾ Der Begriff *Arbeit* schliesst bei ihm den kapitalistischen Unternehmer ein. Seine Werttheorie ist, wie dies Dichtl überzeugend nachgewiesen hat, in Wirklichkeit keine Arbeitswerttheorie, sondern eine Produktionskostentheorie. Aber gleichviel, was sie im inneren Grunde war, sie trug das Gewand einer Arbeitswerttheorie, ward für eine solche gehalten und

¹⁾ Vergl. darüber von neueren Büchern Karl Dichtl *David Ricardos Grundgesetze der Volkswirtschaft und Besteuerung*, II. Bd., I. Teil, /Leipzig 1905/, pag. 31 ff. Dichtls Erläuterungen zu Ricardo sind jedem zu empfehlen, der sich über Ricardo und die Fortbildung und Kritik seiner Lehren orientieren will. Sie beschäftigen sich unter anderem auch eingehend mit Marx und den ökonomischen Schulen der Gegenwart.

wurde in den Händen der Sozialisten, die den Begriff *Arbeit* ausschliesslich auf die wirtschaftstätige Verausgabung von Arbeitskraft bezogen, zu einer reinen Arbeitswerttheorie, der Marx die konsequenteste Formulierung gab. Aber Marx hat ihr auch den Todesstoss gegeben. Der dritte Band *Kapital* hat mit der Marxschen Lösung des Rätsels von der Gleichheit der Profitraten auch die Auflösung der Marxschen Lehre von der Bestimmung des Werts durch die in den Waren steckenden Mengen abstrakter Arbeit gebracht. Der Austausch der Waren zu ihren (Arbeits-) Werten wird von Marx in die vor-kapitalistische Wirtschaftsepoche verlegt, während der Austausch in der entfalten kapitalistischen Gesellschaft zu den Produktionspreisen, bestehend aus Produktionskosten plus Unternehmerprofit, geschehe, womit wir im Grunde nun erst beim richtigen Ricardo angelangt wären. Was Marx in dieser Hinsicht im dritten Band *Kapital* feststellt, ist, wie aus Ricardos Briefwechsel hervorgeht, gerade das, was Ricardo zu formulieren suchte, ohne jedoch die rechte Form dafür zu finden. Ein sehr instruktives Kapitel, auf das jedoch hier nicht näher eingegangen werden kann.

Was wird aber aus dem Arbeitswert? Ihm wird von Marx schliesslich nur noch eine regulierende Potenz hinter den Kulissen der Bewegung der Preise zugesprochen, indem »Verminderung oder Vermehrung der zur Produktion [der Waren] erheischten Arbeitszeit die Produktionspreise steigen oder fallen macht«. Ein Satz, den jeder Ökonom, ob er nun Grenznutzentheoretiker oder was sonst ist, unterschreiben wird, der mit jeder Werttheorie vereinbar ist. Nicht das ist das wissenschaftlich Anstössige der Arbeitswerttheorie, dass sie der zur Produktion der Waren erheischten Arbeitszeit regulierende Wirkung auf Preis und Wert beimisst, sondern dass sie sie den Wert überhaupt bestimmen lässt, womit er seines wichtigsten Elementes entkleidet wird. Der Begriff *Wert* umfasst als ökonomische Kategorie eine Vielheit von Beziehungen, von denen die wichtigste nicht die Kosten, sondern der soziale Nutzen der in Frage kommenden Gegenstände ist. Um Wert zu haben, muss der Gegenstand einem in der Gesellschaft vertretenen aktiven oder passiven Bedürfnis entsprechen. Das wusste natürlich auch Marx, aber, obwohl er es oft genug betont, behandelt er es als eine für die Wertgrösse gleichgültige Sache und lässt den sozialen Bedarf lediglich auf den vom Wert unterschiedenen Preis einen Einfluss haben. Auf diese Weise schieben sich aber immer mehr Zwischenglieder zwischen *Wert* und Preis, und der erstere hört mehr und mehr auf, ein Schlüssel zu sein für das tatsächliche Wirtschaftsgetriebe der Gesellschaft, die wir vor uns haben. Die zunehmende Verwachsung der Wirtschaftszweige, die als Folge der unablässig vor sich gehenden Teilung und Spezialisierung der Arbeiten und Werkzeuge auf der einen Seite und der auf Grund dieser Differenzierungen sich vollziehenden neuen Zusammenfassungen von Maschinensystemen, Betrieben und Unternehmungen auf der anderen Seite dem Wirtschaftsorganismus ein ganz neues Gesicht gibt, verleiht den Produkten in steigendem Masse den Charakter von Ergebnissen sozialer Arbeit im weiteren Sinne dieses Wortes, und ihr Preis birgt so viele Bruchteile aller möglichen *Werte*, dass seine Zurückführung auf die Arbeit, als unterschieden von den realen Kosten, zur gegenstandslosen Begriffsspielerei wird.

Gegenstandslos und, weil sie nie ein der Wirklichkeit entsprechendes Resultat ergeben würde, auch irreführend. Wie nach Marx selbst der Arbeitswert den

Tausch respektive Kauf und Verkauf in der vorkapitalistischen Periode bestimmt haben soll, aber in der Periode des entwickelten Kapitalismus gegen den Produktionspreis zurücktritt — wie lange hat man in sozialistischen Kreisen fest geglaubt, dass er gerade den Preis in der kapitalistischen Periode bestimme! —, so führen auch alle von ihm ausgehenden Gedankengänge heute auf falsche Pfade. Genauer betrachtet, führt die Arbeitswerttheorie direkt zum Gruppenanarchismus. Wäre sie richtig, so müsste die Auflösung der Gesellschaft in lauter freie Produktionsgruppen möglich sein, was aber faktisch nicht der Fall ist. Weder ist daran zu denken, die Gesellschaft in Phalansterien oder dergleichen aufzulösen, noch ist ihre Auflösung in Gruppen respektive Genossenschaften für sich wirtschaftender Produzenten möglich oder mit den Anforderungen des sozialen Fortschritts vereinbar.

Mit dieser Erkenntnis, die sich jedem, der ohne doktrinäre Voreingenommenheit an diese Frage herantritt, unabweisbar aufdrängt, verliert der Satz *Beseitigung des Systems der Lohnarbeit* für alle absehbare Zeit ebenso jeden Sinn, wie die Idee der Abschaffung des Geldes zur Zeit reine Utopie ist. Im Phalansterium von 20 000 bis 30 000 Menschen kann man allenfalls ohne Geld auskommen und die Inschrift der Abtei von Thelema *Tu, was du willst!* um das Diktum Krapotkins *Nimm vom Haufen!* vermehren. In der Länder und Länderkomplexe mit Millionen und Abermillionen von Menschen umspannenden arbeitsteiligen Volkswirtschaft unserer Zeit — und wir wollen doch darin nicht rückwärts gehen — ist dergleichen undenkbar. Gemeinde und Staat werden den Umkreis ihrer unentgeltlichen Leistungen noch sehr erhöhen, aber die volle Unentgeltlichkeit ist bei der in jeder Hinsicht unübersehbaren Vielheit von Erzeugnissen und Bedürfnissen, die da in Betracht käme, ein Ding der Unmöglichkeit. Mit dem Geld werden wir den Lohn noch sehr lange behalten.²⁾

Die Gewerkschaften handeln daher durchaus im Einklang mit den Entwicklungstendenzen der Volkswirtschaft, wenn sie, wie sie das überall tun, unbekümmert um das Schlagwort *Beseitigung des Systems der Lohnarbeit* gerade darauf hinwirken, die Form *Arbeitslohn* aufrechtzuerhalten respektive rein herauszuarbeiten, wenn sie allen Versuchen, durch Gewinnbeteiligung, Kapitalbeteiligung etc. das Lohnarbeitsverhältnis zu verwischen, sich ablehnend gegenüberstellen. Wie gut diese Beteiligungen in einzelnen Fällen auch gemeint sein mögen, so beruhen sie doch auf einer Verkennung der Stellung der Einzelfabrik und ihrer Arbeiter im Wirtschaftsorganismus der Gegenwart. Nicht dem System der Lohnarbeit gilt der Kampf, denn das ist eng mit dem Wesen der arbeitsteiligen Volkswirtschaft verbunden, auf dessen grosse Vorteile die Menschheit nicht wird verzichten wollen, auf das sie gar nicht wird verzichten können. Worauf der Sinn gerichtet sein muss, und worauf er denn auch in der Praxis immer mehr sich richtet, das ist die Fortentwicklung des Systems der Lohnbestimmung. Das Arbeitsverhältnis bleibt im wesentlichen Lohnverhältnis, gleichviel ob die Arbeit im Auftrage von privaten Unternehmern, von Kommunalverwaltungen oder von Staatsanstalten verrichtet wird.

²⁾ Wer den Lohn abschaffen will, muss zuerst das Geld abschaffen. Die Unmöglichkeit, in irgendwie absehbarer Zeit sich des Geldes entschlagen zu können, haben selbst für sehr orthodoxe Marxisten geltende Sozialisten zugegeben. Was sie nicht zugeben wollen, oder worum sie sich herumdrücken, das sind die aus dieser Einsicht mit Notwendigkeit sich ergebenden Folgerungen. Man wird aber nie zu einer den Gewerkschaftsaufgaben gerecht werdenden Theorie gelangen, solange man die sozialistische Theorie nicht der ihr aus der kleinbürgerlichen oder spekulativen Utopie anhaftenden Überbleibsel entkleidet.

Aber das System der Lohnbestimmung, die Methoden der Lohnberechnung, das ganze Rechtsverhältnis des Arbeiters in der Arbeit, das sind Dinge, die schon heute immer mehr Kollektivcharakter annehmen respektive kollektiver Festsetzung und Überwachung unterstehen, und diese kollektive Regelung immer mehr im Sinne eines ganzen *Arbeitsrechts* zu entwickeln, das den Arbeiter gegen Lohndruck beim Entgelt der Arbeit, gegen Willkür und Günstlingswirtschaft bei Leitung und Verteilung der Arbeiten, gegen Willkür und Günstlingswirtschaft bei Aufnahme und Lösung des Arbeitsverhältnisses sicher stellt, das ist ein Stück sozialistischer Arbeit, das zwar nicht ausschliesslich von den Gewerkschaften verrichtet werden kann, das aber doch im wesentlichen ihnen zufällt, für dessen Besorgung sie unentbehrlich sind, und das ihnen auch für die Zeit noch Funktionen zuweist, wo die kapitalistische Herrschaft ihr Ende gefunden haben wird.

Denn, wie der Gedanke, das Lohnsystem vollständig abzuschaffen, als utopistisch aufgegeben werden muss, so ist auch der so schöne Gedanke, die *Arbeit* überhaupt dadurch abzuschaffen, dass man sie durch die anziehende und abwechselnde Beschäftigung ersetzt, wie dies Fourier und dessen Vorgänger Morelly vorschwebte, für die absehbare Zukunft ins Traumland zu verweisen. Durch Vervollkommnung der Technik, durch Fortentwicklung der Fabrik-etc.-hygiene, durch starke Verkürzung der Arbeitszeit kann und wird die Arbeit mancher ihr heute anhaftender Unannehmlichkeiten entkleidet werden; aber die Grubenarbeit, die Arbeit in mechanischen Webereien, die Arbeit in Schmelzhütten, in Schuhfabriken, in Steinbrüchen etc. *anziehend* zu gestalten, das wird der Technik schon deshalb schwerlich jemals gelingen, weil jeder ihrer Fortschritte die Menschen in grössere Abhängigkeit, sei es von der einzelnen Maschine, sei es vom Räderwerk des Betriebes als Ganzem, gebracht hat. Anziehend ist nur die Beschäftigung, die in sich selbst entweder das Moment der Abwechslung oder das der *schöpferischen* Betätigung trägt, und beides wird der modernen Arbeit für die grosse Masse der Arbeiter immer wieder durch Vervollkommnung der Technik *entzogen*. Und wenn auch die Technik die Berufsgrenzen fortgesetzt ändert, hier die Mauern, die bisher Beruf von Beruf trennten, sehr verdünnt und dort sie vielleicht ganz niederreisst — man denke nur, wie nahe sie den Tischler, den Schuhmacher etc. durch deren Maschinen dem Mechaniker, den Schreiber durch die Schreibmaschine dem Schriftsetzer, den Kutscher durch den Kraftwagen dem Schlosser gebracht hat, etc. etc., und wie sehr sie damit den Übergang von Beruf zu Beruf schon erleichtert hat! —, die Berufsarbeit hat sie darum doch nicht abgeschafft. Wo handwerksmässig produziert wurde, war es möglich, zwei Stunden Werkstattarbeit zu machen und dann eine Weile Gartenarbeit zu verrichten, und ähnliches; mit dem modernen Fabrikorganismus ist solcher Spass unvereinbar. Die Organisation der modernen Fabrik erheischt Unterordnung der einzelnen unter die Bedürfnisse des Gesamtbetriebes, ein ununterbrochenes Hand in Handarbeiten vieler. Sie duldet so wenig Launen der einzelnen, wie dem Strassenbahnfahrer die Freiheiten erlaubt sind, die der Droschkenkutscher sich gestatten durfte.

Daran kann kein Sozialismus etwas ändern, wollen wir nicht die Produktion, den Verkehr etc. enorm verteuern und damit den gesellschaftlichen Reichtum wieder entsprechend vermindern. *Jenseits* der Fabrik und der ihr entsprechen-

den sonstigen Unternehmung beginnt das Reich der Freiheit, das Reich der anziehenden und abwechselnden Beschäftigung, und wir werden dieses Reich um so mehr ausdehnen und ausstatten, allen ein um so grösseres Quantum Musse und um so reichere Mittel zur freien und schöpferischen Selbstbetätigung sichern können, je mehr in der Fabrik selbst Ordnung und Gesetz herrschen. Darüber zu wachen, dass sie demokratische Ordnung, demokratisches Gesetz werden und, soweit erreicht, bleiben, dazu sind heute und in alle absehbare Zukunft die Gewerkschaften da.

Darüber muss man sich klar werden, um die Mission der Gewerkschaften in ihrer ganzen geschichtlichen Tragweite zu erfassen. Es ist das nicht die einzige Vorfrage, die für eine sozialistische Theorie der Gewerkschaftsbewegung in Betracht kommt, und ich gedenke daher, diesem Thema noch einige weitere Aufsätze zu widmen.³⁾ Aber schon ihre Erörterung wird erkennen lassen, dass eine sozialistische Theorie der Gewerkschaftsbewegung möglich und notwendig ist und wie sehr ihre Ausarbeitung gebunden ist an eine Nachprüfung der überlieferten Theorien des Sozialismus, und dessen, was man dafür gehalten hat.

XX

JOHANN LEIMPETERS · KRITISCHE STREIKBE- TRACHTUNGEN

LOKALE Sklavenaufstände der Neuzeit: das sind die modernen Streiks, die die kapitalistische Produktionsweise gezeitigt hat; man wird mit ihnen zu rechnen haben, solange diese Produktionsweise selber besteht, und sie werden in allen Berufen, besonders aber da, wo organisierte Arbeiter organisierten Unternehmern gegenüberstehen, an Schärfe und Intensität zu-, nicht abnehmen. Das hat der Ausgang verschiedener Streiks, namentlich in der Bergwerksindustrie, das haben die grossen Aussperrungen der letzten Zeit gezeigt. Der Abschluss kollektiver Arbeitsverträge, die Einführung von Tarifgemeinschaften in allen Berufen würde die soziale Frage nicht lösen und ebensowenig die Ära der Streiks schliessen, denn ein plötzlicher Konjunkturwechsel oder unvorhergesehene Ereignisse werfen schliesslich auch den allerschönsten Tarifvertrag über den Haufen; aber es würde dann nicht mehr einer Bagatelle halber zu gewaltigen Streiks kommen, wie heute in denjenigen Industrien, wo das Unternehmertum im Cäsarenwahn protzenhaft auf das Recht des *Herrn im Hause* pocht und jedes Entgegenkommen prinzipiell ablehnt. Wie mancher Streik hat schon geführt und wird noch geführt werden müssen zur Erringung der elementarsten Forderungen, die jeder recht denkende Mensch für selbstverständlich hielt, und deren Berechtigung und Durchführbarkeit selbst die Unter-

³⁾ Es ist das umso mehr angezeigt, als immer wieder auf ungenügende Beobachtungen Theorien aufgebaut werden. So hat man die sehr instruktiven Briefe Otto Hues über die Arbeiterverhältnisse und die Gewerkschaften in der Bergwerks- und Hüttenindustrie Englands sofort zu einer ganzen Theorie über die englische Gewerkschaftsbewegung ausgeschlachtet. Aber was für die Bergwerks- und Hüttenindustrie richtig ist, trifft ganz und gar nicht für die Textilindustrie zu, und in dieser bestehen wieder die grössten Unterschiede zwischen Baumwoll- und Wollindustrie. Eine so alte und so umfangreiche Bewegung lässt sich nicht nach einer Schablone abtun. Hier spielen die geschichtlichen Umstände, insbesondere die spezifischen Produktionsverhältnisse der einzelnen Industrien, eine so grosse Rolle bei der Gestaltung der Gewerkschaften, dass schon etwas mehr dazu gehört, ein zutreffendes Urteil abzugeben.

nehmer nicht abzustreiten wagen! Aber *Abtrotzen lassen wir uns nichts!*, und gutwillig gewähren sie nichts, weil sie jedes Entgegenkommen zurückweisen, folglich muss es ihnen abgerungen werden.

Manche Verbesserungen haben sich die Arbeiter durch hartnäckige und kostspielige Streiks errungen — selbst ein verlorener Streik kann unter Umständen für sie Vorteile bringen —, aber auch schon manche schmerzliche Wunde dabei geholt. Es gilt deshalb, dort, wo eine Lohnbewegung, die zu einem Streik führen kann, von einer Organisation eingeleitet, geleitet und unterstützt wird, alle Chancen genau zu prüfen, genau die Position der Gegner mit der eigenen zu vergleichen und erst dann, wenn die Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit eines Erfolges vorhanden ist, dieses Kampfmittel anzuwenden. Nichts rächt sich schlimmer, als wenn man von vornherein die Macht der Gegner unterschätzt, seine eigene dahingegen überschätzt. Besser umgekehrt und danach den Operationsplan eingerichtet! Sieht man von vornherein, dass der Erfolg nur sehr problematisch ist, so sollte man den Kampf nicht wagen. Denn wer einen Krieg proklamiert, den er verhindern konnte, trägt auch für dessen Folgen die Verantwortung. Wo der Kampf spontan, eruptiv entbrennt, gleich einer Revolution, ohne vorherige Einreichung einer Lohn- oder sonstigen Forderung — wie das bei den grossen Bergarbeiterstreiks von 1899 und 1905 der Fall war —, da fällt die Verantwortung einzig und allein auf die Unterdrückter der Arbeiterschaft zurück, und ein solcher Streik kann wohl für die Arbeiter, aber niemals für ihre Organisation verloren gehen. Reicht die Widerstandskraft der Arbeiter nicht aus, ihren Peinigern auch nur eine Forderung abzurufen, müssen sie blutenden Herzens und mit aufeinandergebissenen Zähnen ins alte Joch zurückkriechen, so setzt sich ein unaustilgbarer Hass gegen ihre Tyrannen, denen sie all ihr Unglück zuschreiben, bei ihnen fest, und sie sind jederzeit bereit, von neuem gegen sie zu kämpfen. Ganz anders ist es aber, wenn ein planmässig eingeleiteter Lohnkampf, gestützt auf die Macht der Organisation, den selben Ausgang nimmt. Dann ergreift die Arbeiter eine allgemeine Resignation, sie verlieren das Vertrauen zur Macht ihrer Organisation, und es ist sehr schwer, einmal verlorenes Vertrauen wieder zu erobern.

Am erfolgreichsten sind Streiks für die Arbeiter, wenn sie in richtiger Ausnutzung der Konjunktur geführt werden, und wenn die Arbeiter selbst gut organisiert sind, über bedeutende Hilfsmittel verfügen und womöglich einem unorganisierten, sich im gegenseitigen Konkurrenzkampf bekämpfenden Unternehmertum — heute allerdings noch seltener, als ein *Georgstaler* — gegenüberstehen oder gegen solche Unternehmer kämpfen, die direkt von der Produktion leben müssen, denen durch eine Arbeitseinstellung förmlich die Lebensader abgebunden wird. Das trifft aber fast nur noch auf die handwerksmässigen Kleinbetriebe, die mit wenig oder gar keinem Kapital arbeiten, und schliesslich noch auf das Baugewerbe zu; deshalb auch hier die verhältnismässig vielen erfolgreichen Streiks. Die meisten Bauunternehmer *arbeiten* mit Wechseln und werden von fälligen und schon prolongierten Wechseln oft direkt verfolgt, dass sie kaum den Tag der Fertigstellung des ihnen übertragenen Neubaus abwarten können, an dem die Hypothek aufgenommen wird, womit sie sich die bösen Dinger dann vom Halse schaffen können. Andere, die gleichzeitig Bauspekulanten sind, haben Baugelände, wofür schon die Bauzeichnungen fertig liegen und auch der Termin der Fertigstellung des Hauses bestimmt ist. Eine

unerwartete Arbeitseinstellung schießt da gleich einem Blitz in die Kalkulationen, und dem Unternehmer bleibt schliesslich nichts anderes übrig, als entweder nachzugeben oder — den Bankerott anzuzugestehen. Nicht viel besser sind auch die *Krauter* in den anderen kleinen Berufen gestellt. Solche Unternehmer sind zum Verhandeln eher geneigt, und bei den Unterhandlungen kommt auch meistens für die Arbeiter etwas heraus; man erkennt die Organisation als Vertreter der Arbeiter an und macht ihr Konzessionen.

In der Grossindustrie aber, besonders in den riesigen Hüttenwerken und dem Bergbau, liegen die Verhältnisse anders, für die Arbeiterschaft so schlecht, wie nur möglich. Hier haben wir es einerseits mit den besten Unternehmerorganisationen und den *Rauhreibern* des Kapitals, andererseits mit einer heute noch schlecht organisierten, dazu in 5 bis 6 sich gegenseitig bekämpfenden Verbänden auseinanderorganisierten und aus allen Ländern bunt zusammengewürfelten, indifferenten Arbeiterschaft zu tun. Wie wenig die Bergarbeiter bis heute zur Führung eines ernsthaften Streiks organisiert waren und auch noch sind, erhellt wohl am besten die Tatsache, dass während des Generalstreiks der Ruhrbergleute, an dem 200 000 Arbeiter beteiligt waren, der *alte* Bergarbeiterverband um 65 000, der christliche um 40 000 Mitglieder aus den Streikenden zugenommen hat. Es liess sich demnach über die Hälfte der Streikenden erst während des Streiks in die Organisation aufnehmen, und man wird nicht übertreiben, wenn man behauptet, dass ausserdem noch viele Tausende gar nicht beigetreten sind, sondern unorganisiert blieben. Und dabei ist das Ruhrrevier schon das bestorganisierte Bergwerksrevier Deutschlands! Schlimmer noch liegen die Verhältnisse in den anderen Revieren. Beim Streik der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter, der 4000 Streikende umfasste, traten dem Verband 4900 Mitglieder bei, also mehr, als sich am Streik beteiligten; und in Schlesien betrug der Zuwachs des Verbandes bei 2000 Streikenden 1600. Bei solchen Organisationsverhältnissen und bei der gewaltigen Macht der Unternehmer braucht man sich nicht darüber zu wundern, dass bis jetzt noch sämtliche Bergarbeiterstreiks von dem Waldenburger /1869/ bis zum mitteldeutschen Braunkohlenarbeiterstreik /1906/ so gut wie vollständig verloren gegangen sind. Und, was das Schlimmste ist: es ist auch in absehbarer Zeit, solange die gewerkschaftliche Schwäche und Zerrissenheit besteht, keine Aussicht vorhanden, den Grubenprotzen mit einem Streik beizukommen. Diese befinden sich vielmehr dank ihrer vorzüglichen Organisation in permanenter Kriegsbereitschaft, und ihre Syndikuse verstehen besser die Zeichen der Zeit zu deuten, als die römischen Auguren die Auspizien. Die Vorratsmagazine sind innen so weit gefüllt, dass sie länger anhalten, als die Bergleute aushalten können, so dass eine direkte, allgemeine, das ganze Land drückende Kalamität bei einem Revier- oder gar nur Belegschaftsstreik nicht entsteht. Beim Streik der Ruhrbergleute hat es sich gezeigt, dass die 3- bis 4wöchige Arbeitseinstellung von 200 000 Arbeitern es nicht vermochte, eine Sachlage herbeizuführen, die die Gesamtbevölkerung derart aufpeitschen musste, dass sie gegen den Trotz der Grubenpaschas anders als mit Resolutionen eingeschritten wäre. Die Eisenbahnen, die Dampfschiffe, die elektrischen Strassenbahnen fuhren, wie immer, und selbst die grossen Hüttenwerke konnten ihre Betriebe in grossem Umfange aufrecht erhalten. Letztere aber sind bei den Zechen fast durchweg fusioniert oder doch versippt, so dass sie bei einer wirklichen Kalamität nicht gegen die hochmütigen Grubenkönige Stellung nähmen, sondern sich an ihren Arbeitern schad-

los zu halten suchten. Ein wirklicher Druck gegen diese würde eben nur dann ausgeübt werden, wenn der Notstand ein so umfassender würde, dass jeder einzelne Bürger darunter zu leiden hätte; denn erst dann, wenn der Spiesser seine Kartoffeln roh essen und im kalten Zimmer sitzen muss, wird er revolutionär. Beim Streik der pennsylvanischen Anthrazitkohlengräber /1902/ schritten die Bürger von New York erst dann gegen die Grubenbesitzer ein, als sie durch deren Hartnäckigkeit frieren mussten; und von den Deutschen kann man erst recht nichts anderes erwarten. Eine solch umfassende Kalamität erreichen wir durch einen Revierstreik aber nicht.

Die Grubenbesitzer bekämpfen sich nicht gegenseitig in wilder Konkurrenz und suchen keineswegs, den Markt einander streitig zu machen, sondern sie unterstützen sich zur gemeinschaftlichen Auspovertung der Konsumenten und Unterdrückung der Arbeiterschaft, und das sogar international. Die Syndikate, nicht die einzelnen Unternehmer, setzen heute die Preise fest, sie regeln auch den Versand im gesamten Syndikatsbezirke und geben die Produkte vielfach unter einer allgemeinen Marke und zum gleichen Preise zum Verkauf, obwohl sie von sehr verschiedener Qualität sind. Die Besitzer von Gruben, die ein besseres Produkt liefern, haben nichts dagegen, wenn das Syndikat auch für das schlechte Produkt den selben Preis fordert; das nennen sie *Altruismus*, während es in Wirklichkeit nur eine raffinierte Ausbeutung der Konsumenten ist. Dieser *Altruismus*, diese Klassensolidarität offenbart sich bei einem Streik, wo es gilt, die Arbeiter niederzuschmettern, noch viel mehr, indem die Grubenbesitzer durch Zuführung von Kohlen ihren bestreikten Kollegen aus der Klemme helfen. Das geschieht sogar in solchem Masse, dass 1900, während des Streiks der österreichischen Kohlengräber, heimische Fabriken wegen Kohlenmangel Feierschichten einlegen mussten, weil die Kohlen in Massen nach Österreich verschickt wurden: eine recht *nationale* Tat! Während des letzten französischen Bergarbeiterstreiks, der anlässlich der schrecklichen Katastrophe von Courrières ausbrach, gingen täglich über den Bahnhof Cöln an 300 Waggons Kohlen nach Frankreich, die fast ausschliesslich aus dem Ruhrrevier kamen. Andere gingen über München-Gladbach und Aachen, schliesslich die aus Mittel- und Süddeutschland über Metz. So versorgten die deutschen Grubenbesitzer Frankreich derartig reichlich mit Kohlen, dass eine Kalamität verhindert wurde. Und die deutschen Bergarbeiter? Trotz der Mahnrufe der *Bergarbeiterzeitung*, der Parteiblätter und der Versammlungsreden, alle Überschichten zu verweigern, verfuhrten sie solcher, soviel die Grubenverwaltungen nur haben wollten, sie fielen somit ihren französischen Kameraden als Streikbrecher in den Rücken! Das taten die selben Bergleute, die im Jahre vorher in ihrem gewaltigen Ringen die Solidarität der ausländischen Kameraden erbeten und den Beschluss — leider auch nur Beschluss ohne Tat geblieben! — der Belgier und Engländer, der es den Grubenbesitzern dieser Länder untersagte, Kohlen nach Deutschland auszuführen, solange in Deutschland der Streik andauere, jubelnd und mit Händeklatschen begrüsst hatten! Ebenso, wie die Grubenbesitzer bei einem ausländischen Streik Kohlen in grossen Massen ins Ausland werfen, die Produktion durch Überschichten bedeutend erhöhen, ebenso suchen sie einen Produktionsausfall durch einen Revierstreik im eigenen Lande zu decken; und solange die Bergleute nicht zum passiven Widerstand erzogen sind, solange sie nicht aus

Solidarität mit ihren kämpfenden Brüdern grundsätzlich jede Überschicht verweigern und, noch mehr, selbst die regelmässige Schichtleistung einschränken, wird eine vorübergehende Arbeitseinstellung von 10-, 20- und selbst 50 000 Bergleuten für den Gesamtbergbau keine erhebliche Produktionsverminderung erzielen können. Vorher aber haben die Streiks keine Aussicht auf Erfolg.

Wirtschaftlich ist den Grubenbesitzern durch einen Streik erst recht nicht mehr beizukommen. Durch eine langjährige glänzende Geschäftsperiode und durch gewaltige Fusionen ist der Grubenbesitz durchweg in den Händen wirklicher Kapitalmagnaten, die monatelang, wie ein Hamster, von ihrem Fett zehren können und dazu noch, falls die Not an sie herantreten sollte, von ihrer Organisation reichlich unterstützt werden. Ihre Verkaufsbedingungen sind so eingerichtet, dass *Ereignisse von höherer Gewalt* — wozu auch die Streiks gerechnet werden — sie von allen Verpflichtungen entbinden. Ihr Produkt, Kohle, Kali, Erze etc., behalten sie, das bleibt ungehoben in der Erde liegen, es verliert an Wert gar nichts und kann nach Beendigung des Streiks mit vermehrter Kraft gehoben werden. Die Vorräte und selbst der Schund sind aufgebraucht, ihre Absatzmärkte können und werden ihnen nicht streitig gemacht, so dass ihr ganzer Schaden darin besteht, dass sie schliesslich in einem Monat auf den Profit verzichten müssen, der ihnen aber im nächsten Monat totsicher in doppelter Höhe zufällt. Die Bahn zur Profitjagd hat der Streik frei gemacht, die Produktion kann in erhöhtem Umfange betrieben, die Preise können erhöht werden, wie das nach dem Streik von 1899 und 1905 im Ruhrrevier geschehen ist. Die Kohlenförderung im Ruhrrevier blieb durch den Streik 1905 zwar um 2 Millionen Tonnen gegen 1904 zurück, aber die Werke erzielten 1905 durchweg höhere Überschüsse, als 1904. Der Förderausfall betrug durch den Streik über 5 Millionen Tonnen, davon wurden 3 Millionen noch im Streikjahre eingeholt, und die anderen 2 durch Preiserhöhung mehr als wett gemacht. Es erzielten zum Beispiel 1905 Überschüsse: *Ewald* 4 137 410 Mark (gegen 3 174 411 Mark im Jahre 1904), *Schürbank* 234 132 (190 368), *Cölner Bergwerksverein* 2 344 112 (2 157 356), *Mühlheimer Bergwerksverein* 2 383 002 (2 261 155), *Massen* 704 085 (562 461), *Hibernia* 10 516 490 (10 069 368), *Gelsenkirchen* 13 744 000, *Harpener* 17 016 600 (13 345 100) Mark. Diese Zahlen beweisen unwiderleglich, dass die Grubenaktionäre durch den Streik nicht nur nichts eingebüsst, sondern noch gewonnen haben. Die 2 Millionen Tonnen Kohlen, die sie weniger verkaufen konnten, sind ihnen geblieben, und durch die Preiserhöhung schlugen sie später aus ihnen einen viel höheren Profit heraus, als wenn sie vorher gehoben und verkauft worden wären. Eine Lohnaufbesserung ist nicht erfolgt, so dass die erhöhten Einnahmen durch die Preissteigerung den Unternehmern allein zu gute kommt, und so bedeutet der Streik von 1905, ebenso, wie der von 1889, für sie eine rettende Tat, weshalb sie ihn auch mit allen Mitteln provozierten. Weil die Absicht, den Streik wieder einmal als Ursache einer Preissteigerung vorzuschieben, durch die *Bergarbeiterzeitung* und auch durch diese Zeitschrift sofort aufgedeckt wurde, haben die Unternehmer diesmal einen anderen Sündenbock gesucht: das verpfuschte Berggesetz. Der Streik war für die Arbeiter verloren, eine Lohnaufbesserung nicht erfolgt, und folglich würde niemand so recht an eine Belastung der Gruben durch diesen geglaubt haben. Man schützte daher das Berggesetz vor, das augenscheinlich eine Mehrbelastung gebracht hätte; doch niemand weiss, wo-

durch. Die Grubenbesitzer sind Strategen, sie blicken in die Zukunft, und da sie hoffen, einen zukünftigen Streik ebenso niederzuringen, und um sich von vornherein gegen gesetzliche Massnahmen zu schützen, die durch einen neuen Streik inauguriert werden könnten, wollen sie schon jetzt das total verhunzte Gesetz und somit die Regierung bei den Kohlenkonsumenten für die Preiserhöhung verantwortlich machen, in der Erwartung, dass sich demnächst das deutsche Volk zum Schutz der Kohlenbarone ins Zeug legt und gegen jede gesetzliche Bestimmung protestiert, die diese nationalen Wohltäter in der schrankenlosen Ausbeutung und Unterdrückung ihrer Arbeiter etwa einschränken wollte.

Die Gruben selbst leiden nicht entfernt in dem Masse, wie während des Generalstreiks der Ruhrbergleute vielfach angenommen und in den Zeitungen mitgeteilt worden ist. Gewiss haben sie mit elementaren Ereignissen und ausserordentlichen Gefahren, wie Wasserdurchbruch, Wetter, Gebirgsdruck u. s. w., zu rechnen, und diese Gefahren mehren sich, wenn der Betrieb vollständig ruht. Aber so viele Streikbrecher finden sich — leider — immerhin, dass sie vor elementaren Katastrophen geschützt bleiben. Während des Generalstreiks wurde aus allen Teilen des Ruhrreviers gemeldet, dass bald auf dieser, bald auf jener Zeche eine Strecke oder ein ganzes Revier durch Gebirgsdruck zu Bruch gegangen, das Liegende bis ans Hangende hoch gedrückt, die Schienen wie Streichhölzer verbogen, die Stempel zerdrückt wären, dass es monatelanger Aufwältigungsarbeit erfordern würde, ehe wieder an Kohlegewinnung gedacht werden könnte. Unendliche Summen müssten die Unternehmer erst auswerfen, bis sie die Baue erst wieder einigermaßen in stand gesetzt hätten. Aber, als die Arbeit wieder aufgenommen war, erfuhr man, dass alle diese Nachrichten den selben Wert hatten, wie Kuropatkinsche Kriegsdepeschen. Und da alle unsere Grubenprotzen, die grossen sowohl, wie die kleinen, Londonderrys von heute sind — in Oberschlesien auch teilweise noch Lordstatthalter — und, auf ihren Machtstandpunkt pochend, hochfahrend jede Unterhandlung mit den Arbeitern ablehnen, werden alle Streiks gegen sie, wie Genosse Hue 1904 richtig sagte, bis zum Weissbluten geführt werden müssen.

Um aber gegen solche Gegner einen Kampf zu führen, braucht man eine starke Organisation und dazu auch geschulte, gut disziplinierte Kämpfer; und die haben wir heute nicht. Vor allem erscheint mir die Methode, wie heute die Streiks erklärt und geführt werden, grundverkehrt. Während in England nicht einmal die Mitglieder der Gewerkschaften über den Ausbruch eines Streiks zu entscheiden haben, sondern das Exekutivkomitee oder der *Council*, jedenfalls immer die Organisationsleitung¹⁾, entscheidet bei uns die Masse in öffentlichen Versammlungen, oft gegen die Mahnungen der Organisationsleiter. Und nicht einmal Mitglieder sind es, sondern oft besteht die Mehrzahl aus unorgani-

¹⁾ Die Delegiertenversammlung der englischen Eisenbahner legte schon 1836 die Autorität des Verbandes in die Hände des Exekutivkomitees. Der Bericht sagt: »Die Praxis, die Sanktionierung von Lohn-etc.-kämpfen unseren Mitgliederversammlungen zu überlassen, die gewöhnlich unter dem Einfluss irgend einer Erregung stehen oder von einer plausibel klingenden Nachricht vom Schauplatz des Kampfes beeinflusst werden, ist entschieden eine schlechte. Unsere Mitglieder fühlen bei diesen Gelegenheiten nicht die Verantwortung, die sie fühlen sollten. Sie sind der Irreleitung unterworfen. Eine geschickte Rede, Voreingenommenheit, eine falsche Darstellung oder ein mit dem Schein der Wahrheit geschriebener Brief, all dies zusammen oder einer dieser Faktoren können eine Werkstatt oder eine ganze Sektion in einen Kampf hineinziehen. . . . ohne die geringste Aussicht, ihren Zweck zu erreichen.« Die selben Bestimmungen gelten heute bei den englischen Bergarbeitern.

sierten, indifferenten Leuten, die nicht entfernt die Situation beurteilen können, aber dennoch munter darüber beschliessen. Das nennt man *demokratisches Verfahren*. Die Streikleitung oder die Organisation hat sich diesen Beschlüssen einfach zu fügen. Wie diese zu stande kommen können, erlebte ich beim Abbruch des Generalstreiks in Borbeck und wiederum beim Ausbruch des mitteldeutschen Braunkohlenarbeiterstreiks in Teuchern. In Borbeck waren es eine Frau und ein Unorganisierter, die eine zweitausendköpfige Versammlung gegen mich hinrissen, weil ich von der Siebenerkommission bezahlt worden sei, um deren *Verrat* zu beschönigen. Ich sollte sogar aus Berlin extra dazu herbeigehtolt worden sein, weil sich die *ehemaligen* Verbandsbeamten nicht mehr in eine Versammlung trauten; 5 Millionen Mark hätte die Siebenerkommission von Amerika erhalten, die sie den Streikenden vorenthalten wolle, und was sonst noch *sachverständiges* Zeug mehr, was von der Mehrheit der Versammlung geglaubt wurde. In Teuchern war ich in jener Versammlung, die den mitteldeutschen Braunkohlenstreik für Teuchern und Umgegend, und zwar gegen mein dringendes Abraten, beschloss; als ich dort auf die Schwierigkeiten des Streiks hinwies und den Leuten sagte, ein Streik der Braunkohlenarbeiter könne materiell schon deshalb wenig oder gar keine Aussicht auf Erfolg haben, weil erstens noch lange nicht die Hälfte der Arbeiter organisiert sei und zweitens die Arbeitseinstellung von 4- bis 6000 Braunkohlengrängern keinen Produktionsausfall auf dem Kohlenmarkt verursache, der lokale Ausfall aber sofort aus anderen Revieren gedeckt werde, trat ein Bergmann auf, der sagte, ich verstehe nichts von den Verhältnissen und spräche wie ein Abgesandter der Riebeckischen Werke. Die Vorräte seien aufgebraucht, und in 14 Tagen sei der Streik gewonnen. Man beschloss den Streik mit geringer Majorität gegen mich, doch sollte ich — leider — recht behalten. Ich will nun keineswegs, wie Coriolanus, die tausendfältige Zunge ausreissen, aber darauf muss unter allen Umständen bestanden werden, dass ein Beschluss, für den die Organisation allein verantwortlich ist, und dessen Folgen sie tragen muss, auch nur von organisierten Arbeitern gefasst wird.

Ein anderer, sehr verhängnisvoller Fehler ist das Abhalten der vielen Versammlungen, in denen den Leuten ihre Pfennige, die sie so notwendig gebrauchten, im Nu aus der Tasche getrieben werden. Bei solchen Gelegenheiten muss mit der Masse, wie sie ist, und nicht, wie sie sein soll, gerechnet werden, und die Masse kennt kein morgen, versteht nicht, die Konsequenzen ihrer Lage zu ziehen, sondern lebt — auch im Krieg — in den Tag hinein, bis der letzte Pfennig fort ist. Die Mehrzahl der Ruhrbergleute hat während der Streikwochen mehr Bier getrunken und Zigarren geraucht, als sonst. In den Massenversammlungen wurde gequalmt, dass eine dicke, blaue Rauchwolke über den Häuptern der Versammlung schwebte, so dicht, dass man nicht über den Saal sehen konnte; das selbe Schauspiel erlebte ich in Meuselwitz, wo ich die Streikenden am zweiten Tage ihres Kampfes bei Bier und Zigarren in fröhlicher Stimmung, sogar vielfach mit ihren Frauen antraf. In acht, selbst in drei Tagen hatten viele keinen Pfennig mehr, und das sind *Kämpfer*, die durch einen Hungerkampf das Unternehmertum besiegen wollen! Die Versammlungen sollen der Aufklärung und der Aufrechterhaltung der Disziplin dienen und zum Ausharren anfeuern. Was die Aufklärung und die sonstige Verhaltensmassregel anlangt, kann das durch ein Flugblatt viel besser und sicherer erfolgen.

In England erhalten die Streikenden von der Streikleitung verfasste Situationsberichte ins Haus gebracht, stets, sobald sich die Lage ändert, einen neuen. Doch nicht allein über den Stand des Streiks soll Aufklärung geschaffen werden, sondern man will die Ausständigen zum gewerkschaftlichen und politischen Klassenkampf bilden. »Unter dem Donner dieser Kanonen will ich meine Bataillone formieren«, sagte Lessner 1871 in Genf, und im Ruhrrevier wollte man unter *taumelnder Begeisterung* den 200 000 streikenden Bergleuten innerhalb acht Tage den Sozialismus einimpfen. Wenn es so einfach wäre, die mit der Muttermilch eingesogenen, in denkfaulen Hirnen festgerosteten Anschauungen, Vorurteile und Dummheiten so herauszufegen, dann sehe es mit unserer Bewegung ganz anders aus. Dann werden, gerade bei einem Streik, manchmal *Aufklärer* auf die Leute losgelassen — zum Gotterbarmen! Diejenigen Arbeiter, die erst im Streik gewonnen, erzogen und aufgeklärt werden sollen, sind keine Kämpfer; wer Soldaten in den Krieg führt, muss sie vorher einexerzieren, und meistens bleiben die so Gewonnenen und *Aufgeklärten* auch nur so lange bei der Fahne, als der Kampf dauert. Wenn die Kraft der Streikenden bis auf die Bierbegeisterung, die sie sich in den Versammlungen holen, erschöpft ist, dann hilft diese Begeisterung auch nicht mehr.

Heraus aus den Wirtschaften! Unsere Arbeiterschaft muss erzogen werden, dass wir auch in Deutschland Streiks ohne den Wirtschaftsverkehr führen können. Vor allem müssen die Streikbureaus aus den Wirtschaften verschwinden, denn bei dem alltäglichen Melden dort wird alltäglich Geld verzehrt, und ebenso dürfen die Streikunterstützungen nicht dort ausgezahlt werden. Beim Streik der Ruhrbergleute ist es mehrfach vorgekommen, dass sich jemand seine 6 Mark Streikunterstützung vom Streikkomitee auszahlen liess und sie dann sofort in Bier und Schnaps umsetzte, ohne erst das Lokal zu verlassen. Anstatt im Interesse der Allgemeinheit auf die Unterstützung zu verzichten, wird sie noch lieber dem Wirt in den Rachen geworfen. Ich bin kein Abstinenzler, gönne jedem Arbeiter sein Glas Bier, aber bei einem Streik, der bis zum Weissbluten geführt werden soll und muss, ist es doch ein wesentlicher Unterschied, ob man für 50 Pfennig Brot oder Bier und Zigarren anschafft; wo 100 000 Arbeiter in Frage kommen, sind das 50 000 Mark täglich, die wahrhaftig besser angewendet werden können, als für Trinken und Rauchen. Solange unsere streikenden Bergleute noch in fröhlicher Stimmung mit brennenden Zigarren auf der Strasse spazieren gehen, werden sie den Grubenprotzen nicht imponieren, denn dann wissen diese, dass sie in 3 Wochen ihre Munition — verdampft haben. Der Wirte halber braucht man wirklich nicht in den Wirtschaften zu verkehren. Haben sie während des Streiks ihr Schäfchen geschoren — und im Ruhrrevier haben einige sogar grosse Schafe geschoren —, kennen sie die Bergleute nicht mehr, verschliessen ihnen ihre Lokale und weisen sie womöglich noch hinaus. In England wird den Leuten die Streikunterstützung von den Branchen- oder Ortskassierern ins Haus gebracht und so die Kontrolle geübt. Das muss sich auch in Deutschland machen lassen, oder sie muss in einer Privatwohnung ausgezahlt werden, aber nicht in Wirtschaften.

Aus den angeführten Gründen halte ich einen Revier- oder Belegschaftsstreik für die Bergarbeiter für aussichtslos, für ein kostspieliges Experiment, bei dem nichts herauskommt. Und sollte in irgend einem von der Landstrasse abgelegenen Winkel einer auch wirklich einmal mit einem Scheinerfolg enden,

so wird das auf die Lage der Gesamtarbeiterschaft dennoch keinen besserenden Einfluss ausüben.

Aber was sollen wir denn machen, fragen unsere Optimisten, wenn wir keinen Streik mehr wagen sollen? Dann dürfen wir keine Lohnforderungen mehr stellen, dann können wir überhaupt einpacken! Nein, nicht einpacken sollen wir, aber uns noch viel weniger in Putschen und Revierstreiks zerfleischen, sondern erst ein Kriegsheer schaffen, Munition sammeln, damit wir das werden, was wir zu sein scheinen, aber in Wirklichkeit noch lange nicht sind. Mit dem Kopf an die Wand rennen, ist noch stets eine Torheit gewesen und hat dem Kopf immer mehr geschadet, als der Wand. Übrigens ist der Streik nicht das einzige, kaum das wirksamste, wohl das brutalste Mittel, die Lage der Arbeiterschaft zu bessern. Die englischen Arbeiter haben durch ihre Organisation ungeheure Fortschritte erreicht, und dennoch haben sie die unzähligen, mehrfach über 20 Wochen dauernden Streiks von 1844 bis auf die Jetztzeit sämtlich verloren, nicht selten wurde auch dadurch die Organisation vollständig zertrümmert. Doch der englische Bergmann ist aus einem andern Holz geschnitzt, als der deutsche. Aus einem verlorenen Streik schöpft er neue Kraft, und aus einer zertrümmerten Organisation steigt stets eine neue empor. Man nutzte im Parlament die Situationen geschickt aus und bediente sich der Organisationen als Vollstrecker der Gesetze. Wurde im Parlament eine Verbesserung erzielt, drangen die Organisationen darauf, dass diese Verbesserung auch praktisch eingeführt wurde, was oft langwierige Prozesse veranlasste und viele Opfer kostete. Wir besitzen in Deutschland kaum die Macht, die Unternehmer zur Befolgung der bergpolizeilichen Vorschriften anzuhalten. Das einzige Mittel, das wir dazu haben, ist unsere Presse, und damit diese nicht zu gefährlich wird, hat man Gefängnisse, worin man den Redakteur einsperrt. Und doch sind unsere bisherigen Erfolge nicht durch Streiks, sondern durch organisatorische Tätigkeit der Verbandsleitung erzielt worden. Diese Tätigkeit kann für die nächste Zeit nur in rücksichtsloser Kritik der Missstände und fortgesetzter Aufklärung der noch fernstehenden und irgeleiteten Kameraden bestehen. Soll aber der Streik als Kampfmittel gegen die Grubenprotzen angewendet werden, und sollen diese auch später ihren hochfahrenden Standpunkt von heute vertreten, dann muss der nächstfolgende Bergarbeiterstreik ein solcher werden, den die hochmütigen Herren fühlen, dann muss es ein Nationalstreik und kein Reviereisstreik sein. Wie Enkelados, wenn er sich in seinen Schmerzen rührte, Erdbeben erzeugte, so auch der Bergmann. Und wenn er sich noch einmal rührt, dann auch gründlich, damit ein gründliches Erdbeben erzeugt wird.

XX

FRANZ STAUDINGER · KANT I. KONTRA KANT II.

IN seinen *Welträtseeln* unterscheidet Haecckel zwischen einem jugendlichen »Kant I.«, der in seinen naturwissenschaftlichen Schriften »die Grossmächte des Mystizismus beseitigt«, und einem »gealterten Kant II.«, der sie »als Postulate der praktischen Vernunft« wieder hereingeführt habe. Das ist nun eine falsche Scheidung. Denn Kant war sein Lebtag Theist. Über dieser falschen aber wird eine andere Scheidung versäumt, die unendlich wichtiger sein dürfte: die zwischen einem Kant I., der den mächtigsten Fortschritt in der Erkenntnisanalyse tat, welcher bis

jetzt überhaupt stattgefunden hat, und einem Kant II., der daraus metaphysische Folgerungen zog, welche jene grossen Ergebnisse wieder völlig in den Hintergrund gedrängt und die willkürliche Spekulation wilder, als je zuvor, entfesselt haben. Nur ist freilich dieser Kant II. von Kant I. nicht zeitlich getrennt, wie die von Haeckel konstruierten es sind, sondern beide durchdringen einander. Sie sind gerade in der *Kritik der reinen Vernunft* mit einander verschmolzen, und zwar so innig, dass es schwer ist, sie zu trennen. Dass dies aber geschieht, ist dringend erforderlich.

»Für uns steht alle Metaphysik so ziemlich auf gleicher Linie, es sind alles nur Spielarten, Arten, mit Begriffen zu spielen. Um solche Begriffsspiele würden sich die Nationen und die Menschheit nicht zerfleischen, wie sie es tun, wenn nicht eben auch darin das Sittliche [ich würde erweiternd sagen: das Soziale, mit dem ja das Sittliche aufs engste zusammenhängt] mächtig mitspielt und eigentlich der heimliche gar sehr interessierte Lenker des ganzen Spiels wäre.«

Das sagt Natorp in seiner Schrift *Jemand und ich*, einem in Gestalt eines Platonschen Dialogs abgefassten, vielfach mit Lessingschen Pointen gewürzten Gespräch, in dem er sich gegen einige Aufstellungen der ihn im *Roland* und in der *Neuen pädagogischen Zeitung* bekämpfenden bremischen Lehrer Holzmeier und Gartelmann wendet¹⁾. Er will ihnen zeigen, wie ihre Aufstellungen vom Standpunkt der erkenntniskritischen Ergebnisse Kants aus dogmatisch und unhaltbar erscheinen müssen. Da hat er denn vielfach recht. Die, wie es scheint, wesentlich auch durch Haeckel geschulten Herren lesen Kant etwa so, wie ein der englischen Lautlehre Unkundiger das Englische lesen würde. Aber die andere Frage ist, ob nicht doch Kant II., der Metaphysiker, sich auch bei Natorp selbst noch mit Kant I. bedenklich vermischt, und ob er den Bremensern darum wirklich auf die rechte Weise beizukommen vermag.

»Kant bedeutet das erkenntnistheoretische Panier, um das alle Gegner Haeckels sich scharen können . . . ; aus erkenntnistheoretischen Erwägungen ergab sich als sicheres Resultat, dass Haeckel Dogmatiker vom reinsten Wasser, ein Erzgläubiger ist, dass er Metaphysik, und zwar schlechteste Metaphysik treibt, wo er behauptet, streng naturwissenschaftlich vorzugehen.«

So Adickes in seiner nummehr in zweiter, verbesserter und erweiterter Auflage erschienenen Schrift *Kant kontra Haeckel*²⁾. Und auch er hat zweifellos gegen Haeckel in sehr vielen durchaus recht. Er hat sogar ein Stück von Kant II. abgeworfen, so dass man ihm, äusserlich betrachtet, näher zu stehen meint, als Natorp; aber wenn man genauer hinsieht, so stecken gerade die Haupthaken Kants II. auch bei ihm fest; die Loslösung ist äusserlich, nicht durchgreifend methodisch erfolgt, während Natorp immerhin dem Willen nach das metaphysische Annehmen ablehnt. Beide Arbeiten, sowohl die Natorps, wie die Adickes', zielen sodann auf die sittliche und religiöse Frage ab, und der Erkenntnisstandpunkt, den sie einnehmen, bedingt logisch auch die Art ihrer Folgerungen auf diesen Gebieten. Wo das auch bei ihnen heimlich durch tieferliegende Faktoren bedingt ist, das zu untersuchen ist nicht unsere Sache. Denn gleichviel, wie der heimliche, dem einzelnen vielleicht selbst unbewusste

¹⁾ Paul Natorp: *Jemand und ich. Ein Gespräch über Monismus, Ethik und Christentum* (Stuttgart 1906). Über meine Stellung zur praktischen Seite des Schulstreits über Religion vergl. die Rubrik *Philosophie* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 616-617.

²⁾ Erich Adickes: *Kant kontra Haeckel. Für den Entwicklungsgedanken und gegen naturwissenschaftlichen Dogmatismus*, 2., verbesserte und erweiterte Auflage (Berlin 1908). Die 1. Auflage trug den Untertitel *Erkenntnistheorie gegen naturwissenschaftlichen Dogmatismus*. Mit dem neuen Untertitel will Adickes seine grundsätzliche Stellung schärfer, insbesondere dahin präzisieren, dass nur geglaubt werden könne, was Haeckel zu wissen vorgebe.

Zusammenhang mit jenen beschaffen sein möge, im logischen Aufbau werden jedenfalls die religiösen und sittlichen Gedanken von den erkenntniskritischen Voraussetzungen getragen. Diese also seien in ein paar entscheidenden Hauptpunkten unter die Lupe genommen.

Natorp schleudert seinen Gegnern den Vorwurf entgegen:

»Sie meinen das Resultat der Erkenntnis, die fertige Welt voraus zu haben; das heisst ihnen Erfahrung. Und durch *Abstraktion* ziehen sie dann hinterher alles das wieder heraus, was sie nach Kants unwiderlegter und unwiderlegbarer Grundthese zuvor selbst hineingedacht haben. So meinen sie dann, alles durch Erfahrung zu begründen. . . . Am Ende haben sie sogar hierbei Richtiges im Sinn. Erfahrung, dies Ganze des Erkenntnisprozesses, ist in der Tat die alleinige Grundlage, auf der auch wir fussen. . . . Aber sie unterscheiden eben nicht Grunderfahrung von abgeleiteter Erfahrung, halten für abgeleitet aus der Erfahrung, was vielmehr Grund . . . der Erfahrung ist.«

Das ist der Kern der Sache, das zugleich, worin Natorp auf Grund Kants I. durchaus recht hat. Der bloss in Naturbetrachtung und -beobachtung geübte Denker merkt ebensowenig, dass die Natur, die er unmittelbar vor sich zu haben glaubt, erst durch eine Fülle von blitzschnell auftauchenden und meist nicht zum Selbstbewusstsein gelangenden Gedanken- und Erinnerungsbeziehungen zur Wahrnehmung gelangt, wie es der natürliche Mensch merkt, dass er normalerweise zwei Weltbilder seiner zwei Augen in eines verschmilzt. Der naturalistische Denker glaubt also, er könne erst daraus, dass der Baum, der vor ihm steht, bestimmte Eigenschaften, Härte, Schwere etc., offenbart, darauf schliessen, dass der Baum eine Substanz sei. Darin hätte er ja nun so weit völlig recht, als es sich darum handelte, verschiedene Substanzen, etwa Kohle, Eiweiss, Phosphor etc., im Baume chemisch zu unterscheiden. Aber er merkt nicht, dass da noch etwas Grundlegenderes in seinem Bewusstsein vorhergeht, mittels dessen er den Baum überhaupt erst als Ding, als Substanz ansehen kann. Am einfachsten ist das wohl verständlich zu machen, wenn wir uns besinnen, dass wir zum Beispiel eben ein gleiches Gesichtsbild eines Baumes vor uns haben, wie wir es nach unserer Erinnerung schon vorhin hatten. Jetzt sagen wir aber nicht etwa: wir haben eben ein gleiches Bild, wie vorhin, sondern wir behaupten kategorisch, und zwar eventuell ganz unmittelbar: die beiden zeitlich getrennten Bilder bedeuten den selben Gegenstand, den selben Baum; das heisst, dieser Gegenstand habe bestanden, auch während wir kein Bild von ihm gewahrt haben. Diese Gedankenverbindung, welche zwei und mehr getrennte Gewahrungen auf einen Gegenstand bezieht und so die getrennten erst zum Bewusstsein eines einzigen Naturdings bringt, das eben ist der Substanzbegriff, wenn auch noch nicht als reflektierter Begriff, sondern als grundlegende Synthese. Aber nun ist doch offenbar, dass wir, wenn wir diese Synthese nachher reflektiert zum Selbstbewusstsein bringen, doch keinen neuen Begriff schaffen, sondern nur abstrakt herausholen, was wir vorher schon hineingelegt hatten. Erst dann, wenn wir den Zusammenhang zwischen den zerstreuten Einzelgewahrungen, zum Beispiel verschiedenen Baumbildern, die wir auf den selben Baum beziehen, geschaffen haben, können wir einzelne besondere Substanzen unterscheiden. Aber dem liegt jener objektive Zusammenhang eben zu Grunde, und er, sonst nichts, ist die Substanz. Auch dem genauesten Nachforschen wird Substanz nichts anderes, als der objektive Zusammenhang, auf den wir die zerstreuten subjektiven Gewahrungen ganz instinktiv beziehen, und wodurch wir erst die Wahrnehmung einer in

sich zusammenhängenden Natur erhalten. Haben wir nun diese Substanzverbindung untergelegt, so gehen wir bekanntlich weiter und legen veränderte Gewahrungen in sonst gleichartigen objektiven Zusammenhängen als objektive Veränderungen aus, Veränderungen, die nicht bloss in uns, sondern am Gegenstände selber stattfinden. Auch hier ist es also derart, dass wir nicht etwa zuerst Veränderungen an Gegenständen wahrnehmen und hintennach den Begriff der *Veränderung* abstrahieren; es ist umgekehrt so, dass wir, gewisse Gewahrungen als Wechsel am Gegenstände selbst deutend, die Wahrnehmung von gegenständlichen Veränderungen erst erhalten. Auch hier liegt also der Gedanke gegenständlichen Zusammenhangs zu Grunde. Wenn wir von blossem Wechsel der Gewahrungen reden, so haben wir noch keinen gegenständlichen Zusammenhang im Bewusstsein. Wo wir aber von Veränderung an Dingen reden, da sprechen wir den gegenständlichen Zusammenhang aus. *Ursache* ist weiter gar nichts, als Zusammenhang des gegenständlich Wechselnden. Statt *Substanz* und *Ursache* zu sagen, könnten wir also auch zusammenfassend von *grundlegendem gegenständlichen Zusammenhang* sprechen.

Das ist das Verhalten unseres Erkennens, das man bei naturalistischer Betrachtung der Dinge eben darum nicht gewahr werden kann, weil es dieser Betrachtung selbst ebenso zu Grunde liegt, wie man die optisch-gesetzlichen Richtlinien nicht sieht, obwohl sie selber dem Sehen zu Grunde liegen. Das erkannt zu haben, ist die grosse und unvergängliche Leistung Kants I., und alle weitere philosophische Untersuchung, welche auf wissenschaftliche Beachtung Anspruch macht, muss wenigstens diese Entdeckung kennen und verstehen. Wer, daran vorbeirend, den Substanz- und Kausalbegriff ebenso, wie sonstige Begriffe, *aus der Erfahrung* erst ableiten will, ohne zu merken, dass die Erfahrung sich erst mittels ihrer bildet, wird stets im Dunklen tappen und dogmatisch ins Blaue reden. Aber hier müssen wir inne halten. Weiter können wir nicht mit Kant, nicht mit den Neukantianern, wie Natorp, auch nicht mit Halbkantianern, wie Adickes, gehen. Für uns erhebt sich nunmehr, nachdem wir das begriffen haben, die ganz nüchtern zu erwägende völlig neue Frage: Auf Grund wessen kommt denn unser Bewusstsein dazu, solche Verbindungen mit dem Anspruche gegenständlicher Gültigkeit zu schaffen? Und diese Frage mündet in die andere: Wo stammen denn diese Synthesen, durch die wir objektiven Zusammenhang schaffen, eigentlich her?

Diese Fragen hat Kant, haben Natorp und Adickes sich gar nicht vorgelegt. Sie scheinen ihnen auf die einfachste Weise schon beantwortet. Kant sagt gleich in der Einleitung zur zweiten Auflage der *Kritik der reinen Vernunft*: »Erfahrung könnte wohl ein Zusammengesetztes aus dem sein, was wir durch Eindrücke empfangen, und dem, was unser eigenes Erkenntnisvermögen . . . aus sich selbst hergibt.«

Es könnte wohl sein, heisst es hier; aber statt nun zu untersuchen, ob dem wirklich so ist, ob wirklich Raum, Zeit, Kategorien *aus uns selbst* hergegeben werden, wird das nachher einfach als abgemachte Sache behandelt. Die Entdeckung, dass wir die Gewahrungen mittels genannter Synthesen verbinden, wird einfach als genügender Beweis dafür aufgefasst, dass sie aus uns selbst stammen. Das ist Kant II.; ein Schluss ungefähr von gleicher Art, wie wenn ein Millionär behauptet, das Einkommen, das ihm seine Millionen schaffen, sei durch seine eigene Arbeit verdient. Die Frage, ob und wie weit das Einkom-

men aus der Million durch eigene oder durch fremde Arbeit erworben wird, ist aber nicht in höherem Masse eine sozial wichtige Frage, als das Problem, ob und wie weit die synthetischen Erkenntnisformen aus uns stammen, eine intellektuell wichtige ist. Es könnte doch der Fall sein, dass jene Synthesen instinktiv unterbewusste Abstraktionen aus der Grundveränderung sind, die das Bewusstsein im Empfinden erlebt, dass wir das Empfinden unmittelbar als Beziehung zu etwas Fremdem erfassen, und dass jene instinktiven Abstraktionen daraus dann, ebenso instinktiv und unterbewusst übertragen, die Beziehungen zwischen dem durch die Empfindung als verschiedenartig angezeigten Fremden ausdeuten, also dadurch zu instinktiven Urteilen über den gegenständlichen Zusammenhang extramentaler³⁾ Dinge verwandt werden. Nach meiner Überzeugung ist dem so, was ich freilich hier nicht weiter auseinandersetzen kann; auf diese Weise lösen sich die Schwierigkeiten ganz leicht, während die ganz grundlose und dogmatische Annahme Kants II. uns nur in ein Labyrinth unentwirrbarer Schwierigkeiten hereinführt.

Diese metaphysische Annahme aber hat auch Natorps Darstellung, obwohl dieser Forscher dem Willen nach ja aller Metaphysik abhold ist, stark gefärbt. Natorp akzeptiert die von dem *Jemand* seines Gesprächs abgegebene, folgendermassen lautende Unterscheidung von *Sein* und *Wirklichkeit*:

»Sein in allgemeinsten Bedeutung ist Bestand eines Denkinhalts, sei's auch als Komponente der Wirklichkeit. Wirklichkeit oder Existenz (Sein im engeren Sinne, konkretes Sein): Bestand in der Resultante aller Denkkomponenten und unter deren Voraussetzung.«

Das, meint er, sei klar. Mir in der Sache nicht. Mir ist nur klar, dass tatsächlich die Wirklichkeit nicht bloss als Resultante aller Denkkomponenten, sondern zugleich als ein durch denkende Deutung der Empfindungen bezeichnetes extramentales Sein gedacht wird. Dadurch wird es eben dem im Bewusstsein liegenden oder intramentalen Sein durch das Bewusstsein selbst als Aussenwelt gegenübergestellt.

Durch das Bewusstsein! wird hier Natorp mahndend betonen; der Gegenstand ist ja doch gedacht, muss gedacht sein, sonst könnte er gar nicht Gegenstand für uns, uns gar nicht als Gegenstand bewusst sein. Ganz recht! Hier aber liegt die Angel, darauf man nicht anbeissen darf. Es ist da eine kleine Vermengung vorhanden, eine gerade so kleine Vermengung, wie die ist, wenn ich nicht unterscheide, ob ich mein Einkommen selber erhalte oder auch selber erarbeitete, Dass ich all mein Einkommen selber erhalten muss, ist selbstverständlich; sonst könnte es eben nicht mein Einkommen sein. So ist es selbstverständlich, dass wir psychisch den Gegenstandsgedanken intramental haben. Aber ob dieser Gegenstandsgedanke den Gegenstand selbst in sich enthält, oder ob er nur Gedanke an einen ausserhalb des Gedankens liegenden Gegenstand ist, diese Frage wird von jener, in Wahrheit bloss psychologischen, Feststellung gar nicht berührt, geschweige denn gelöst.

Nun ist es aber, schon rein psychologisch betrachtet, ein Unterschied, ob ich einen Ton, den ich eben höre, einen Gedanken, den ich eben habe, als solchen

³⁾ Den Ausdruck *extramental* gebraucht Adickes. Ich übernehme ihn, da er mir die Sache, worauf es ankommt, besser und eindeutiger zu bezeichnen scheint, als zum Beispiel das *transsubjektiv* Volkelt's oder gar das Wort *transzendent*, das Adickes selbst gleichbedeutend mit *extramental* verwendet; *transzendent* aber bezeichnet doch richtigerweise etwas, das über unsere Einsicht grundsätzlich hinweg liegt; im *Transzendenten* schwimmt die Metaphysik.

zum Gegenstand meiner Betrachtung mache, oder ob ich nur daran denke, dass ich zum Beispiel gestern einen Ton hörte, einen Gedanken dachte. In letzterem Falle ist der Ton respektive der Gedanke selbst gar nicht mehr Gegenstand, den ich denke. Ich denke nur an ihn. Denken des Gegenstands und Denken an den Gegenstand sind also zweierlei, und nun fragt es sich bei dem Gegenstand, den wir *Wirklichkeit* nennen, ob er durch unsern bloss psychologischen Gegenstandsgedanken geschaffen oder nur bezeichnet wird; ob also hier der Gegenstand oder nur an den Gegenstand gedacht wird, an einen Gegenstand, der als solcher nicht im Bewusstsein liegt. Dass das Bewusstsein, wenn es Wirklichkeit denkt, in letzter Weise verfährt, ist aber unleugbar. Achten wir nur auf einen Fall, wie den, wo wir eine jetzige Gewahrung eines Baumbildes mit einer gestrigen auf den selben Baum beziehen. Mit der Beziehung beider Bilder auf den selben Baum sagt ja der psychische Gedanke, der Gegenstand habe fortbestanden, auch während die Psyche gar nicht mit ihm beschäftigt war. Sie beansprucht also ganz unmittelbar, sie denke an den Gegenstand, aber nicht den Gegenstand selbst. Und da sollte sie sich nachher von dem Philosophen, der das psychische Sein eines Gedankens und dessen objektive Aussage nicht unterscheidet, suggerieren lassen, sie habe den Gegenstand selber gedacht, und die Existenz sei also nur »Bestand in der Resultante aller Denkkomponenten«? Schwerlich. Gegen solche Behauptungen à la Kant II. bäumt sich unser natürliches Bewusstsein mit aller Macht und, wie selbst aus dem wenigen Dargelegten hervorgehen dürfte, mit vollstem Rechte als gegen eine Vergewaltigung auf.

Aber die Behauptungen Kants II. sind nicht nur in sich selbst widersinnig und dem tatsächlichen Verhalten unserer Denkaussagen widersprechend, sie stehen sogar in einem inneren und ausschliesslichen Gegensatz zu den Ergebnissen Kants I. Sie haben nicht nur äusserlich in der Geschichte bewirkt, dass man die Errungenschaften Kants I. teils gar nicht begriff, teils wieder beiseite schob, sondern sie müssen, sobald man sie nur einigermaßen in ihre Konsequenzen verfolgt, diese Errungenschaften mit ebensolch innerer Notwendigkeit illusorisch machen, wie der Kapitalismus die Menschenrechte. Denn wenn die Aufstellungen Kants II. richtig wären, so würde die Natur selbst ihrem Wesen nach aus einem zwar von Individuen gedachten, aber doch ihrem objektiven Bestande nach übersubjektiven Gedankenzusammenhange bestehen. Die Natur, nicht bloss die Naturwissenschaft, wohlgemerkt! Für das Individuum wäre Bewusstsein überhaupt Innen- und Aussenwelt zugleich, und die notwendige Frage, von der auch Kant I. ausging, wie das Individuum denn nun dazu kommt, eine Aussenwelt und andere Individuen in ihr anzuerkennen, wäre wieder verloren und dogmatisch als Tatsache anzunehmen geboten. Sodann aber liegt es natürlich nahe, diesem überindividuellen Geisteszusammenhange selbständige Bedeutung zu geben und in der Art Fichtes ein *Über-Ich* zu konstruieren oder in der Hegels die Welt als Selbstentwicklung eines absoluten Bewusstseins zu verstehen. Die eigentliche Erkenntnisfrage ist also verdunstet, die wilde Spekulation hat das Feld.

Welche Wichtigkeit es demnach hat, die positiv wissenschaftlichen Errungenschaften Kants I. von der dogmatischen, in die Sackgasse führenden Metaphysik Kants II. zu scheiden und auf dem ersten weiterzubauen, leuchtet damit ein. Dies muss umso wichtiger erscheinen, als hier selbst Forscher, welche den

Fehler Kants, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, schon ahnen und die metaphysischen Konsequenzen nicht mitmachen, entweder, wie Natorp und die meisten Neukantianer, unmittelbar vor diesen Konsequenzen Halt machen und Kants Metaphysik erkenntniskritisch umdeuten möchten oder aber den Knoten zerhauen und damit die Erkenntnisfrage in ihrem wesentlichsten Grunde der Willkür subjektiver Annahmen und Glaubensneigungen preisgeben. Das letztere ist bei Adickes der Fall. Er will Haeckel auf Grund der Ergebnisse des kritischen Idealismus bestreiten und tut das zum Teil in sehr heftiger, oft übertriebener Weise, wobei zuweilen der Streit sich mehr um die Ausdrucksweise, als um die Sache selbst zu drehen scheint; aber dann bekennt er selbst, er stehe auf dem Standpunkt des Realismus, wenn dieser auch unbeweisbar sei. Das sei aber Annahme, Glaubenssache, nicht Wissen:

»Ich . . . bin . . . der Ansicht, dass unser Bewusstseinsraum die Rekonstruktion eines transzendenten Raums ist, in dem sich — ganz unabhängig von unserem Bewusstsein — die Welt der Dinge an sich befindet, die auf das mir, auch meinem Gehirn, zu Grunde liegende Ding an sich einwirkt. Das ist meine Annahme, die nie bewiesen werden kann, die für mich aber deshalb den höchsten Grad der Wahrscheinlichkeit hat, weil das so entstehende Weltbild mir weniger Schwierigkeiten zu bieten scheint, als die anderen . . . Fichtes und Berkeleys Ansichten, die das extramentale Dasein der nicht geistigen Natur überhaupt leugneten, sind nicht streng widerlegbar.«

Dieser Standpunkt, der in ähnlicher Weise noch von Riehl, Helmholtz und anderen geteilt wird, löst aber die Frage nicht, sondern verkennt sie. Die letzte Bemerkung Adickes', die gerade Helmholtz fast gleichlautend ausgesprochen hat, ruht vor allem auf der Annahme, dass von vornherein nur eine intramentale Welt als ein bestimmter gesetzmässiger Zusammenhang sich in uns bilde, und dass wir erst dann vor der Frage stehen, ob wir ihr bloss intramentale oder auch extramentale Bedeutung zuschreiben sollen.' Das aber ist denn doch wohl ein fundamentaler Irrtum. Wie wäre es, wenn selbst unsere intramentale Welt auf Grund Kants I. aus nichts anderem bestände, als aus lauter Beziehungen auf eine extramentale Welt, wobei die Empfindungen oder besser: die Einzelgewahrungen vergleichsweise das bedeuten, was für den Geometer die sichtbaren Merkmale sind, aus denen er dann die ihm unzugänglichen Strecken ergänzt; wenn alle diese Beziehungen auf eine extramentale Welt gerade das Band bildeten, durch das die intramentale Welt selbst erst zur Wahrnehmung, zur Erfahrung wird, wenn also auch die ganze intramentale Welt sich in ein Chaos von zerstreuten und bedeutungslosen Einzelgewahrungen auflösen müsste, sobald die Beziehungen auf extramentales Dasein wegfielen?

In der Tat aber liegt ja, wie uns jedes Beispiel von zwei Gewahrungen, die gestern und heute stattfanden und doch auf den selben Gegenstand gedeutet werden, klar vor Augen führt, diese transmentale Beziehung in all unseren alltäglichen Weltbeziehungen bereits eingeschlossen und kommt nicht erst nachträglich hinzu. Gerade Kant I. hat diesen Umstand entdeckt. Daraus müsste er, nicht als Schlussfolgerung, sondern als konstatierende Folgerung feststellen: die transmentale Beziehung ist nichts, was erst hinterher zu erschliessen wäre, sie ist in und mit der Verbindung der Gewahrungen zu einem einheitlichen Weltbilde gegeben. In der *Widerlegung des Idealismus* scheint er so zu denken. Dann aber wird ihm die Welt doch »blosse Vorstellung«, Inbegriff der Vorstellungen. Aber eine Gewahrung oder Gewahrungsgruppe, die nicht

extramentale beziehbar wäre, würden wir als *Sinnestäuschung* bezeichnen. Das blossе Phänomen scheidet sich eben dadurch von der Gegenstandswahrnehmung, dass es die extramentale Beziehung nicht mit sich führt, diese dagegen sie kategorisch enthält. In solchen Fällen, wo es uns noch zweifelhaft ist, ob wir die extramentale Beziehungsaussage fällen sollen oder nicht, können wir es auch ganz deutlich einsehen, wie sich Phänomen vom Gegenstande ursprünglich ganz natürlich abscheidet, wie der intramentale Gewahrungsinhalt uns nur Zeichen für den extramentalen Gegenstand ist. In unserer fertigen Weltwahrnehmung, die uns von Jugend her geläufig geworden ist, scheinen freilich die Erkennungszeichen mit den extramentalen Beziehungen zu verschmelzen. Wir scheinen die extramentale Welt selber nicht bloss als Zusammenhang, sondern als farbigen, tönenden etc. Zusammenhang zu sehen; die Gegenstände selbst erscheinen uns als hart, glatt etc. Aber wer bei diesem Umstande stutzig wird, der sehe doch hin, wie uns schon die Zeichen der doch in viel späterem Lebensalter erlernten Schrift mit deren Sinn derart verschmelzen, dass wir zuletzt kaum mehr die Zeichen vom Sinn trennen. Wie sollte sich die in frühester Jugend mittels der Gewahrungen in uns hereingeschriebene Naturschrift nicht schliesslich mit den so früh erlernten Deutungen so verschmelzen, dass es dem erwachenden Selbstbewusstsein anfangs oft zweifelhaft sein mag, was Sinn und was Zeichen ist! Daraus ergibt sich als einfache Umkehrung: Die Naturwahrnehmung als Wahrnehmung eines Zusammenhangs haben wir ganz zweifellos. Sie als Ganzes ist tatsächlich von uns allen im wesentlichen als gleichartig erkannt. Ist also dieses Weltbild einheitlich da, so müssen auch die Beziehungen und Deutungen, vermittelt deren es erst als ein einheitliches Weltbild erscheinen kann, ihre Bedeutung behaupten. Diese Bedeutung wegnehmen wollen wäre das nämliche, als wollte man den Schriftzügen die Beziehung wegnehmen, durch die sie erst Sprachzeichen sind.

Ist dies der in Kant I. zweifellos liegende Sinn, so möchte man freilich verwundert fragen, wie Kant II. im selben Moment, wo Kant I. seine Entdeckung machte, dazu kam, plötzlich abzuspringen und die bloss psychologische Tatsache, dass wir diese Beziehungen in uns denken, der objektiven Tatsache, dass wir damit eine extramentale Welt bezeichnen, einfach unterzuschieben und seine eigene Leistung damit wieder aufzuheben. Aber so könnte man sich auch darüber wundern, wie es zum Beispiel möglich war, dass die französische Revolution im selben Moment, wo sie das Recht des Menschen als Menschen zu bestimmen unternahm, sofort dem Menschen den selbständigen Erwerbsmenschen unterschob und damit ihre ganzen *Menschenrechte* wieder illusorisch machte. Da spielen eben jene heimlichen Lenker des Spiels mit, von denen Natorp spricht.

Das wäre das wesentliche Ergebnis. Welche Folgerungen daraus für die übrigen Differenzen zwischen Natorp und den Bremensern, sowie zwischen Adickes und Haeckel insbesondere für das sittliche und religiöse Gebiet zu ziehen wären, das muss für diesmal unerörtert bleiben; es führte zu weit. Hier handelte es sich bloss darum, die erkenntnistheoretischen Hauptgrundlagen zu behandeln. Wenn da freilich Haeckel und die Bremenser noch auf einem tatsächlich unkritisch-metaphysischen Boden pflügen, der bei genauerer Einsicht in Kant I. ohne weiteres überschritten werden muss, so kann man doch auch ihren Kritikern nicht beitreten. Denn sie stellen sich beide, obschon in ver-

schiedener Weise, auf einen Boden, wo Kant I. noch durch Kant II. getrübt und verwirrt ist. Diese Trübung und Verwirrung muss erst beseitigt, Kant I. muss von Kant II. scharf und deutlich getrennt, und Kant II. muss grundsätzlich der Abschied gegeben werden, damit wir auf dem Boden Kants I. umso freier und sicherer, unbehelligt durch metaphysische Einfälle, weiter gehen können.⁴⁾

XX

ROMAN STRELTZOW · ÜBER DIE ÖKONOMISCHEN, SOZIALEN UND GEISTIGEN URSACHEN DER RUSSISCHEN REVOLUTION

I

WOLLEN wir die Ursachen der russischen Revolution kennen lernen, so müssen wir uns mit den ökonomischen, politischen und geistigen Zuständen Russlands vertraut machen. Deren erschöpfende Darstellung kann hier selbstverständlich nicht gegeben werden, und ich muss mich mit einer Beschreibung der drei Hauptfaktoren der russischen Revolution, der Intelligenz, der Arbeiterschaft und des Bauerntums begnügen.¹⁾

Unter der russischen Intelligenz verstehe ich nicht nur diejenigen, die eine höhere Schulbildung genossen haben, sondern alle, die bewusst nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit streben; sie umfasst also nicht nur Akademiker und Gebildete, sondern auch aufgeklärte Arbeiter und Bauern. Das Bemerkenswerte an dem geistigen Zustand dieser Kreise, die sich, sei es aktiv, sei es passiv, an der revolutionären Bewegung beteiligen, ist die ungemein grosse Distanz, die zwischen ihren Idealen, Zielen und Neigungen und der grauen russischen Wirklichkeit besteht: eine Distanz, wie sie in diesem Grade in der Geschichte der Revolutionen noch nie existiert hat, weder in Frankreich, noch in Deutschland, noch in Österreich oder anderen Staaten, und wie sie sich aus dem rückständigen Charakter der russischen Produktionsweise auf der einen und dem Einfluss des kulturell höher stehenden Auslands auf der andern Seite erklärt.

Der bäuerliche Charakter Russlands wirkte befestigend auf die Stellung des Absolutismus, eine Tendenz, die ja auch in gewisser Masse die ökonomische Lage des Bauerntums aller Länder hat. Der russische Absolutismus war aber im Vergleich zu dem anderer europäischer Länder noch dadurch begünstigt, dass er die grossen technischen Machtmittel zu seiner Verfügung hatte, die erst die Kultur des XIX. Jahrhunderts erzeugt hat: die Eisenbahnen, den Telegraphen, das Telephon, die Mausergewehre, die Kruppschen Kanonen. Parallel

⁴⁾ Erst durch den erkenntniskritischen Unterbau Kants I. wird auch der im Kern vortreffliche Korrelativismus Josef Dietzgens sowohl genügende Grundlage, als auch Triebkraft zur Weiterentwicklung erhalten und den dogmatischen Beigeschmack, den er noch hat, verlieren.

¹⁾ Die für Russland äusserst wichtige Nationalitätenfrage, die auch im gegenwärtigen Kampf eine Rolle spielt und eine grössere noch zu spielen berufen ist, muss in diesem Zusammenhang ausser Betracht bleiben; sie soll ein andermal gesondert behandelt werden.

mit der ungeheuren Machtkonzentrierung in den Händen des russischen Selbstherrschertums und dem Druck, den es dank seinen Mitteln auf die Geister ausüben konnte, ging aber in Russland ein anderer Prozess vor sich, ein Prozess der Aufklärung, der geistigen Entwicklung, der in hohem Masse vom Ausland, von der westeuropäischen Kultur, beeinflusst wurde. Wie die Autokratie Kanonen und Gewehre, so importierte die russische Intelligenz Ideen, Doktrinen und humanitäre Ideale. Seit mehr als einem Jahrhundert verfolgt sie alle geistigen Strömungen der europäischen zivilisierten Welt, sie ist durchtränkt von deren höchsten kulturellen und sozialetischen Ideen. Diese, die aus einer höheren Kultur, als die des russischen Volkes, stammen, gerieten auf Schritt und Tritt in Konflikt mit den brutalen russischen Realitäten und konnten nicht anders, als aufpeitschend revolutionär wirken. Dieser Konflikt bildete die einzige Ursache der revolutionären Bewegung der zwanziger Jahre — man denke an den Dezemberaufstand! — und zum grossen Teil auch der nachfolgenden Epochen.

Unmittelbar berührte die westeuropäische Kultur nur einen verhältnismässig kleinen Teil der russischen Intelligenz. In die grossen Massen wurde dieser Einfluss durch die russische schöngeistige und kritische Literatur hineingetragen. In dieser Beziehung hat die Literatur in Russland eine Rolle gespielt, von der man im Ausland auch nicht annähernd eine Vorstellung besitzt. Jede Art von Druck, von Despotie wurde von ihr verurteilt und der Verachtung preisgegeben. Aber nicht die Negation sowohl hat hier auf die Geister so revolutionär gewirkt, als vielmehr die Darstellung und Betonung des Menschlichen, des Freiheitlichen und Wahrhaftigen. Dadurch wurde nicht zum wenigsten bei der russischen Intelligenz die Liebe zur Freiheit, zum Volk, erzeugt und die Bereitwilligkeit, für dieses Volk das eigene Leben aufzuopfern.

Der grosse Widerspruch, der zwischen den idealen Anschauungen der Intelligenz und der schlimmsten Wirklichkeit existiert, ist die Ursache der grossen Spannkraft und Energie, die der russischen Revolution inne wohnt. Die Differenz zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll, ist zu gross, als dass sie durch irgend welche kleine Zugeständnisse verschwinden könnte. Aber der selbe Widerspruch zwischen dem Sein und dem Sollen bildet auch gleichzeitig die Schwäche der revolutionären Bewegung. Die Ideen sind der Entwicklung der ökonomischen und sozialen Kräfte zu sehr vorangeeilt, die realen Vorbedingungen für deren Verwirklichung sind noch lange nicht geschaffen. Und dadurch entstehen verschiedene Komplikationen, die den Westeuropäern zur Zeit ihrer Revolutionen nicht bekannt waren, und die die ganze freiheitliche Bewegung in Russland viel schmerzlicher, viel opferreicher machen, als seinerzeit in Europa. Besondere Schwierigkeiten bereitet der Umstand, dass die revolutionären Kräfte fast ausschliesslich vom Sozialismus und zum Teil vom Anarchismus durchtränkt sind. Der Kampf wird daher nicht nur gegen den Absolutismus, sondern zugleich gegen den Kapitalismus und den Liberalismus geführt, was aber eine Geschicklichkeit und einen politischen Takt erfordert, den zu besitzen nicht jeder sich rühmen kann. Viele Fehler wurden von den Revolutionären gerade aus den hier angedeuteten Gründen begangen. In der Befürchtung, dass das noch nicht ganz reife russische Proletariat dem Einflusse des liberalen russischen Bürgertums unterliegen könne, lassen sich die russischen Sozialisten nicht selten zu weit gegen dieses Bürgertum hinreissen, was nur eine gemeinsame Schwächung gegenüber dem Absolutismus verursacht.

Ohne und gegen das liberale Bürgertum ist ein Sieg über den Absolutismus unmöglich. Wie gross auch die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse sein mag, im Kampfe gegen den Absolutismus kann sie nicht die Kräfte des liberalen Bürgertums entbehren, sie muss mit ihm zusammengehen. Richtiger gesagt: Die Arbeiterklasse muss den Kampf des liberalen Bürgertums gegen den Absolutismus unterstützen.

II

HIER sind wir bei dem wichtigsten Faktor der russischen revolutionären Bewegung angelangt, beim Proletariat. Das Proletariat bildet in Russland einen verhältnismässig geringen Prozentsatz der russischen Gesamtbevölkerung; seine politische Rolle aber war und ist, dank seiner sozialen Lage, eine ausserordentlich grosse.

Nach verschiedenen statistischen Berechnungen wird die Gesamtzahl der russischen Arbeiter auf rund 3 Millionen angegeben. Das bedeutet etwas mehr als 2 % der Gesamtbevölkerung. In Deutschland bildet die Arbeiterklasse schon zirka 9 bis 10 %. Diese vergleichenden Daten allein genügen, um eine Vorstellung von der quantitativen Bedeutung der russischen Arbeiterklasse zu geben. Dazu muss noch in Betracht gezogen werden, dass der russische Arbeiter im Verhältnis zu seinem deutschen Genossen weniger gebildet, weniger politisch und gewerkschaftlich geschult ist. Trotzdem bildet er einen der verhältnismässig wichtigsten Faktoren der russischen Revolution. Seine Rolle im politischen Leben ist zurzeit vielleicht grösser, als die des deutschen Arbeiters. Die russische Arbeiterklasse ist verhältnismässig jung, sie hat sich hauptsächlich nach der Aufhebung der Leibeigenschaft gebildet, die einen grossen Ansporn zur Entwicklung der Industrie in Russland gab und ist im wesentlichen aus den Reihen des Bauernstandes hervorgegangen. Auch jetzt noch ist die Zahl der Arbeiter, die in der Stadt geboren und erzogen sind, die eine städtische Schule besucht haben, sehr gering. Begreiflicherweise musste es daher lange dauern, bis die russische Arbeiterschaft an den politischen Kämpfen ihres Vaterlandes teilnehmen konnte. In der revolutionären Bewegung der sechziger, siebziger, achtziger und zum Teil auch der neunziger Jahre spielten die Arbeiter so gut wie gar keine Rolle. Eben aus dem flachen Lande angekommen, konnten sie noch nicht den Zusammenhang der politischen Verfassung mit ihrer sozialen Lage verstehen, und sie kämpften vorläufig nur um ökonomische Verbesserungen, um höheren Lohn, geringere Arbeitszeit, hygienische Arbeitsräume etc. Der Kampf wurde unorganisiert, mit ganz elementaren Mitteln geführt und war nicht immer mit Erfolg gekrönt. In diesem Kampfe aber dämmerte dem russischen Arbeiter allmählich die Vorstellung von dem kausalen Verhältnis zwischen seiner Lage in der Fabrik und der politischen Ordnung des Staates auf. Bei jedem Streik sah er sofort die Kosaken, die Soldaten auf Befehl von oben nicht ihm, sondern dem Kapitalisten zu Hilfe eilen. Die Regierung fürchtete nämlich den Sieg der Arbeiter über die Unternehmer viel mehr, als sogar diese selbst. Der Unternehmer strebt nach Profit und ist, um grössere Verluste zu verhindern, oft bereit, nachzugeben; die Regierung aber betrachtete die Sache von einem ganz anderen Standpunkte aus und verhinderte oft die Unternehmer an Zugeständnissen, zu denen sie bereit waren. Sie befürchtete, dass, wenn die Arbeiter einmal gegen die Kapitalisten zu kämpfen lernen, sie auch leicht die Kunst

begreifen würden, gegen die Regierung zu kämpfen.²⁾ Aber sie bewirkte mit dieser Niederdrückungstaktik nur, dass die Arbeiter allmählich begriffen, ihre Lage könne so lange nicht geändert werden, als in Russland der Absolutismus herrsche.

Eine besonders grosse Rolle hat hier der *rote Sonntag* gespielt, an dem der Priester Gapon die Arbeiterscharen zum Zaren zu führen versuchte. Die brutale Niederknüttelung der völlig friedlichen Prozession hat bei den Arbeitern die Hoffnung auf eine Unterstützung seitens der Regierung völlig zerstört. Von nun ab wurde die Arbeiterklasse als solche für den politischen Kampf der Intelligenz gewonnen. Nach langen Jahrzehnten des Partisanenkampfes hat die revolutionäre Idee in Russland eine soziale Klasse gefunden, die die Sache der politischen Freiheit zu der ihrigen machte. Der politische Kampf wird nicht mehr von einer Anzahl Enthusiasten, sondern von einer Masse geführt: der Generalstab der Revolution bekam mit einem Schlage eine Armee.

III

BEN sahen wir bereits, dass diese Armee verhältnismässig klein ist. Solange der Absolutismus zu seiner Verfügung die Million geschulter Soldaten hat, wird er immer über die 3 Millionen zerstreuter, unorganisierter und unbewaffneter Arbeiter siegen können. Aber wie lange kann er sich auf seine Soldaten stützen? Solange das Bauerntum dem Selbstherrscher treu bleibt. Denn das Gros der russischen Armee ist nichts anderes, als das russische Bauerntum in Uniform. Die Aussichten der Revolution hängen somit auf das engste mit den Aussichten der Bauernbewegung zusammen. Wir müssen daher jetzt die Verhältnisse auf dem Lande betrachten.

Bis in die jüngste Zeit war die Bauernschaft politisch völlig indifferent und stand treu an der Seite des Absolutismus. Dies wurde einmal durch die grosse Unwissenheit der Bauern verursacht, die wohl bis zu 80 % völlige Analphabeten sind, und zweitens durch die Erinnerungen an die Aufhebung der Leibeigenschaft. Die Aufhebung der Leibeigenschaft, die erst vor 45 Jahren durchgeführt wurde, brachte dem russischen Selbstherrschertum seitens der Bauern grosse Sympathien ein; ist sie doch formell auf Initiative des Zaren und sogar gegen den Willen der Grossgrundbesitzer erfolgt. In den Herzen der von ihren Gutsbesitzern lang gepeinigten Bauern entstand infolgedessen eine tiefes Gefühl der Dankbarkeit und Liebe zu ihrem *Zar-Befreier*, und an diesem Gefühl scheiterten auch die heroischen Bestrebungen der Revolutionäre der siebziger Jahre. Diese Revolutionäre konnten sich nicht vorstellen, dass das rus-

²⁾ Diese Befürchtung wurde am schärfsten von dem jetzt verstorbenen berichtigten General Trepow in einem äusserst interessanten und im Auslande wohl ganz unbekanntem Memorandum ausgesprochen. Er sagt dort wörtlich: »Die durch die Streiks erreichten Erfolge haben eine gefährliche und schädliche staatliche Bedeutung, da sie die Anfangsschule zur politischen Erziehung der Arbeiter bilden. Der Erfolg im Kampfe gibt dem Arbeiter den Glauben an seine Kräfte, bringt ihm die Durchführbarkeit des Kampfes in der Praxis bei, bestellt und erzeugt aus der Masse befähigte Führer und überzeugt überhaupt den Arbeiter in der Praxis von der Möglichkeit und dem Nutzen des Zusammenschlusses und kollektiver Handlungen. Die Erregung des Kampfes macht ihn ferner empfänglich zur Aufnahme der Ideen des Sozialismus, die ihm bis dahin als missige Traumereien erschienen. Auf dem Boden des lokalen Kampfes entwickelt sich dann das Bewusstsein der Solidarität seiner Interessen mit den Interessen der anderen Arbeiter, das herrscht die Erkenntnis des Klassenkampfes, der wiederum mit immer grosserer Notwendigkeit die politische Agitation bedingt, eine Agitation, die sich die Umgestaltung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung auf der Grundlage der sozialen Demokratie zur Aufgabe stellt.«

sische Bauerntum ihnen nicht folgen würde. Aber dieses ist ihnen nicht nur nicht gefolgt, sondern zog sogar gegen sie selbst zu Felde.

Mit den Zeiten hat sich aber die Sache ein wenig geändert. Als erstes Moment wirkte dabei die immer grössere Verbreitung des Volksunterrichts. Trotz aller Hindernisse, die ihm die Bureaukratie in den Weg legte, ist es den gesellschaftlichen Kräften, unter denen besonders die *Semstvos* hervorgehoben werden müssen, gelungen, ein verhältnismässig grosses Netz von Schulen einzurichten, in denen ein Teil der Dorfjugend eine gewisse Bildung geniessen konnte. Dadurch wurde ein Durchsickern von kulturellen Ideen ermöglicht. Das Dorf lernte nach und nach, wenn auch in verstümmelter Gestalt, die Schriften unserer klassischen Schriftsteller kennen, und gleichzeitig damit wuchs beim jungen Bauer immer höher das Bewusstsein seiner menschlichen Würde. Allmählich verschwand auch die alte Generation, die sich noch der Zeit der Leibeigenschaft erinnerte und dem Absolutismus blindlings gehorchte. Zu diesen Momenten trat, den Ausschlag gebend, das ökonomische. Der Bauer geriet nämlich in ein fürchterliches Elend und musste sich entschliessen, entweder den Hungertod zu sterben oder in den Kampf um seine Existenz einzutreten. Dieser Kampf verwickelt auch ihn in den Strudel der freiheitlichen Bewegung.

Die bäuerliche Not ist nicht durch eine, sondern durch mehrere Ursachen bedingt. Einmal fürchtete das Selbstherrschertum die Aufklärung der Bauern, da ein aufgeklärter Bauer ein unzuverlässiger Untertan ist. Die Bestebungen der fortschrittlichen Elemente, dem russischen Dorfe etwas Bildung beizubringen, scheiterten nicht selten an den Hindernissen, die ihnen die Bureaukratie in den Weg legte. Ein ungebildeter Bauer ist aber nicht im stande, die einfachsten Verbesserungen in seiner Wirtschaft einzuführen, und so entwickelte sich die russische bäuerliche Agrikultur nur in dem allerbescheidensten Umfange. Im allgemeinen ist sie auf dem selben Niveau geblieben, auf dem sie vor fünfzig, ja vor hundert Jahren gestanden hat. Und in dem niedrigen Niveau der bäuerlichen Bodenwirtschaft liegt recht eigentlich die Hauptursache der schrecklichen Not der Bauern. Denn, entgegen der allgemein verbreiteten Anschauung, ist der russische Bauer gar nicht so landarm, dass er deshalb Hungers sterben müsste. In Deutschland bilden die landwirtschaftlichen Betriebe mit nicht mehr als 3 Hektar Bodenfläche, also die Kleinbetriebe, etwa 70 % der Gesamtzahl, und von einer Hungersnot, von besonderer Landarmut ist in Deutschland nichts zu hören. In Russland bilden die entsprechend grossen bäuerlichen Betriebe nur etwa 10 % der Gesamtzahl, und der russische Bauer leidet fast jährlich an Hungersnöten. Es wäre unrichtig, anzunehmen, dass hier die grössere Besteuerung des russischen Bauers die Hauptschuld trägt, wie furchtbar hohe Steuern er in der Tat auch zahlt. Wie tief die bäuerliche Agrikultur steht, zeigen die Durchschnittsziffern der Getreidernte, wenn man sie mit den entsprechenden anderer Länder vergleicht. Während in Deutschland durchschnittlich 77,8 % Pud von einer Dessjatine (in Belgien sogar 128,5 und in England 123,4) gesammelt werden, hat der russische Landwirt durchschnittlich nur 38,8 Pud Ertrag, also nur die Hälfte dessen, was der deutsche Landwirt erntet. Dieses Ergebnis ist einzig der extensiven, räuberischen Wirtschaft des russischen Bauers geschuldet. Und diese Wirtschaft, die das ganze Reich ökonomisch ruiniert, wird so lange dauern, als der russische Bauer noch so unwissend ist, wie jetzt. Und diese

Unwissenheit ist durch den um seine Existenz besorgten Absolutismus bedingt, dessen Beseitigung daher eine Vorbedingung für die Aufbesserung der Lage der Bauern ist. Darin liegt das Unterpfand des Sieges der Freiheit.

Aber immerhin ist diese Unwissenheit vorläufig eine Tatsache, die nicht so bald überwunden werden kann. Niemand ist im stande, dem Bauern in kurzer Zeit die notwendigen agrikulturnellen Kenntnisse beizubringen und dadurch seinen Wohlstand zu heben. Der Bauer will aber heute schon Brot und wieder Brot, und wollte man ihm dafür ein gutes Buch in die Hände drücken, so hätte es für ihn den selben Nutzen, wie für einen Hungrigen ein Stein. Der hungernde Bauer kann nicht lernen, und da er auch nicht Hungers sterben will, so kämpft er für dasjenige Mittel, von dem er genau weiss, dass es ihm nützen wird: für die Erweiterung seiner Bodenfläche. Wie unwissend auch der russische Bauer ist, so versteht er doch ganz gut, dass, wenn er von einer Dessjatine 38 Pud Getreide erntet, er von zwei Dessjatinen das doppelte Quantum bekommen kann. Und so trachtet er nur, wo er mehr Boden herbekommen kann. Seit zwei Jahrzehnten ist es der einzige Traum, den der russische Bauer träumt. Die russische Agrarfrage verdichtet sich heute zu einer Bodenfrage.

Eigentlich war sie es von je. Schon während der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861 drehte sich alles um das Quantum der Bodenfläche, die der von nun ab freie Bauer besitzen sollte. Die Grossgrundbesitzer protestierten gegen die Idee, die Bauern mit einem Quantum von Boden zu versorgen, das für deren gewohnte Bedürfnisse ausreichte. Sie erklärten ganz offen, dass die Grundbesitzer in diesem Falle keine oder nur teure Arbeitskräfte bekommen würden. Denn eine besondere Klasse der Landarbeiter existierte damals nicht; auch jetzt gibt es in Russland eine solche nur in sehr bescheidenem Umfange. Alle Arbeiten auf dem Gutshof verrichten meistens die landarmen Bauern oder ihre Söhne, deren Kräfte in der bäuerlichen Wirtschaft leicht entbehrlich sind. Die Kampagne der Grossgrundbesitzer blieb nicht erfolglos; das Resultat war, dass der russische Bauer zwar Boden erhielt, aber durchaus nicht so viel, dass er den Verdienst auf dem Gutshof entbehren konnte. Auf diese Weise versorgte der Gesetzgeber die Grossgrundbesitzer mit Arbeitern. Häufig fand nun der Gutsbesitzer, dass es viel rentabler wäre, wenn er seinen Bodenvorrat nicht für eigene Kosten bebaute, sondern den Bauern verpachtete. Denn der Landhunger der Bauern war so gross, dass er bereit war, die höchsten Pachtgelder zu zahlen. Wie stark dieser Landhunger ist, zeigt der Umstand, dass der Pachtzins bis zu 40 Mark von einer Dessjatine stieg, und dass sogar unter solchen Verhältnissen nicht weniger als 37 Millionen Dessjatinen, das heisst mehr als ein Drittel des gesamten privaten nicht bäuerlichen Bodenbesitzes sich als Pachtland in den Händen der Bauern befindet. Bei seiner Befreiung bekam der Bauer durchschnittlich 4,8 Dessjatinen auf einen männlichen Kopf: ein schon damals nicht ausreichendes Quantum. Aber seit der Aufhebung der Leibeigenschaft sind schon mehr als 45 Jahre verflossen, und in dieser Zeit vermehrte sich die Bauernbevölkerung von 50 auf 86 Millionen, das heisst um 72 %. Die männliche bäuerliche Bevölkerung stieg dabei von 23 auf mehr als 43 Millionen, also um mehr als 86 %. Der bäuerliche Bodenbesitz aber vergrösserte sich in dieser Zeit nur auf 20 Millionen Dessjatinen, was etwa 16 % des ursprünglichen Bodenbesitzums ausmacht. Dementsprechend hat sich auch der durchschnittliche Bodenbesitz des einzelnen Bauern vermindert. Von 4,8 Dessjatinen pro männlichen Kopf im Jahre 1861 fiel er auf 2,6, das

heisst fast auf die Hälfte. Und wenn schon die 4,8 nicht ausreichen, um wie viel weniger erst die Hälfte! Die fast jährlich wiederkehrende Hungersnot spricht in dieser Beziehung eine furchtbar deutliche Sprache.

V

KANN man dieser Bauernnot abhelfen? Für alle Kenner der Verhältnisse steht es ausser Zweifel, dass dies durch kein anderes Mittel geschehen kann, als durch die Erweiterung der bäuerlichen Bodenfläche. Wir haben gesehen, dass von einer Hebung der agrikulturnen Technik vorläufig keine Rede sein kann. Ebenso ist es unmöglich, den Bauern durch andere Mittel zu helfen, von denen die konservativen Politiker sprechen. Man hört öfters von Übersiedelungen nach Sibirien. Dieser Punkt steht in vielen Agrarprogrammen der rechtsstehenden Parteien. Vor Jahren setzte man grosse Hoffnungen darauf, aber es stellte sich bald heraus, dass dadurch nichts erreicht werden konnte. Das beweist am besten die Auswanderungsbewegung, die schon bisher stattgefunden hat. Nach der Bauernemanzipation hatte die Regierung die Auswanderung nach Sibirien nicht nur nicht begünstigt, sondern, umgekehrt, mit allen Mitteln zu verhindern gesucht. Sie tat es, um den Gutsbesitzern die ihnen notwendigen billigen Arbeitskräfte zu verschaffen. Aber trotz aller Hindernisse wuchs die Übersiedelungsbewegung immer stärker an. In den achtziger Jahren übersiedelten jährlich 25- bis 50 000 Bauern nach Sibirien; am Anfang der neunziger Jahre schon 80- bis 90 000. Als die grosse sibirische Eisenbahn gebaut wurde, wurde die Übersiedelung bedeutend erleichtert. Im Jahre 1893 änderte die Regierung ihre bisherige Übersiedelungspolitik in einem für die Bauern günstigen Sinne. Diese Umstände liessen eine Hoffnung auf ein noch stärkeres Wachstum der Auswanderung zu. Das war auch am Anfang der Fall. Im Jahre 1895 wanderten nach Sibirien schon mehr als 120 000, im Jahre 1896 mehr als 180 000. Aber dann hielt die Bewegung inne und ging rasch zurück. In den Jahren 1898 bis 1900 wanderten jährlich 150- bis 190 000 aus; in den Jahren 1901 bis 1903 schon nur 70- bis 90 000. Wie erklärt sich diese Erscheinung? Selbstverständlich nicht durch die Verminderung des Bedürfnisses. Sie kann also nur mit der Verschlechterung der Bedingungen in Sibirien selbst zusammenhängen. Das wird durch die Rückwanderung bestätigt. Es ist nämlich eine Tatsache, dass ein verhältnismässig grosser Prozentsatz der Auswanderer aus Sibirien zurückkehrt. In den achtziger Jahren und am Beginn der neunziger kehrten jährlich etwa 3 bis 4 % der Auswanderer zurück; in den Jahren 1894 bis 1898 waren es schon 13,8 %, in den Jahren 1899 bis 1903 18,8 %. Diese Rückwanderung im Zusammenhang mit der Verminderung der Auswanderung beweist sehr deutlich, dass durch eine Auswanderung nach Sibirien die bäuerliche Not nicht gelindert werden kann. Ebenso verhält es sich mit den Plänen, die ländliche Übervölkerung in der Industrie unterzubringen. Die russische Industrie konnte sich bis jetzt nur durch die Unterstützung des Staates halten und durch die Arbeit für den bäuerlichen Markt; einen auswärtigen Absatzmarkt hat sie, wie bekannt, nicht. Aber die Bauern sind nicht kaukräftig, und der russische Staat braucht seine Gelder jetzt für ganz andere Zwecke. Daraus folgt, dass auch dieses Mittel den Bauern keine Erleichterung zu bringen vermag. Immer wieder kommen wir zum Schluss, dass nur eine Bodenerweiterung hier helfen kann. Und damit kommen wir zu

IDA HÄNY-LUX · BERUF UND EHE

ALS Edmund Fischer in den *Sozialistischen Monatsheften* seine Ansichten über eine zukünftige Gestaltung des Ehelebens aussprach, hat er sicherlich ehrlicher, als viele andere, sich zu einer Auffassung bekannt, die fast jeder Ehemann im Grunde seines Herzens hegt. Denn in einer so bewegten Übergangszeit, wie es unsere Gegenwart ist, ist es tatsächlich fast unmöglich, neue Lebensformen in der Vorstellung an die Stelle der alten zu setzen. Man pflöpft sie gewöhnlich nur auf die aktuellen Verhältnisse auf und bekommt dann natürlich ein Monstrum zu Gesicht, vor dem einem ordentlich grauen kann. Es war daher sehr interessant, zu sehen, wie die verschiedenen Frauen, die Fischer entgegentraten, als echte Revolutionäre den schon in seiner Eigenschaft als Sozialist doch freidenkenden Mann unendlich weit überholten und den Kampf in eigener Sache auch mit tüchtigem, selbstgeschmiedetem Rüstzeug fechten. Die Not ist ein guter Lehrmeister, und aus irgend einer Not heraus sind wir Frauen alle aus dem alten Haus- und Ehebegriff vertrieben worden. Darin, wie in vielen Hauptpunkten sind wir unter uns auch einig. Die Differenzen zwischen uns entspringen darum mehr individuellen Nüancen, als prinzipiellen Ansichten. Vor allem aber sind wir überzeugt, dass, wie wertvoll auch jede Form der Frauenbewegung an und für sich sein mag, eine wirkliche Erlösung nur durch eine völlige Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse möglich ist, und dass wir daher uns nur auf die Partei stützen können, die die Axt an das heutige Wirtschaftssystem legt, auch wenn uns scheint, dass Genosse Fischer uns am liebsten wieder in Stube und Küche einschliessen möchte.

Vor hundert Jahren noch konnte sich nur der reiche Mann erlauben, unverheiratet zu bleiben, da die Frau für Haus und Hof eine so wichtige Arbeitskraft bedeutete, dass sie zum Fortkommen des Mannes fast unentbehrlich war. Wie beim Bauern heute noch, war sie damals durch alle Stände hindurch effektiv die Genossin des Mannes, wie sehr sie auch im einzelnen Fall als Dienstbote behandelt worden sein mag, so dass sie gerade in dieser Periode einen gewissen Höhepunkt in ihrer Stellung als Hausfrau und Mutter eingenommen hat. Sie wurde aber auch konsequent auf dieses Ziel hin erzogen, die wirtschaftliche Tüchtigkeit war ihr Ehrenkränzlein, und da die Besorgung der Hauswirtschaft eine tatsächlich geleistete Arbeit bedeutete, fanden sogar Frauen, denen gerade diese Betätigung nicht absolut lag, eine gewisse Befriedigung darin. Zudem bot der damalige Hausbetrieb immer Gelegenheit zur Pflege besonderer Liebhabereien und eine so günstige Abwechslung von geistiger und körperlicher Arbeit, dass er ohne weiteres für die Frau ein gewisses Wohlbehagen mit sich brachte.

Es erübrigt, über die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse hier zu reden. Nur in Lebensformen, wie sie etwa die Gartenstadtbewegung bezweckt, würde die Frau in gewissem Sinn als direkte Hilfsarbeiterin des Mannes wieder enger an ihn heranrücken. Effektiv kann doch heute der Mann nur heiraten, wenn er ein gesichertes Einkommen besitzt, woraus schon ohne weiteres hervorgeht, dass die Hausarbeit der Frau nicht als vollgültiges Äquivalent für die Arbeit des Mannes betrachtet werden darf. Daher kommt es, dass sogar die Arbeiterfrau, die doch ihre Wirtschaft ohne fremde Hilfe besorgt, also auch

eine Arbeit wirklich leistet, ausserhalb des Hauses *zuverdienen* muss, dass sich die Frau des Mittelstandes, die ja meistens Diensthöten hält, auf irgend eine Weise über die Unausgefülltheit ihres Lebens hinweghelfen muss, und wäre es nur durch eine zwecklose Geschäftigkeit, die sie 12 bis 14 Stunden ununterbrochen an die Arbeit zwingt. Ein direktes Resultat dieser Konstellation ist dann der unüberbrückbare Abgrund, der zwischen Frau und Frau liegt, zwischen der überarbeiteten, abgerackerten Frau des Proletariats und des unbemittelten Mittelstandes und der Luxusfrau, die sich bekanntlich in allen Ständen findet. Auf diese Weise aber wird die an und für sich wertvolle Frauenkraft konsumiert, ohne dass sie in der Sphäre verwendet würde, innerhalb welcher die Werte der Menschheit geschaffen werden.

Die Aufgabe der bürgerlichen Ehefrau besteht heute darin, das Einkommen des Mannes, welches in Gestalt von Wirtschaftsgeld in ihre Hände gelangt, möglichst anständig zu verwalten. Ach, du mein Gott, was ist das schon für ein Lebensinhalt! Ist genug da, so ist es keine Kunst; wird dem Mann beständig die Daumenschraube angelegt, so dass alles, was er an pekuniär ausbeutbaren Eigenschaften besitzt, in die Wirtschaft fliesst, ist es wieder keine Kunst. Wo die Mittel aber knapp sind, wird alles Freudige und Schöne und Entwicklungsfähige einer Frauenseele ohne Pardon unter das eiserne Gesetz des Groschenspaltens gestellt. Dazu kommt eine Verzettelung ihrer Arbeitskraft, eine Anspannung ihrer Leistungsfähigkeit, eine wahnsinnige Verquickung von praktischen und psychischen Anforderungen, dass sie das Restchen von Kraft das ihr vielleicht noch übrig bleibt, aufbieten muss, um nur nicht ganz durch die Ehe zu Grunde gerichtet zu werden. Es ist eine traurige Illustration zu dem Kapitel *Missbrauchte Frauenkraft*, wenn jede Nummer einer vornehmen deutschen Modezeitung Anweisungen enthält, wie man aus alten Strümpfen *Sweaters*, aus abgetragenen Blusen Schürzen, aus Vaters Überzieher Sportkostüme für die Kinder macht. Für diese Frau kommen nicht einmal die Erleichterungen durch die Technik der Neuzeit in Betracht, die kapitalistisch ausgebeutet werden und für den Konsumenten also höchstens eine Ersparnis an Zeit repräsentieren. Zeit ist gerade der Wert, über den die hier geschilderte Frau — und es ist ein ausserordentlich grosser Prozentsatz alier Ehefrauen — nie ein freies Verfügungsrecht hat. Die Zeit der Frau, bis auf die Minute herab, gehört dem Haus, Mann und Kind. Wehe, wer an einem solchen unantastbaren Grundsatz zu rütteln wagt! Es ist drum auch nicht verwunderlich, dass heute die unverheiratete, irgendwie arbeitende Frau viel länger ihre Frische und Elastizität bewahrt, als die Frau, der sich der *echte Beruf des Weibes* erschlossen hat.

Wäre nun jede Frau von Natur oder, wie früher, durch stramme Erziehung, für die Hauswirtschaft geeignet, so wäre die Sache nicht so schlimm, da dann auch die Arbeit mit einer gewissen Freudigkeit geleistet würde. Es würde freilich das absolut Irrationelle der Besorgung des Einzelhaushaltes keineswegs aufgehoben werden, da gerade die wirkliche wirtschaftliche Begabung der Frau in der gegenwärtigen Form des Haushaltes, wenigstens in städtischen Verhältnissen, nicht ausgenutzt werden kann. Ein Beweis für diese Behauptung ist die Tatsache, dass das hauswirtschaftliche Talent zu einer beträchtlichen Einnahmequelle wird, wenn es in den Dienst des Grossbetriebes gestellt wird, wie das in Hotels, Sanatorien etc. der Fall ist. Da der Grossbetrieb aber sofort eine

Arbeitsteilung nach verschiedenen Arbeitsgebieten mit sich führt, wird darin die einzelne Arbeitskraft auch naturgemäss rationell ausgebeutet. Sobald die Hausarbeit in irgend einem ihrer Teile zur Berufsarbeit wird, fordert sie von dem, der sie verrichtet, ganz fest umschriebene Leistungen, die auch bei hochgeschraubten Forderungen immerhin weniger aufreibend wirken, als das Durcheinander von Ansprüchen, die an die Hausfrau gestellt werden. Es liesse sich allerdings schon beim heutigen Einzelhaushalt eine Arbeitsteilung durchführen, wenn eine reinliche Scheidung in der Arbeit in der Weise vollzogen würde, dass Frau und Diensthote je einen bestimmten Rayon allein und dann auch wirklich gut besorgen könnte. Heute, wo der Hausbetrieb unter dem Odium des ungelerten Arbeiters — die *gnädige Frau* ist meistens nicht ausgenommen — steht, wursteln alle Weiblein eines Hauses in allem herum und machen mit ungeheurem Zeitaufwand nichts ordentlich. Das Ideal der Zukunft aber liegt sicherlich in der Entwicklung der Hausgenossenschaft, es ist jedoch noch nicht abzusehen, wie lange es dauert, bis vor allem die deutsche Frau selber diesem Ziele zustrebt. In einer Ehe, in der der Mann der allein erwerbende Teil ist, hat er unbedingt das Recht, von der Frau als Gegenleistung mindestens die tadellose Führung des Hausstandes zu verlangen, da er eine Ehe, so sehr auch persönliche Sympathieen mitsprechen mögen, doch meistens unter dem Gesichtspunkte schliesst, dass er *seine Ordnung haben* will. Sehr viele Frauen aber sehen auch heute noch in der Ehe die Versorgung, die es ihnen ermöglicht, nicht oder nicht mehr arbeiten zu müssen, und sie verbinden sich mit dem Manne mit einer unglaublichen Überschätzung des Wertes ihrer Persönlichkeit, ihres Körpers oder ihrer Seele. Sie haben keine blasse Ahnung davon, dass von den beiden Grundfaktoren der Ehe, der eine, das persönliche Verhältnis, die Liebe, das flüchtigste Moment unseres Lebens ist, während der andere, das wirtschaftliche Verhältnis, um so segensreicher wird, je mehr es in geregelter Kontinuität ausgebaut wird. Wo die wirtschaftlichen Verhältnisse — in unserer Gesellschaft kommt für die Ehe der Betrieb des Einzelhaushaltes als einzig anerkannte Form in Frage — zwischen zwei Gatten nicht irgendwie in harmonischer Weise geregelt werden, ist das Haus von vornherein auf Sand gebaut, und zwar nicht nur in pekuniärer Beziehung, sondern auch in dem Verhältnis der Gatten unter einander, wenn erst einmal der Liebesrausch verfliegen ist.

Die Unsicherheit, ob ein Mädchen geheiratet werden wird oder nicht, hat die Schar der beruflich arbeitenden Frauen ungeheuer vermehrt. Dadurch wird aber auch die Gefahr vergrössert, dass die Vorbereitung auf die Arbeit im eigenen Heim immer ungenügender wird, denn schliesslich glaubt doch heute keiner mehr, dass eine Liebe einer Frau genügt, damit sie über Nacht eine famose Köchin oder eine ausgezeichnete Näherin etc. werde. Über ein kurzes wird drum der Mann in die Notwendigkeit versetzt werden, einer Frau, die er zu heiraten wünscht, die Frage vorzulegen: Willst oder kannst du statt deiner Berufsarbeit künftighin mein Haus besorgen? Dann muss es der Frau freistehen, diese Frage bejahend oder verneinend zu beantworten und eventuell als Ersatzleistung für den gemeinsamen Haushalt ihre berufliche Arbeit weiter zu betreiben. Bei der grossen Differenziertheit des gegenwärtigen Frauengeschlechtes ist es eine reine Barbarei, eine Frau in eine Bahn drängen zu wollen, die ihrem Wesen nicht entspricht. Es ist auch eine Barbarei, sie in allen ihren Lebensansprüchen von dem Einkommen des Mannes abhängig zu machen, wenn

sie doch im Stande wäre, durch eigene Arbeit sich die Mittel für ihre persönlichen Bedürfnisse, die über Essen, Wohnen und Toilette hinausgehen, zu verschaffen. Den Frauen, die aus Naturanlage knausern und sparen, stehen doch wieder Hunderte gegenüber, die verkümmern, wenn sie keine pekuniäre Freiheit haben. Je höher unsere Kultur steigt, desto grösser werden unsere Ansprüche, desto feiner die Scheu, andere, auch den Mann, für sich arbeiten zu lassen, desto notwendiger wird auch die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Frau. Wo der Mann das Aufgehen der Frau in der Wirtschaft fordert, hat er sie auch so zu stellen, dass er ihr einen pekuniären Ersatz für die entzogene Arbeitsmöglichkeit leistet.

Die berufliche Arbeit der Frau ist sicher die allgemeine Forderung der nächsten Entwicklungsperiode. Es steht ja auch schon ein Trüpplein Frauen im Feld, die natürlich nie ihren Beruf um der Ehe willen aufgeben würden. Es wäre lächerlich von diesen Frauen, dann auch sogleich Verzicht auf die Ehe überhaupt zu fordern. Da wird eben die Form gefunden werden, unter der Ehe oder vielmehr Privatwirtschaft und Beruf vereinigt werden können. Eine andere Hilfe kommt uns von der Dienstbotenbewegung, die die arme *Nurhausfrau* in solche Angste und Nöte jagt, dass sogar sie sich rationelleren Betriebsmethoden zuwenden muss, die aber vor allem den Nutzen hat, dass ein zielbewusstes, geschultes Arbeitspersonal, allerdings gegen höhere Löhne und mit mehr persönlichen Ansprüchen, in den Hausdienst an Stelle des kopiflosen Handlangervolkes treten wird.

Gegen die Tendenz, die Frau aus der alleinseligmachenden Hauswirtschaft zu erlösen, wird ja natürlich Tod und Teufel losgelassen. Man denke: Der arme, ermüdete Ehemann findet dann vielleicht zu Haus seine Pantoffel nicht am richtigen Ort und muss so manches Behagen aufgeben, das sich daraus ableitete, dass die direkte Arbeit für den Mann der Frau allenfalls noch ein Herzensbedürfnis bedeutete, das über die Monotonie der Hauswirtschaft einen verklärenden Schimmer warf! Muss denn aber der Mann immer so ermüdet nach Hause kommen, dass er in der Frau nur noch die Dienerin sucht und nicht den Kameraden? Durch die Arbeit der Frau wird er doch ebenfalls pekuniär entlastet, und es fallen für ihn hunderterlei Sorgen und Ärgernisse fort, wenn er neben sich eine Frau hat, die mit eigener Vernunft und eigenem praktischen Verstehen auch aus eigener Kraft lebt. Man behauptet, dass die Hauswirtschaft von Fremden nicht mit der selben Gewissenhaftigkeit besorgt wird, wie von der Hausfrau. Abgesehen davon, dass aber heute in sehr vielen Fällen die Frau, ohne irgend eine Arbeit zu leisten, sich auch nicht um die Wirtschaft kümmert, die trotzdem geht, so ist es doch eine Tatsache, dass gerade in komplizierten Betrieben, da wo *Haus gemacht* wird, wo man die höchsten Anforderungen an eine tadellose Führung des Hausstandes stellt, die Frau selten mehr besorgt, als dass sie die oberste Leitung ausübt. Es ist zudem bekannt genug, wie wenig die wirkliche Behaglichkeit eines Heims davon abhängt, ob die Hausfrau oder ein Angestellter zum Beispiel Staub wischt. Gerne mag vorderhand zugegeben werden, dass die verheiratete Frau ihre Arbeitszeit einschränken soll, um dem Haus, Mann und Kind einen grossen Teil ihrer Zeit und Kraft zu widmen, und dass dem Mann der Löwenanteil am Unterhalt der Familie und die pekuniäre Sicherstellung der schwangeren und stillenden Frau übrig bleibt.

Schliesslich werden aber die Frauen doch einmal so weit kommen, dass sie für gleiche Leistungen gleiche Löhne, wie der Mann, fordern, so dass sie mit weit geringerer Arbeitszeit die selben Einnahmen haben, wie wenn sie von früh bis abends sitzen und schuften.

Schwieriger stellt sich die Frage für die Berufstätigkeit der Frau, wenn man die Mutterschaft mit in Betracht zieht. Sicherlich ist die Form, in der die Proletarierfrau Beruf und Mutterschaft verbinden muss, an und für sich eine schwere Schädigung der Volkskraft. Noch ist ja die Bewegung für Mutterschutz, für Mutterschaftsversicherung erst in ihren Anfängen, aber sie entspringt einer so unanfechtbaren Notwendigkeit, dass sie als organisches Gebilde bald aus unserem gegenwärtigen gesellschaftlichen Organismus herauswachsen muss. Auch der Staat kann sich einer Teilnahme an der Bewegung nicht mehr lange entziehen, da in Deutschland, besonders in Berlin, die Geburtenziffer so konstant abnimmt (von 47,17 ‰ im Jahre 1876 auf 24,4 ‰ im Jahre 1905), dass die Gefahr besteht, dass deutsche Mütter nicht mehr genug deutsche Soldaten zu stellen vermögen. Für gesunde Frauen kommt absolute Arbeitsunfähigkeit doch auch nur ganz kurze Zeit in Betracht, deren Schädigungen zudem noch durch die Mutterschaftsversicherungen aufgehoben würde, und es kann keine Berufarbeit der Zukunft mehr Anforderungen an die Frau stellen, als der heutige Wirtschaftsbetrieb, der doch in unzähligen Fällen auch die Frau des Mittelstandes bis zur letzten Stunde erbarmungslos zur strengsten Arbeit zwingt.

Aber die Pflege des kleinen Kindes würde darunter leiden, wenn die Mutter eventuell einige Stunden ausser Hause tätig wäre. Nehmen wir einmal an, dass absolut jede Mutter durch die körperliche Mutterschaft zur wirklichen Mutter wird — hundertfach spricht zwar die Erfahrung dagegen —, so konzentriert sich doch das Leben selbst einer sehr zärtlichen Mutter nicht nur auf das Kind. Und alle Liebe und Zärtlichkeit macht dann noch nicht eine gute Pflegerin aus ihr. Bekanntlich sind die am besten gepflegten Kinder die englischen, die der Mutter doch beinahe nur auf dem Präsentierteller unter die Augen kommen, die aber von wirklich fach- und sachkundigen *Nurses* behandelt werden. Um der vielen wirklichen Mütter willen, die sicherlich für das Kind unersetzlich sind, könnte man nicht befürworten, dass das Kind sogleich in staatliche Fürsorge käme, aber es wäre trotzdem für das kommende Geschlecht ein grosser Segen, wenn die Erziehung der Jugend Berufenen übergeben würde, wobei den Eltern die Freude an den Kindern und der Einfluss des durch sie geschaffenen und individuellen Heims belassen würde. Zudem würde sich auch wieder eine weite Perspektive für weibliche Betätigung bieten. Die Mütterlichkeit wird in der Familie meistens sehr wenig ausgenutzt, wie die Hausfrauentüchtigkeit. Im Gegensatz zu Wally Zepler nehme ich an, dass eine Frau ohne Überanstrengung so viel Kindszeug um sich zu scharen vermag, wie ihr Herz und ihre Arbeitskraft umfassen kann. Auch die berühmte *Nervosität* dem Kinde gegenüber schwindet, wenn eine Frau erst einmal das Zusammensein mit Kindern als eine berufliche Leistung an die Allgemeinheit betreiben und nicht durch ein enervierendes Hin und Her von ungezählten anderen Pflichten schon von vornherein krank gemacht wird. Es liegt auf der Hand, dass gerade die Hausgenossenschaften derartigen Frauen einen reichen Wirkungskreis bieten könnten. Die Eifersucht der leiblichen Mütter würde wohl schliesslich schwin-

den, wenn sie wüssten, dass in der Zeit, in der sie durch irgend eine andere Beschäftigung fern gehalten werden, ihre Kinder in guten Händen und in einer warmen Liebe geborgen wären. Das Kind könnte nur gewinnen, und die Eltern dazu, denn der jugendliche Mensch ist für nichts so dankbar, als wenn er in den Eltern den Menschen trifft und nicht immer nur den ewig nörgelnden Vorgesetzten, der eben nur so lange ertragen wird, als es sein muss. Mutterschaft und Beruf lässt sich immerhin sogar unter den heutigen Verhältnissen in sehr vielen Fällen vereinigen, Mutterschaft, Hauswirtschaft und Beruf zusammen genommen stellen aber an eine Frau Anforderungen, die auch die Stärkste unter uns glattweg aufzureiben vermögen. Leider brechen da auch so viele der tüchtigsten Elemente unseres Geschlechtes zusammen, eine Elite, die schon aus Gründen der Volkswohlfahrt ganz besonders geschützt sein sollte.

Es ist nicht überraschend, dass sich in unserer Übergangszeit der Mann nur schwer von dem althergebrachten Begriff der *Häuslichkeit*, die nur auf sein Behagen zugeschnitten war, trennt. Wenn sich aber die berufliche Tätigkeit der Frau erst einmal eingebürgert haben wird, so wird er selber über die seltsame Logik unserer Zeit erstaunt sein, die es zum Beispiel für ganz natürlich ansieht, dass er der Mitgeniesser der Mitgift seiner Frau ist, es aber für ehrenrührig halt, wenn er aus ihrem Arbeitsertrag pekuniäre Vorteile ziehen sollte. Gerade in Bezug auf die Regelung der wirtschaftlichen Frage steht die Auffassung der Ehegemeinschaft beim Arbeiter viel höher, als in den bürgerlichen Kreisen. Eine ebenso seltsame Anschauung liegt darin, dass man eine Frau bewundert, die sich und ihre Kinder oder einen kranken oder untüchtigen Mann durch eigene Arbeit durchbringt, sie aber sofort verurteilt, wenn sie ohne die allerdringendste Notwendigkeit durch berufliche Tätigkeit die Lebenshaltung ihrer Familie zu erhöhen sucht. Es ist auch noch gar nicht abzusehen, wie sehr sich die Lebensfreudigkeit der Frauen steigern wird, wenn es einer jeden erst möglich sein wird, die Arbeit zu tun, die sie liebt, weil sie dafür befähigt ist. Und wie Nachtvögel werden dann endlich alle die Frauen aufgeschreckt werden, die die Ehe als Versorgung und die Erfüllung häuslicher und mütterlicher Pflichten als Vorwand betrachten, um Faulheit und Untüchtigkeit zu maskieren.

Weit komplizierter, als die wirtschaftliche, ist die psychische Seite der Frage. Unser Geschlecht ist wohl überhaupt noch nicht im stande, richtig abzuwägen, ob die Ehe mehr Fluch oder Segen für die Menschheit bedeutet, ob also eine Entwicklung, wie wir Frauen sie im Gegensatz zu Edmund Fischer herbeiwünschen, nur eine Reform oder eine Auflösung der Ehe mit sich führt. Ganz zweifellos wird das eheliche Zusammenleben um so komplizierter, je mehr das Prinzip einfacher Über- und Unterordnung einer differenzierteren Lebensauffassung weicht. Noch tiefer aber greift in die Ansichten über die Ehe die Erkenntnis, dass die Liebe, die Mann und Weib zusammenreibt, noch bei weitem keine Gewähr dafür bietet, dass ein beständiges Zusammenleben zum Segen für beide wird. Unser Geschlecht weiss, dass die Liebe vor der Erfüllung am intensivsten ist, und dass, was auch immer an Wertschätzung und zärtlicher Freundschaft zwischen zwei Gatten nachher kommen mag, das doch nicht genügt, um ihnen Ersatz zu bieten für die Liebe: wir wissen, dass es ein Unrecht ist, erotisch reich veranlagte Naturen — gleichgültig, ob Mann oder Weib — auf Lebenszeit an ein einziges Liebesobjekt zu fesseln und dadurch hundertfache, die Leistungsfähigkeit des Individuums steigernde Glücksmöglichkeiten zu unterbinden; wir wissen, dass nur wenige so reich sind, dass sie jede Schn-

sucht im andern stillen könnten, und niemand so arm, dass er von einem einzigen in seiner ganzen Wesenheit ausgeschöpft werden könnte; wir wissen daher, dass die Ehe uns nicht ein Abschluss sein kann, der unserem Leben endgültige Bahnen anweist. Der Mann nun hat immer neben der Liebe noch seinen Beruf, so dass er, wenn er keine andere Liebe sucht oder findet, wozu er ja weit mehr Bewegungsfreiheit hat, als die Frau, stets noch einen andern Wert darstellt, als den des Gatten. Die Frau aber wird heute durch die Ehe zu Pflichten gezwungen, die sich eigentlich von der Liebe ableiten, und soll auch, wenn in ihr die Liebe erloschen ist, ihr Leben lang diese selben Pflichten als einzigen Lebenszweck erfüllen. Auch die Mutterschaft kann einer Frau nur als wirklicher Beruf angerechnet werden, wo sie in Tat und Wahrheit Erzieherin zu sein versteht.

Hat die Frau nun einen Beruf — die Auswahl in Berufsarten wird ja ins Unendliche wachsen, wenn man einmal nur noch zwischen nutzbringender und nutzloser Betätigung und nicht mehr zwischen vornehmeren und weniger standesgemässen Arbeiten unterscheidet —, so wird es für sie eine tiefe Befriedigung bedeuten, wie der Mann, ihre Arbeitskraft eventuell auch ausserhalb des Hauses für die Allgemeinheit einzusetzen. Sobald die Frau einmal einen andern Inhalt besitzt, als nur den Mann und die Liebe — gerne mag sie dabei die Liebe als den köstlichsten Schatz ihres Lebens betrachten —, wird auch das Nebeneinander, das fast in allen Ehen auf die Liebe folgt, zu einer Gemeinschaft, die keinen der beiden Gatten demütigt, wenn sie um des Kindes willen, an dem doch wahrhaftig der Vater auch sein Anrecht hat, zusammenbleiben, oder wenn zwischen ihnen, trotz zeitweiligen Auseinandergleitens, eine Übereinstimmung herrscht, die sie zu lieben Lebensgenossen für einander macht. Nur die Frau, die fest in einem klar umschriebenen Beruf den Segen der zielbewussten Arbeit in sich aufgenommen hat, wird als Mensch frei sein und auch — mit oder ohne Ehe — frei in ihrer Liebe.

XX

EDOUARD ANSEELE · REDE DES LEITERS EINER SOZIALISTISCHEN PRODUKTIVGENOSSENSCHAFT AN DEREN ARBEITER UND ANGESTELLTE

LIEBE Genossen, wir sind hier alle, Arbeiter, Angestellte und Leiter der Genossenschaft, versammelt, um die Antwort des Aufsichtsrates auf eine vom Personal gestellte Forderung nach Erhöhung der Löhne und der Gehälter zu vernehmen und zu besprechen. Trotz ihres aufrichtigen Wunsches, uns zufriedenzustellen, ist die Antwort der Mitglieder des Aufsichtsrates abschlägig ausgefallen. Zwei Mitglieder des Aufsichtsrates, Peter und Jakob, waren für die Zulage; die vier anderen, Paul, Julius, Franz und ich, waren dagegen. Die Minorität hat sich alsdann der Majorität gefügt, und ich erlaube mir nunmehr, im Namen des Aufsichtsrates euch die Gründe für unsern Beschluss mitzuteilen. Hört mich, bitte, aufmerksam an; ich werde so kurz und so klar, wie möglich, sein.

Unser Betrieb arbeitet noch nicht ein Jahr, und wir sind beinahe sicher, unser erstes Geschäftsjahr mit einem Verlust abzuschliessen. Ihr werdet uns darin

bestimmen, dass das nicht der geeignete Augenblick ist, um die Gehälter und Lohnsätze zu erhöhen. Aber selbst wenn wir die Hoffnung hätten, am Ende des Jahres Gewinn und Verlust auszugleichen oder ein bisschen Geld zu erübrigen, anstatt sicher zu sein, draufzulegen, würde die Mehrheit des Aufsichtsrates sich dennoch der geforderten Erhöhung aus folgenden Gründen widersetzt haben.

Ihr wisst ebenso gut, wie wir, dass die Organisation und die Werkzeugausrüstung unseres Betriebes noch lange nicht vollkommen sind; unsere Anfänge sind schwer, wie fast alle Anfänge; unsere Maschinen und Fabrikationen bringen noch nicht den gewollten Überschuss, und das Werk selbst befindet sich noch nicht in günstiger Lage. Übrigens kommt ihr alle aus kapitalistischen Fabriken, wo bei bestimmten Arbeiten der Arbeiter seine Arbeitskraft weder vollständig auszunutzen wagt, noch ausnutzen will, weil er fürchten muss, dass die Lohnsätze herabgesetzt werden, wenn sein Wochenlohn das von den Unternehmern gerade noch geduldete Maximum übersteigt. Aus allen diesen Gründen tragen und produzieren der Betrieb, unsere Maschinen, wir selbst und das Genossenschaftsprinzip noch nicht so viel, wie sie könnten; alle unsere Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, dass wir in möglichst kurzer Zeit zu der höchsten Stufe der Produktivität gelangen, weil die Zukunft unseres Unternehmens und die Erhöhung unserer Löhne und Gehälter davon abhängen. Unser Lösungswort und unser Stolz muss sein, von unserer Arbeit zu leben, ohne die Hilfe eines dritten, und unser Unternehmen gross zu machen durch unsere vereinte Arbeit und Liebe. Niemand von uns möchte von Almosen leben; niemand möchte auch nur, dass die Armenpflege seinen unzulänglichen Lohn ergänzt, damit er seine Familie ernähren kann. Dieser Stolz ehrt uns; aber wenn wir durch eine verfrühte Erhöhung unserer Gehälter und unserer Löhne das Gesellschaftskapital unserer Genossenschaft aufzehren, wenn wir unser Einkommen aus den Ersparnissen vermehren, die die Gründer unserer Genossenschaft uns anvertraut haben, auf dass wir im Rahmen unserer Mittel das Ideal der Produktion durch die Arbeiter selbst verwirklichen sollten: seht ihr nicht, dass wir dann indirekt doch von Almosen leben würden? Niemand von uns allen möchte ein Almosen aus der Hand des Reichen annehmen, und wir sollten ihn aus den Taschen unserer armen Arbeitsbrüder herausholen, die mit uns diesen sozialistischen Betrieb, das Symbol aller unserer Fähigkeiten und aller unserer Hoffnungen, gegründet haben? Niemand von uns möchte das, und auch aus diesem Grunde konnte die gewünschte Lohn-erhöhung zurzeit nicht bewilligt werden.

Es gibt aber auch noch andere Gründe.

Wir wünschen, ja wir können beinahe verlangen, dass die Konsumvereine uns unsere Waren abkaufen, uns bei gleichen Preisen den Vorzug vor unseren kapitalistischen Konkurrenten geben und uns in der ersten Zeit unseres Unternehmens selbst ein klein wenig höhere Preise, als unseren Konkurrenten, bezahlen, um uns die Möglichkeit der Existenz und des Wachstums zu geben. Aber unsere Wünsche und ihre Solidarität haben Grenzen, die weder von ihnen, noch von uns überschritten werden dürfen, wenn nicht die Konsumvereine darunter Schaden leiden soll. Was verlangen wir von den Konsumvereinen? Geschenke oder Almosen? Nein, Arbeit. Aber sie können unsere Arbeit nur unter der Bedingung kaufen, dass sie ihnen nicht teurer zu stehen kommt, als

die unserer Konkurrenten; andernfalls können die Konsumvereine bei uns nicht viel und nicht lange einkaufen. Nun sind wir aber darauf angewiesen, dass sie uns alles und immer abnehmen; sie können das aber nur und werden das nur tun, wenn unsere Verkaufspreise ihnen die Möglichkeit bieten, den Konkurrenzkampf mit Erfolg zu bestehen. Die Produktion der Genossenschaften muss ein Stützpfiler, keine Last für die Konsumvereine sein, die ihre Entwicklung behindert und sie in den Abgrund zu drängen droht. Wir müssen deshalb gerade so gut und gerade so billig produzieren, wie unsere Konkurrenten, auch für die Konsumvereine, die uns achten, andernfalls gehen wir rettungslos dem Untergange entgegen.

In dem Preise der Produkte unseres Genossenschaftsbetriebs spielt der Lohn eine grosse Rolle. Nun wisst ihr aber ebenso gut, wie ich, dass der Lohn nicht aus der Erde aufspriesst, wie das Korn, dass er nicht vom Himmel fällt, wie der Regen, und dass er uns nicht von den Wogen des Meeres zugetragen wird; der Lohn ist ein Produkt unserer Arbeit, ein Kind der Arbeit, das mit wachsender Produktivität in unserer Genossenschaft grösser werden wird. Wir müssen also alle darauf sinnen, unsere Arbeit so gut zu machen, wie wir nur können, mit eifersüchtiger Sorge über unsere Rohstoffe, unsere Werkzeuge, unsere Maschinen, unsere Waren zu wachen; denn alles das repräsentiert unser Vermögen, unser Geld und das unserer Arbeitsbrüder, die sich mit uns zu der Gründung zusammengenagt haben. Wir möchten gewiss nicht, dass jemand irgend etwas bei uns verliert; und wenn wir durch unsere Schuld etwas von den Rohstoffen oder den Fabrikaten umkommen lassen oder verschwenden, dann haben wir unser eigenes Geld und das unserer Kameraden vergeudet. Halten wir uns das immer vor Augen: Wenn wir hier arbeiten, so sind wir mehr, als blosser Lohnarbeiter, mehr auch, als die Arbeiter einer Genossenschaft: wir sind die Bannerträger, die Pioniere der grossen Arbeitersache, Männer, die durch ihre Arbeit, ihre Intelligenz, ihr gegenseitiges Vertrauen und ihre Erfolge beweisen sollen, dass die Arbeiter ohne die Kapitalisten auskommen und sich selbst genügen können..

Die Herrschaft des Unternehmertums abschaffen und unseren eigenen Arbeitsordnungen gehorchen; arbeiten nicht unter den Geisselhieben der kapitalistischen Hungerpeitsche, sondern unter der freiwillig anerkannten Disziplin: wie schön ist dieses Los, wie gross ist dieses Werk, Genossen! Seien wir glücklich und stolz darauf, zu der Vorhut der proletarischen Armee zu zählen, zu der Gruppe, auf die unsere ganze Klasse ihr Vertrauen und ihr Hoffen setzt! Aber denken wir auch daran, dass, wie aller Anfang, so auch unser Anfang schwer sein muss! Mit unseren schwachen Mitteln müssen wir gegen die Titanen der kapitalistischen Wirtschaft ankämpfen und ermangeln doch fast alles dessen, was zum Siege führt; uns bleibt nichts, als das Vertrauen in uns selbst, die Liebe zu unserer Sache und der Glaube an ihre Zukunft. Arbeiten wir, kämpfen wir, weihen wir uns der Arbeiterfabrik, denn wir müssen uns offen eingestehen, dass unser Betrieb in der ersten Zeit höchstens das selbe zahlen kann, wie seine kapitalistischen Konkurrenten. Aber zu eurem Lohn kommt noch etwas hinzu: Ihr habt die Freiheit und die Freude, bei euch selbst zu arbeiten und für uns alle. Und das bedeutet schon viel. Die schwachen und armen Betriebe sind nicht in der Lage, viele finanzielle Vorteile zu bieten, und wir werden gewiss eine Zeitlang arm bleiben. Nicht jeder-

mann ist zum Apostel geboren, niemand kann gezwungen werden, es zu sein, und manche unter uns ermangeln der Mittel, den Kampf durchzukämpfen und die Folgen der Schlacht zu tragen. Mögen nur diejenigen, die die Schwierigkeiten eines Anfanges, wie es der unsere ist, nicht überwinden können, uns frank und frei sagen, wie es mit ihnen steht; mögen sie nach Belieben anderwärts Arbeit suchen, und wir werden uns bemühen, an ihrer Stelle andere Mitkämpfer zu finden; seid versichert, wenn wir uns trennen müssen, so werden wir uns als gute Kameraden trennen! Aber unser Werk, das kühne und schöne Werk, wird nicht untergehen, was auch immer kommen möge. Wenn es mit Paul nicht vorwärts geht, dann geht's mit Jakob; wenn es mit Jakob nicht geht, dann wird es mit Julius gedeihen, aber es wird vorwärts gehen, weil es vorwärts gehen muss, für den Triumph unserer genossenschaftlichen Ideen und des Sozialismus.

Ich wiederhole: Unser Anfang wird noch eine Zeitlang schwer bleiben, so wie ich es euch frank und frei bei eurem Eintritt in den Betrieb gesagt habe; aber bedenkt auch wohl, dass unsere Fabrik das einzige Mittel ist, um uns vom Unternehmertum zu befreien. Ein Schneider, ein Schuster oder ein anderer Handwerker kann sich noch hier und da und ganz allein aus der Lohnknechtschaft lösen und selbst Unternehmer werden. Wir aber, die Sklaven der Grossindustrie, wir können niemals als einzelne unsere Ketten zerbrechen und uns wirtschaftlich frei machen. Wir können nur durch die Genossenschaft zur Freiheit gelangen, weil wir als einzelne der Kampfmittel ermangeln, und weil die kapitalistische Gesellschaft nicht aus einer grossen Zahl von kleinen, mittleren und grossen Unternehmern bestehen kann. Unser Los ist geworfen. Entweder müssen wir Proletarier bis ans Grab bleiben, oder wir werden vermittelst der Genossenschaft und auf Grund des Gemeineigentums Fabrikanten. Ein drittes gibt es nicht. Nun wählt. Noch einige Halbjahre Arbeit zu Bedingungen, die wir alle gebessert zu sehen wünschen, und das Morgenrot bricht an, strahlend, warm, und schön, voll Hoffnungen. Zwistigkeiten, Streit und Mutlosigkeit unter uns, das bedeutet den Tod für unser Unternehmen, einen Zusammenbruch für unsere Sache und für unsere Klasse. Aber es gibt etwas, was mir sagt, dass das Unternehmen auf euch zählen kann, dass ihr mit leidenschaftlicher Hingabe dafür arbeiten, und dass ihr siegen werdet.

Ich habe euch vorhin von dem Handwerker erzählt, der selbständiger Unternehmer werden will. Was tut er, um zu seinem Ziel zu gelangen? Arbeiten! Tag und Nacht, Wochentags und Sonntags und Festtags, er und seine Frau und seine Kinder. Dieser Sklave, der sich befreien will, begreift, dass er nur durch eine übermenschliche Anspannung sich loskaufen kann. Tatsächlich fehlt ihm alles, um zu siegen: er hat kein Kapital und keinen Kredit, keine Kundschaft und keine Maschinen, keine Handelsverbindungen, mit einem Worte: nichts. Doch! Er hat etwas: Er hat seine Hartnäckigkeit, seinen stahlharten Willen, die Wut des gefesselten Tieres, das seine Ketten schüttelt, bricht, zerbeisst, zerreist, um sich frei unter den Strahlen der befreienden Sonne hinstrecken zu können. Durch die Arbeit allein, ganz allein, wollen er und die Seinigen das ersetzen, was ihnen fehlt, um den Erfolg zu erringen; und wenn er sein Ziel erreicht, so geschieht es dank seiner unablässigen Arbeit, ohne Rast und Ruhe. Nun wohl, liebe Genossen, in unserm kleinen Betrieb befinden wir uns gegen den grossen Fabrikanten in der selben Lage,

wie der einzelne Handwerker gegen den grossen oder mittleren Unternehmer. Auch wir entbehren aller Hilfsmittel, auch wir finden nur in der Arbeit und in unserer Arbeit ganz allein, die Waffen für die entscheidende Schlacht. Ans Werk! An die Arbeit! Hinein ins Kampfgewühl! Hier müssen wir beweisen, dass die Befreiung der Arbeiter das Werk der Arbeiter selbst sein wird. Lasst uns alle voll Eifer, voll Sorgfalt und Klugheit arbeiten. Wir wollen uns ganz dem Unternehmen weihen, ohne zu zählen, wie die Mutter die Brust ihren Kindern reicht. Hier dürfen wir nicht weniger, nein, hier müssen wir mehr und besser arbeiten, als in der Fabrik eines Unternehmers, um zunächst unseren Lohn und dann das Kapital zu verdienen, das diesen Betrieb grossmachen und uns in der Folge zu Herren über andere Fabriken machen soll. Wenn wir alle, Männer und Frauen, von dem Willen zum Siege erfüllt sind, dann siegen wir. Wenn ich vom Willen zum Siege spreche, dann denke ich an einen unbeugsamen Willen, gleichsam von Stahl. »Ach Gott, mein Kind wird sterben!« jammert die Mutter. Aber der Arzt sagt ihr: »Liebe Frau, die Wissenschaft und Ihre Pflege können Ihren Sohn retten.« Da antwortet die Mutter: »Meine Pflege kann meinen Sohn retten? Mein Sohn ist gerettet!« Und von dem Augenblick an kennt sie keine Rast und Ruhe mehr. Der Wille, das geliebte Wesen zu retten, gibt ihrem schwachen Körper Kräfte, die man nimmer geahnt hatte. Und das Ende? Das Kind wird gerettet! Der Wille, die Liebe und die Wissenschaft haben über den Tod den Sieg davongetragen!

Seid darum nicht verzweifelt, weil euch eine Lohnerhöhung abgeschlagen ward. Unsere Gründe haben euch, so hoffe ich, überzeugt, dass wir im Aufsichtsrat das Vertrauen, das man auf uns gesetzt hat, missbraucht hätten, wenn wir aus Schwäche oder Freundschaft uns hätten hinreissen lassen, das Unternehmen der Gefahr des Zusammenbruchs auszusetzen. Denkt über das nach, was ich euch gesagt habe, und ich bin sicher, dass ihr mir im Grunde eures Herzens recht geben werdet. Nun lasst uns alle, Mann und Weib, an unsere Arbeit gehen mit dem festen Entschluss, zu siegen! Und in kurzer Zeit wird das Unternehmen und das genossenschaftliche Prinzip uns alles geben, was sie geben können, und tausendmal mehr, als der Kapitalismus uns geben könnte oder möchte. Herrliche Tage harren unserer. Herrlich durch das, was sie bringen, aber auch deshalb, weil wir uns dann stolz sagen können: Wenn wir heute Schnitter sind, wir waren auch die Säemänner.

XX

JOSEF BLOCH · BERNARD SHAW ÜBER SEINE STELLUNG ZUR DEUTSCHEN SOZIALDEMO- KRATIE

BERNARD Shaw hat kürzlich an das *Berliner Tageblatt* einen Brief geschrieben, in dem er in seiner Weise die deutsche Sozialdemokratie einer höchst abfälligen Kritik unterzog. Der Brief enthielt manch richtige Bemerkung, soweit rein psychologische Feststellungen in Frage kamen; aber er war an eine ganz falsche Adresse gerichtet. In seiner grotesken — vielleicht etwas absichtlichen — Verkennung der Ver-

hältnisse, unter denen die deutsche Sozialdemokratie zu wirken hat, machte er sie für die geschichtlich gewordene politische Struktur Deutschlands und den dadurch bedingten Wirkungskreis der Arbeiterklasse verantwortlich. So waren die Vorwürfe, die er der Partei machte, von einer in die Augen fallenden Ungerechtigkeit, und der ganze Brief konnte keine andere Wirkung haben, als die sozialistischen Leser zu befremden und die, die mit Shaws eigenartiger Schreibweise nicht vertraut waren, zu verletzen. Die Abwehr dieser Kritik seitens der sozialdemokratischen Presse war daher in der Sache durchaus zutreffend, wenn man sich in der Tonart auch zum Teil sehr vergriff, wie bereits Eduard Bernstein im vorigen Hefte dieser Zeitschrift ausgeführt hat.

Um den Eindruck nicht bestehen zu lassen, als ob Shaw als Aussenstehender, nicht als Sozialist, Kritik an der Sozialdemokratie übe, forderte ich ihn auf, nunmehr, und zwar nicht in einem bürgerlichen Blatt, das Positive seiner sozialistischen Anschauungen darzulegen, die sozialistische Methode zu beschreiben, der er im Gegensatz zu der von ihm kritisierten den Vorzug gebe. Ich fügte hinzu: es dürfte sich dann auch hier wieder zeigen, dass die Methode, die für englische Verhältnisse die richtige sein mag, auf dem Kontinent und im speziellen in Deutschland völlig unangebracht, weil undurchführbar wäre. Auf dieses Ersuchen sandte mir Shaw ein Schreiben zur Veröffentlichung, das ich, möglichst getreu in das Deutsche übertragen, in seinem Wortlaut wiedergebe, um nicht wieder den Vorwurf auf mich zu laden, dass die deutschen sozialistischen Organe seine Anschauungen und Entgegnungen gar nicht oder nur verstümmelt zu bringen pflegen. Es lautet:



ERTER Herr Bloch, was in aller Welt verstehen Sie unter einem bürgerlichen Blatt? In England, zu Lebzeiten Karl Marx' verstand man darunter ein Blatt, welches von Berufsjournalisten gemacht wurde, die ihre Arbeit ordentlich bezahlt erhielten. Und im Gegensatz dazu verstand man unter einem sozialistischen Blatt ein solches, das von halb oder gar nicht honorierten Amateuren geschrieben wurde, das keine Nachrichten brachte, ganz unlesbar und nicht einen halben Pfennig wert war, obwohl es für zehn verkauft wurde. Heute reden und denken wir in England nicht mehr solchen Unsinn. Der *Vorwärts* ist gerade so gut ein bürgerliches Blatt, wie das *Berliner Tageblatt* — tatsächlich ist er es in höherm Masse, weil das *Tageblatt* meine Beiträge mit Vergnügen veröffentlicht, während der *Vorwärts* sie unterdrückt. Es ist diese komische Sektiererei, diese Einbildung, dass ein sozialistisches Blatt sich von anderen Blättern in irgend einem andern Sinn unterscheidet, als, in dem sich alle Blätter von einander unterscheiden, und dass ein Sozialist durch Natur, Charakter und *Begnadung* von anderen Menschen verschieden ist, welche die deutsche Partei so kindisch und unmöglich macht.

Warum sollte ich meine Beiträge dem *Vorwärts* einsenden? Ich wünsche, dass sie möglichst verbreitet werden und freundliche Aufnahme finden. Warum sollte ich sie Ihnen senden? Sie würden Ihnen nur Ungelegenheiten bereiten. Wenn Liebknecht, der durch und durch *Fabier* war, niemals sich offen auszusprechen wagte und bis an sein Lebensende seine Parteigänger mit revolutionären Phrasen und orthodox-marxistischen Redensarten, die er verachtete, irreführte, wenn Bernstein, will er sich nicht kompromittieren, zu meinen

Gunsten nicht mehr vorbringen darf, als Entschuldigungen: was würde Sie erwarten, wenn Sie in Ihrer Zeitschrift meine Ansichten zum besten geben wollten? Diese sind übrigens den Sozialdemokraten in der Hauptsache schon durch Jaurès unterbreitet worden, und die Sozialdemokraten haben sie vor dem Angesicht Europas verworfen. Um eine so törichte Partei werde ich mir nicht weiter Unbequemlichkeiten machen. Ich werde einfach, was ich zu sagen habe, so lange in der *bürgerlichen Presse* sagen, bis der reaktionäre Charakter des Marxismus für jedermann offenkundig wird.

Die besonderen Bedingungen in Deutschland haben mit meinem *Tageblattbrief* nichts zu tun. Die verfassungsmässigen Unterschiede zwischen dem Reichstag und dem Hause der Gemeinen sind völlig bekannt und verstanden. Sie tangieren durchaus nicht den Unterschied zwischen der Achtundvierzigerei und dem XX. Jahrhundert.

Bitte, denken Sie ja nicht, ich sei in irgend einer Weise unfreundschaftlich gesinnt. Ich möchte sehr gern dieser Ihrer zurückgebliebenen Partei im Interesse der ganzen europäischen sozialistischen Bewegung zur Modernität verhelfen. Aber Sie müssen mich das in meiner eigenen Weise tun lassen. Ich habe eine gute Portion Unsinn aus englischen Sozialisten herausgeklopft; und ich gebe Ihnen die Versicherung: das geschah nicht, indem ich ihre Gefühle schonte oder meine Zeit damit vergeudete, den Papierkörben ihrer Redakteure meinen Tribut zu entrichten. Ihr ergebener G. Bernard Shaw.«



So weit Shaw. Ich bin es gewohnt, in seinen Aphorismen, sie mögen noch so paradox klingen, einen Sinn zu suchen und zu finden; es macht zwar manchmal Mühe, aber es belohnt sich stets, da Shaw mit dem unbestechlichen Blick des Satirikers das Wesentliche der Dinge zu erfassen pflegt, deren Konturen er gewaltig verzerrt. In diesem Falle scheint mir aber die Verstimmung über die Behandlung, die ihm in einigen Blättern zu teil geworden, seinen Blick selber getrübt zu haben. Welchen Sinn soll es haben, unserm *Allen* orthodoxen Marxismus und Kultus der revolutionären Phraseologie zuzuschreiben? Jeder, der seine Schriften kennt, weiss, dass er sich nie als orthodoxen Marxisten aufgespielt, und dass er die Revolutionsphrase verworfen hat. Welchen Sinn soll es haben, es als Folge einer Enge der Partei hinzustellen, wenn Bernstein Shaw gerecht wird, ohne ihm darum recht geben zu können? Gewiss haben auf dem letzten internationalen Kongress in Amsterdam die deutschen Sozialdemokraten die von Jaurès entwickelten taktischen Grundsätze abgelehnt; aber da haben sie doch nur den Fehler begangen, dessen sich Shaw in seiner *Tageblattkritik* in ungeheuerlichen Dimensionen schuldig macht: die Verschiedenartigkeit der politischen Situation und der gegebenen Machtmittel unberücksichtigt zu lassen und allgemeine Axiome aufzustellen, die für das eine Land ebenso fruchtbar, wie verhängnisvoll für das andere sein können. Ich glaube gern, dass Shaw »die verfassungsmässigen Unterschiede zwischen dem Reichstag und dem Hause der Gemeinen« kennt und versteht. Aber er macht keinen Gebrauch davon; er ignoriert die realen Grundlagen dieser Unterschiede, die gerade das begreiflich machen, was ihm als »Achtundvierzigerei« erscheint, und was im preussischen »XX. Jahrhundert« ebenso natürlich ist, wie im englischen die Tatsache, dass ein Sozialist Gouverneur einer Kronkolonie sein kann.

Hat denn Shaw, soweit seine Kritik überhaupt substantiiert ist, den deutschen Sozialdemokraten Erkenntnisse gegeben, auf die man nicht schon in ihren Reihen selber gekommen wäre? Die Schönheit der revolutionären Gesinnung? Eine Anzahl Sozialdemokraten (sie legen sich vielfach den Erkennungsnamen *Radikale* bei) ist doch ohnehin redlich bemüht, sie durch Worte zu hegen. Man inszeniert freilich heute noch nicht einmal einen Massenstreik, denn — das geht in Preussen einstweilen nicht; vielleicht später einmal, *gegebenenfalls*. Die Notwendigkeit einer konsequent reformistischen Politik? Eine Anzahl Sozialdemokraten (man legt ihnen vielfach den Ehrennamen *Revisionisten* bei) hat sie seit langem betont, hat oft genug verlangt, dass sie nicht durch die intransigente Phrase gestört werde. Man wird freilich heute nicht Minister oder Turnlehrer, denn — das geht in Preussen einstweilen noch nicht; ob vielleicht später einmal, *gegebenenfalls*?

Und das ist eben — wenn man von der Form der Shawschen Polemik absieht, die Genuss oder Ärger bereiten muss, je nachdem, wie man ästhetisch gerichtet ist — der Kern der Sache: Shaw will sich nicht bequemen, den deutschen Massstab an die deutsche Sozialdemokratie anzulegen, er verleugnet damit seine eigenen *fabischen* Grundsätze und wendet die Methode des unfruchtbaren Negierens an, die er bei den anderen verspottet. Uns kontinentalen Sozialisten ist von englischer Seite oft, und zuweilen mit Recht, vorgehalten worden, wir hätten kein Verständnis für die politischen Existenzbedingungen des englischen Sozialismus, daher unsere schiefe Beurteilung seiner Betätigungsart. Dieser Fehler kommt bei uns jetzt seltener vor; aber es scheint, als ob unsere abgelegte Mode jetzt nach England geht, statt, wie sonst, umgekehrt. Wir sind Shaw dafür, dass er unserer »zurückgebliebenen Partei im Interesse der ganzen europäischen sozialistischen Bewegung zur Modernität verhelfen« möchte, sehr verbunden. Aber er muss uns dann auch selber modern kommen, nicht, wie im *Tageblatt*, mit einer Predigt, die so sehr seiner eigenen Weise widerspricht. Seine prachtvollen Sottisen in *philistros* sind sicherlich auch manchen Sozialdemokraten dienlich. Aber nur von innen heraus, nur wenn er als Sozialist zu Sozialisten spricht, können diese vielleicht auch einiges von ihm lernen — nachdem er selber gelernt hat, sie verstehen zu wollen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Ernte

Über die internationale Getreideproduktion im Jahre 1906 liegen nunmehr

die Schätzungen des ungarischen Ackerbauministeriums vor, die allerdings noch immer keine endgültige, zweifelsfreie Übersicht darstellen. Hiernach würde die diesjährige Getreidewelternte zwar nicht ganz so hoch, wie vielfach erwartet, aber doch um 81,37 Mill. dz über den Ertrag des Vorjahres hinausragen. Als Produktionsziffern für 1906 und das

Vorjahr werden angegeben (in Mill. dz):

	1906	1905
für Weizen	949,00	920,29
„ Roggen	382,86	304,47
„ Gerste	314,84	307,23
„ Hafer	526,86	533,55
„ Mais	986,72	917,37
	zusammen 3 160,28	3 078,91

Den gesamten internationalen Bedarf auf der anderen Seite, schätzt man in Budapest:

für Weizen	auf 923,26 Mill. dz
„ Roggen	„ 404,46 „ „
„ Gerste	„ 317,84 „ „
„ Hafer	„ 536,85 „ „
„ Mais	„ 952,53 „ „
	zusammen auf 3 134,94 Mill. dz

Statt des diesmal überkommenen Vorrats von 90,25 Mill. dz (1905 90,70, 1904 143,80 Mill. dz) würde man also im Beginn des nächsten Jahres über einen Lagerbestand von 110 bis 120 Mill. dz verfügen. Im grossen und ganzen bestätigen die mittelguten Preise an den Hauptmärkten der Ausfuhr- und Einfuhrländer diese amtliche Schätzung.

✕ **Russland** ✕
Ein Element der Unsicherheit bilden für den Getreidehandel vor allem noch die russischen Verhältnisse. Ein ungünstiger russischer Ernteertrag war schon in den Budapester Berechnungen vorausgesetzt. Die etwas später bekanntgegebene russische offizielle Übersicht schraubt die Erwartungen noch tiefer herab. Im Vergleich zu den endgültigen Ertragszahlen der vorhergegangenen Jahre stellt sich Russlands Ernte in den 72 europäischen und asiatischen Gouvernements (in Mill. Pud), wie folgt:

	1906	1905	1904	1903	1902
Winterweizen	359	366	342	332	366
Sommerweizen	498	691	762	687	613
zus. Weizen	857	1057	1104	1019	979
Winterroggen	1115	1118	1563	1384	1403
Sommerroggen	22	25	27	31	22
zus. Roggen	1137	1143	1590	1415	1425
Hafer	671	829	996	708	826
Gerste	394	461	460	474	450
Mais	75	52	40	79	75

Vom Mais abgesehen, hätten demnach alle Getreidearten einen Ertragstiefstand aufzuweisen, wie er seit langen Jahren nicht eintrat. Trotzdem glaubt ein grosser Teil des mittel- und westeuropäischen Handels nach wie vor an eine Steigerung der russischen Ausfuhr, wenigstens für die nächste Zeit, da gerade die unberechenbare russische Zukunft zunächst die Notverkäufe und die Abstossungen nach dem Ausland vermehren müsse. Vor allem in den Schwarzmeerhäfen und den angrenzenden Liefergebieten soll diese Steigerung zu möglichst raschen Notverkäufen unverkennbar sein.

✕ **Fleischteuerung** ✕
Dagegen ist das Ende unserer Fleischteuerung noch immer nicht abzusehen.

Setzt man die Grosshandelsdurchschnittspreise der 10 Jahre 1889 bis 1898 gleich 100, so kosten heute Rinder etwa 129 (im Jahresdurchschnitt 1905 120,1, 1904 114,9), Schweine 126 (gegen 122,9 und 94,0), Kälber 143 (gegen 134,6 und 127,1), Hammel 152 bis 153 (gegen 134,1 und 122,7). Dabei stand aber das Vor-

jahr 1905 bereits hoch über allen seinen Vorgängern.

✕ **Diskont** ✕
Die Hoffnung unseres Unternehmertums, dass man mit dem bisherigen Diskontsatz über die Herbstansprüche und womöglich über die Jahreswende glücklich hinwegkommen werde, ist rascher, als gehnt, in die Brüche gegangen. Der Anstoss kam, wie neuerdings so oft, von den Vereinigten Staaten, die zuletzt einen so enormen Bedarf nach Geld und Leihkapital entwickelten, dass in Wallstreet in der letzten Augustwoche die Zinsen für kurzfristige Kredite bis auf 12%, später sogar auf 20, 30 und schliesslich bis auf 40% empor schnellten. Die hierdurch angeregte Goldeinfuhr fand ihre Deckung in erster Linie in England, bis die Bank von England, die seit dem 10. Mai ununterbrochen Goldeingänge zu verzeichnen hatte, dem seit der ersten Septemberwoche einsetzenden, immer beängstigender steigenden Goldabfluss nicht länger ruhig zuzusehen vermochte. Am 13. September schritt man deshalb in London zur Erhöhung des Diskontsatzes von 3½ auf 4%. Am gleichen Tage folgte die sächsische Bank mit einer Steigerung von 4½ auf 5%, noch vor der Reichsbank, die am 18. September das Gleiche tat. Bei der international allgemeinen Anspannung der Banken sieht man jetzt weitere Erhöhungen voraus, für Deutschland bis auf 6%, wie am Schlusse des Vorjahres. Auch die Bank von Frankreich, die seit dem 25. Mai 1900 an ihrem Diskontsatz von 3% festhalten konnte, und die in den letzten kritischen Übergangswochen die Verlegenheiten Londons und New Yorks wesentlich milderte, wird das Anziehen der Diskontschraube kaum vermeiden können; 1899-1900, auf dem Gipfel der letzten internationalen Hochkonjunktur war der Pariser Diskontsatz zeitweilig 4½%, während Berlin sogar 7% verzeichnete.

✕ **Fusionen und Kapitalsteigerungen** ✕
Genau, wie im Jahre 1899, lässt sich heute unsere Geschäftswelt durch solche bittere Zugaben des Aufschwunges keineswegs in ihrem Optimismus beirren. Von den Riesenbanken haben zunächst die seit Anfang 1904 durch eine Interessengemeinschaft verbundenen *A. Schaaffhausenscher Bankverein* und *Dresdner Bank* ihr Kapital um je 20 Mill. M. zu

erhöhen beschlossen (Dresden auf 180 Mill. M. bei zirka 50 Mill. M. Reserven, *Schaaffhausen* auf 145 Mill. M. bei 32 Mill. M. Reserven).

Die *Hamburg-Amerika-Linie* steigert ihr Kapital um 20 Mill. M. (auf 120 Mill. M.), der Bremer *Norddeutsche Lloyd* um 25 Mill. M. (auf 125 Mill. M.). Die grosse Hamburger Reederei beruft sich darauf, dass auf fast allen Linien infolge des sich rasch ausweitenden Verkehrs ein hemmender Materialmangel herrsche, und dass man vielfach minderwertiges Schiffsmaterial mietsweise heranziehen musste; neben der Pflege der Fahrten nach Nordamerika, Südamerika, Westindien würde in Zukunft noch ein grosser Bedarf zu erwarten sein für die neue Schnelldampferlinie zwischen Genua und den Laplatastaaten und Brasilien, für die Fahrten in den chinesischen Gewässern und für den jungen Verkehr mit den Häfen des Sudans und des persischen Golfes. Für 1906 stellt sowohl die Hamburger, wie die Bremer Schiffahrtsgesellschaft mindestens das Dividendenergebnis des guten und sogar glänzenden Jahres 1905 in Aussicht (Hamburg 11 %, Bremen 7½ %).

Ferner erregte starkes Aufsehen die Vereinigung zweier der grössten gemischten rheinisch-westfälischen Eisenwerke, der Aktiengesellschaft *Phönix* in Ruhrort (mit 35 Mill. M. Aktienkapital) und des *Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins* (mit 32,7 Mill. M.), unter gleichzeitiger Erhöhung des Aktienkapitals um 10 060 000 M. Beide Werke zusammen würden im Stahlwerksverband die höchsten Beteiligungsziffern sowohl für die Produkte A, wie B, besitzen; und da bei den jetzigen Vorverhandlungen über die Verlängerung und Erneuerung des Stahlwerksverbandes grosse Differenzen über die Beteiligungsneuregelung sich ankündigen, so dürfte die Fusion nach dieser Richtung gleichfalls eine Rolle spielen. Auch ausserhalb der eigentlichen Riesenunternehmungen häufen sich ähnliche Vorgänge. So beantragte die *Bismarckhütte* eine Kapitalserhöhung um 4 Mill. M., wovon 2,8 Mill. M. zum Umtausch in Aktien der *Bethlen-Falva-Hütte* zu Schwientochlowitz dienen sollen; das 4500 Arbeiter beschäftigende Hüttenwerk sichert sich dadurch vor allem seinen Roheisenbedarf, nachdem die meisten oberschlesischen Roheisenverkäufer dazu übergegangen sind, ihre Produktion selber weiter zu verarbeiten.

Kurze Chronik Das Gussstahlwerk *Witten* schlug eine Dividende von 20 %, sowie eine Erhöhung des Aktienkapitals um 1 Mill. Mark vor. × Unter den Berlin-Breslauer Kohlenfirmen Emanuel Friedländer, Otto Schultze und Ad. Hoffmann vollzieht sich eine Verschmelzung. × Die *Harpener Bergbau A. G.* schlägt 11 % Dividende vor. × Das mitteldeutsche Zementsyndikat wurde um 5 Jahre verlängert.

× **Literatur** × Nachdem man in den Vereinigten Staaten die schrankenlos freie Kapitalkonkurrenz so lange nach Belieben schalten und walten liess, hat seit Jahren bereits eine überaus lebhafteste Agitation und sogar eine rege Bundes-, Staats- und Gemeindetätigkeit eingesetzt, teils um die Gefahren der Privatmonopole und die wildesten Auswüchse des Profitstrebens zu beschneiden, um allgemeine Interessen wirtschaftlicher, hygienischer und politischer Art sicherzustellen, teils um notwendige ökonomische Funktionen unmittelbar dem Staate oder den Kommunen zu übertragen. Aus welchen tatsächlichen Missständen diese mächtigen Strömungen immer von neuem entspringen, wie weit sie schon in der Trust-, Versicherungs-, Nahrungsmittel-, Verkehrs-, Agrar- und Arbeiterschutzpolitik zum Durchbruch kamen, darüber unterrichtet eine ungewöhnlich sachkundige, für den praktischen Politiker, wie für den Sozialökonom gleich bedeutsame Schrift *Der Zusammenbruch der Wirtschaftsfreiheit und der Sieg des Staatssozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika* von Dr. jur. E. Herr /Jena, Gustav Fischer/, der längere Zeit an Ort und Stelle, vor allem in Washington, Albany und anderen Hauptstädten der Einzelstaaten weilte. Gerade in der Zeit des sich vorbereitenden Wahlkampfes zwischen Bryaniten und Republikanern ist diese zusammenfassende Darstellung eines grossen wirtschafts- politischen Umdenkungs- und Unbildungsprozesses willkommen zu heissen. Seit kurzem erscheinen im österreichischen Handelsministerium *Annalen des Gewerbebeförderungsdienstes* (jährlich 6 Hefte), um einen systematischen Überblick über die Lage des Handwerks, über die entsprechenden Reformen auf dem Gebiete der technischen und wirtschaftlichen Fortbildung, des Genossenschafts- und Kreditwesens, der Gewerbebeförderung

× ×

überhaupt zu verschaffen und dadurch zugleich die Tätigkeit der massgebenden Behörden und Anstalten zu unterstützen und einheitlicher zu gestalten. Das 1. Heft enthält ausser den orientierenden Einführungsartikeln der Schriftleiter (Sektionschef Dr. W. Exner und Dr. A. Vetter) eine Arbeit des Professors Rob. Aptsch über das Handwerk in Dalmatien, wobei manches Seitenlicht auf die älteren Formen der gewerblichen Tätigkeit (Hauswerk, Lohnwerk) geworfen wird.

MAX SCHIPPEL

Politik

Schwarzseher Bei einem Festmahle, das während der diesjährigen Korpsmanöver in Breslau stattfand, hielt der deutsche Kaiser eine Rede gegen die Schwarzseher, die in einzelnen Wendungen sehr lebhaft an jene Rede erinnerte, die er im Jahre 1892 bei einem Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages hielt. Damals galt es, den neuen Kurs gegen Bismarck und seine Presse zu verteidigen. Den missvergnügten Nörglern wurde der Rat gegeben, den deutschen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln. »Mein Kurs ist der richtige, und er wird weitergesteuert.« Über 14 Jahre sind seit dieser Rede vergangen, und die Schwarzseher haben weder den deutschen Staub von ihren Füßen geschüttelt, noch hat ihre Zahl abgenommen oder ihre Stimme an Kraft verloren. Ganz im Gegenteil, gerade gegenwärtig hat der weitaus grösste Teil des Volkes allen Anlass, mit den Zuständen im eigenen Vaterlande im höchsten Masse unzufrieden zu sein. Wer freilich die tatsächlichen Verhältnisse so wenig kennt, wie dies bei einem Monarchen der Fall sein mag, der wird nie begreifen, warum das Heer der Unzufriedenen immer stärker anwächst. Die gewaltigste Propaganda der Unzufriedenheit machen zurzeit die hohen Lebensmittelpreise, vor allem die ungewöhnlichen Fleischpreise. Sie wirken namentlich deswegen so aufreizend, weil sie den Blick der Frauen auf die Politik lenken. Die Mehrzahl der Frauen steht auf der Seite der Schwarzseher — und das ist wahrhaftig für die nächsten Wahlen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Selbst im Lager des Zentrums fühlt man's, dass die Politik der einseitigen Begünstigung der Landwirte nicht länger mehr aufrecht erhalten werden kann. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr von Schorlemer, hat in

einer Rede anlässlich der landwirtschaftlichen Ausstellung in Cleve darauf hingewiesen, dass die Landwirtschaft bisher nicht allen Ansprüchen der Konsumenten genügt habe. Darüber ist die *Deutsche Tageszeitung* um so ungehaltener, als Freiherr von Schorlemer den nächst dem aus seiner Stellung scheidenden Podbielski ersetzen soll. Das Zentrumsorgan in Cöln verteidigt Freiherrn von Schorlemer und erwähnt in zustimmender Weise einen Vorschlag der *Nationalliberalen Korrespondenz*, der die Errichtung von Schlachthäusern an den Grenzen fordert, um einerseits Schlachtvieh einführen und andererseits doch das deutsche Vieh vor Viehseuchen schützen zu können. Wenn auch die *Cölnische Volkszeitung* noch nicht das Zentrum ist, so wird man doch annehmen dürfen, dass gegenüber dem notorischen Mangel an Schlachtvieh bald etwas geschieht. Je länger und hartnäckiger aber der Widerstand der Landwirte, desto einschneidender werden die Massregeln ausfallen müssen, die zur Beseitigung der jetzigen Notlage führen. Schwarzseher züchtet nicht nur die Interessenpolitik des Ministers von Podbielski, sondern auch dessen längere Duldung im Amte. Es wird viel von der Gewissenhaftigkeit der deutschen Bürokratie gesprochen. Die kleinsten Verfehlungen höherer, mittlerer und unterer Beamter werden in einer oft geradezu rigorosen Weise geahndet. Mit kleinen Sündern macht man kurzen Prozess, da kennt man keine Schonung. Gut. Was sollen aber alle diese Beamten davon denken, dass einem Minister, der mit dem Staate Geschäfte macht, bei denen der Staat übervorteilt wird, des Ministers Einkünfte aber überreichlich fliessen, auch nach Aufdeckung dieser seiner Geschäftspraxis kein Haar gekrümmt wird? Die Beamten werden klugerweise den Mund halten, damit sie ihn sich nicht verbrennen. Aber darum sind sie doch Schwarzseher, und diese Schwarzseherei geht hinauf in sehr hohe Beamtenskreise, deren Auffassung von Beamtenehre von der des Minister Podbielski sehr stark abweicht. Sollen alle diese Schwarzseher den deutschen Staub von ihren Füßen schütteln? Nein, die Schwarzseher muss der Kaiser schon dulden, so schwer sie ihm auch auf die Nerven fallen mögen. Es ist eben noch nicht so weit, wie der Kaiser vor 14 Jahren prophezeit hat: »Herrlichen Tagen führe ich euch noch entgegen.« Es soll sogar

ernste Männer geben, die keine Sozialdemokraten und doch der Ansicht sind, seit 14 Jahren sei es politisch mit Deutschland nicht bergauf, sondern bergab gegangen.

× **Dernburg** Die überraschende Ernennung des Bankdirektors Dernburg zum Direktor der Kolonialabteilung hat die liberalen Kreise mit solcher Genugtuung erfüllt, dass sie in ihrer ersten Freude sich einer starken Überschätzung dieses Personenwechsels hingaben. Das ist deswegen weiter nicht schlimm, weil ja schon die nächste Zeit die notwendige Ernüchterung bringen wird. Mag die persönliche Tüchtigkeit des neuen Leiters der Kolonialverwaltung noch so gross sein, so sind seiner Initiative doch ganz bestimmte Schranken gezogen; jedenfalls wird er nicht in der Lage sein, auf die allgemeine Politik der Regierung einen bestimmenden Einfluss ausüben zu können. Dass er den Verwaltungsorganismus vorteilhaft reformieren wird, ist anzunehmen, obwohl auch hier ein Stein des Anstosses den neuen Direktor zu Fall bringen kann. Der Plan, die Kolonialverwaltung zu einem selbständigen Reichsamt zu machen, wird weiter verfolgt, gleichzeitig aber auch darauf hingearbeitet, das Oberkommando der Schutztruppen von der Kolonialverwaltung loszulösen und es selbständig zu machen. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, dass wir auf diese Weise zwei Kolonialverwaltungen bekämen, von denen die militärische den grösseren Einfluss ausüben würde. Der Dualismus zwischen Zivil- und Militärbehörde würde in den Kolonien selbst Zustände herbeiführen, gegenüber denen die heutigen, die doch gebessert werden sollen, noch als erträglich zu bezeichnen wären. Der neue Leiter der Kolonialabteilung hat hier Gelegenheit, zu zeigen, nicht nur, was er kann, sondern auch, wie weit sein Einfluss reicht. Versagte dieser Einfluss gleich hier, dann wäre zur Genüge bewiesen, dass die Hoffnungen, die in liberalen Kreisen auf Dernburg gesetzt wurden, stark übertrieben waren. Gelingt es aber Dernburg, die Einheitlichkeit der Kolonialverwaltung sicherzustellen und das Kommando der Schutztruppen der Zivilverwaltung unterzuordnen, gelingt es ihm ferner, Staatssekretär zu werden, so muss er doch innerhalb des Rahmens der heute herrschenden Politik wirken, genau so,

wie es ein Miquel und Möller auch tun mussten. In die heutige Regierung einzutreten, bedingt einen weitgehenden Verzicht auf die eigene politische Überzeugung.

× **Legitimitätsprinzip** Anlässlich des Thronwechsels im Herzogtum Braunschweig wird wieder sehr eifrig die Heiligkeit des Legitimitätsprinzips gegen die Gefahren revolutionärer Umwälzungen betont. In dieser Diskussion mag auf ein Urteil Bismarcks hingewiesen werden, das sich in seinen Briefen an Herrn von Gerlach findet. »Wieviele Existenzen«, ruft er aus, »gibt es noch in der heutigen politischen Welt, die nicht in revolutionärem Boden wurzeln? Nehmen Sie Spanien, Portugal, Brasilien, alle amerikanischen Republiken, Belgien, Holland, die Schweiz, Griechenland, Schweden, das noch heut mit Bewusstsein in der glorious revolution von 1688 fussende England; selbst für das Terrain, welches die heutigen deutschen Fürsten teils Kaiser und Reich, teils ihren Mitständen, den Standesherrn, teils ihren eigenen Landständen abgewonnen haben, lässt sich kein vollständig legitimer Besitztitel nachweisen, und in unserm eignen staatlichen Leben können wir der Benutzung revolutionärer Unterlagen nicht entgehn.« So äusserte sich Bismarck schon vor 1866, und er hat durch seine spätere Politik ja wahrlich nicht dazu beigetragen, dem Legitimitätsprinzip mehr Geltung zu verschaffen. Es ist geradezu ärmlich, wenn die konservative Presse jetzt den Anschein zu erwecken sucht, als ob Preussen Hüter des Legitimitätsprinzips sein könnte.

× **Kurze Chronik** Als neuer General der Jesuiten wurde, ein Deutscher, Pater Wernz, gewählt. × Auf Cuba ist ein Aufstand ausgebrochen, der zu einer Intervention der Vereinigten Staaten führte. × Bei den Stortingwahlen in Norwegen hat die Opposition gegen das Ministerium Michelsen eine Mehrheit erreicht. Die Sozialdemokraten erhielten 11 Mandate (bisher 4).

RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Österreich Eine packende Darstellung der sozialen Zustände Österreichs enthält die Schrift T. W. Teifens *Die Besitzenden und die Besitzlosen in Österreich* /Wien, Brand/. Der GROSSGRUNDBesitz umfasst

in ganz Österreich eine Fläche von 8 700 000 ha, während auf den Kleingrundbesitz 21 300 000 ha entfallen. Die Fideikommissbesitzer, 297 Familien, besitzen 1 200 000 ha. Den Millionen von Kleingrundbesitzern, die 71 % der ganzen Fläche bebauen, stehen einige Tausende von Grossgrundbesitzern gegenüber, die über 29 % der Fläche Österreichs verfügen. Auf sehr niedriger Stufe stehen durchweg die Löhne der landwirtschaftlichen Tagelöhner. Selbst in Niederösterreich erhalten die Männer nicht einmal eine Krone für die Arbeit eines ganzen Tages. In der Steiermark, in Böhmen und Mähren gibt es Tagelöhne von 60 h. für erwachsene Männer, in Galizien und Bukowina gar nur 50 und 40 h. In Mähren betrug der durchschnittliche Tagelohn eines kontraktlich gebundenen Arbeiters gerade 1 K. Dieser Lohn wurde in 22 Bezirken auch wirklich eingehalten, in 29 Bezirken stand er niedriger, in 26 höher. Den Gross- und Mittelbauern geht es nach Teifen nicht schlechter, als den Bürgern. In dem Kleinbauernstande findet sich dagegen viel soziales Elend, Überschuldung und kümmerliche Lebensweise.

In der österreichischen Industrie zählte man 593 429 Selbständige und 2 691 124 Abhängige, im Handel und Verkehr 368 580 Selbständige und 667 903 Abhängige. Ein markantes Bild von der Lage der Arbeiter gewann man im Jahre 1904 aus dem Programm des Ministerpräsidenten für die Reform der Arbeiterversicherung. In der ersten Lohnklasse gibt es Arbeiter mit einem Jahresarbeitsverdienst von nicht mehr als 240 K. In der zweiten befinden sich Arbeiter mit einem jährlichen Verdienst von 240 bis 280 K., in der dritten Arbeiter mit einem Einkommen von 420 bis 720 K., und diese 3 Klassen enthalten die Mehrheit der Arbeiter. Im Bergbau verdiente der Häuer und Förderer durchschnittlich 840,74 K. im Jahre 1903, der erwachsene Grubenarbeiter 779,98 K. Keine Arbeiterkategorie verdiente das vom Staate selbst fixierte Existenzminimum von 1200 K., und während der Jahre 1901 bis 1903 sanken die Durchschnittslöhne aller Kategorien der Bergarbeiter bei gleichzeitiger Steigerung der Preise für Lebensmittel. Der jährliche Durchschnittslohn in Eisen- und Stahlwerken betrug 1902 809,68 K. (im Jahre 1897 dagegen 817,14 K.), in den Brauereien und Mälzereien 952,14 K., in der chemischen Industrie 875,55, in der Baumwollenindustrie 555, in der

Leinenindustrie 488 K. Zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern gehören die Ziegeleiarbeiter. Die Misere der Heimarbeiter zeichnet W. Teifen mit kräftigen Strichen. Er führt uns den Glasschleifer vor, welcher das 30. Lebensjahr selbst als die normale Altersgrenze ansieht, er schildert uns den Hausweber, auf dessen Speisezettel selbst das trockene Brot als Leckerbissen figuriert, und der jahraus, jahrein von Wassersuppe und Kartoffeln lebt.

Im Jahre 1900 wurden die Wohnungsverhältnisse von 60 Mittelstädten Österreichs aufgenommen. Die Enquete erstreckte sich auf 226 525 Wohnungen mit rund 1 Mill. Einwohner. Die Enquete förderte die erschreckende Tatsache zu Tage, dass mit Ausnahme der zweiräumigen Wohnungen in den Alpen und Südstaaten fast alle ein- und zweiräumigen Wohnungen überfüllt waren, und zwar hausten in diesen überfüllten Wohnungen 507 554 Menschen. Den Zusammenhang zwischen Wohnungselend und den epidemischen Krankheiten beleuchtet Teifen durch sehr instruktive Daten. Im Jahre 1903 starben in dem proletarischen Bezirk Ossakring fast 7mal mehr an epidemischen Krankheiten und 5mal mehr an Tuberkulose, als im I. Bezirk. Die mörderische Wut der Volkskrankheiten, die furchtbaren Verstümmelungen der Arbeiter durch die Betriebsunfälle, den Wohlstand zerstörenden Einfluss der Massenarbeitslosigkeit belegt Teifen durch ein beweiskräftiges, trefflich gesichtetes statistisches Material. Die Lazarusgestalten der sozialen Not charakterisiert Teifen ergreifend in dem Kapitel *Kulturschlammi*. Das gross angelegte Werk T. W. Teifens ist eine wuchtige Propagandaschrift für den Sozialismus.

×
**Stickerel-
industrie**

× Die ostschweizerische Stickereiindustrie stellt sich im wesentlichen als der

Typus einer dezentralisierten, von dem Grosskapital abhängigen Verlagsindustrie mit Werkstatt- oder Hausbetrieb dar. In dieser Stickereiindustrie bildete sich im Jahre 1885 ein sozialwirtschaftlicher Verband, der wegen seiner Eigenart zum Gegenstand zahlreicher sozialpolitischer Monographien gemacht wurde. Jüngst hat Arthur Steinmann in den von Professor Herkner herausgegebenen *Zürcher volkswirtschaftlichen Studien den Zentralverband der Stickereiindustrie der Ostschweiz und des Vorarlbergs behan-*

delt. In seiner Schrift *Die ostschweizerische Stickereiindustrie* /Zürich, Rascher/ gibt er eine Darstellung der volkswirtschaftlichen sozialen Verhältnisse des ganzen Industriezweiges. Unsere Aufmerksamkeit fesselt vorwiegend die Geschichte des Stickereiverbandes. Dieser war kein rein beruflicher, gewerkschaftlicher Verband, denn er umfasste Einzelsticker, Kaufleute und Fabrikanten. Obwohl er sich im wesentlichen aus hausindustriellen Einzelstickern zusammensetzte und den sozialen Zweck einer Eindämmung der unerhörten Konkurrenz der Heimatarbeiter unter sich verfolgte, so war er dennoch kein hausindustrielles Kartell. Das Wesen des Verbandes trifft nach meiner Meinung Steinmann recht glücklich mit dem Ausdruck *Industriegenossenschaft*. Der Verband strebte die Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne und eine Beseitigung der Überproduktion an. Mitglied des Verbandes konnte jeder Maschinenbesitzer, sowie überhaupt jeder Arbeitgeber der Stickereiindustrie werden. Der Delegiertenversammlung blieb es unbenommen, zur Komplettierung der Kommissionen eventuell auch andere Interessenten im Verband aufzunehmen. Der Verband verfocht mit Erfolg die Interessen der hausindustriellen Einzelsticker gegen die Faktoren, gegen die Fergger, die von den Kaufleuten (Exporteuren) die Aufträge entgegennahmen und an die Arbeitnehmer, das heisst an die Einzelsticker und an die Fabrikanten verteilten. Der Verband führte in seinen Blütejahren eine Reduktion der Arbeitszeit, eine zeitweilige Einstellung der Sonntagsarbeit zur Vorbeugung der Überproduktion durch. Der Verband suchte, ebenfalls wegen der drohenden Überproduktion, einer unverantwortlichen Vermehrung der Maschinen entgegenzuwirken. Menschenwürdige Minimallohnsätze suchte der Verband schon in seinen Geburtsjahren zu erzielen. Der *Zentralverband der Stickereiindustrie* bestand von 1885 bis 1893, und er ging an den ungünstigen Marktverhältnissen, an den Krisen zugrunde, namentlich aber an seinem Unvermögen, der Arbeitslosigkeit auf die Dauer mit Erfolg zu begegnen. Die Not zwang vor allem die hausindustriellen Sticker, sich über die Verbandsvorschriften hinwegzusetzen. Durch die im Verbande bestehenden Klassengegensätze ist die Industriegenossenschaft nicht ruiniert worden. Die hausindustriellen Sticker der Ostschweiz sind sozialkonser-

vativ. Eine saubere Ausscheidung der Arbeitnehmer aus dem Verbande ist überhaupt nicht möglich; denn zu diesen müssen gerechnet werden die Fabrikanten, die als Maschinenbesitzer zugleich Kapitalisten und Arbeitgeber sind, die Fergger, die wiederum oft Maschinenbesitzer, auch wo sie in kleineren Verhältnissen selbst sticken, und Verpächter von Maschinen sind, ferner die Einzelsticker, die in der Regel Maschinenbesitzer und ihren Hilfskräften (den *Fädlerinnen*) gegenüber ebenfalls Arbeitgeber sind, und endlich die Fabriksticker, die allein als Arbeiter im modernen Sinn des Wortes, das heisst Besitzlose, betrachtet werden müssen.

Die Folgen des Zusammenbruches des Stickerverbandes waren für die Lage der Sticker sehr unheilvolle. Durch eine Umfrage der *Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Sankt Gallen* wurde im Jahre 1896 festgestellt, dass im genannten Kanton 2500 Kinder im Alter von 5 bis 15 Jahren täglich bis zu 7 Stunden ausser der Schulzeit mit Fädeln und ähnlichen Arbeiten beschäftigt waren. Bei spärlichem Licht wurden Kinder massenhaft Sonntags bei der Arbeit angetroffen.

Die ostschweizerische Stickereiindustrie leidet erheblich unter den tollen Launen der Mode. Geschäftliche Konjunktoren wirken daher geradezu verwüstend auf die Verhältnisse der Sticker. Es hat in der Stickereiindustrie eine sehr charakteristische Rückbildung der Fabrikbetriebe zu hausindustriellen Betrieben stattgefunden. Die ursprüngliche Konzentrierung der Arbeitskräfte in fabrikartig angelegten Etablissements erfuhr, so schreibt Steinmann, im Laufe der Zeit eine Zersetzung, eine Auflösung in hausindustrielle Betriebe, die von den Fabrikanten selbst, wegen des Risikos einer festen Fabrikanlage angesichts der unberechenbaren Schwankungen der Konjunktur, begünstigt wurde.

× **Krankenversicherung** ×
 Auf der 13. Jahresversammlung des *Zentralverbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands* vertraten 323 Delegierte 155 Krankenkassen und 28 Verbände mit 3340323 Mitgliedern. Im Kampfe gegen die Tuberkulose sind die deutschen Ortskrankenkassen stets im Vordertreffen gewesen. Namentlich haben sie die Errichtung von Walderholungsstätten, deren wir in Deutschland jetzt über 30 besitzen, planmässig und

kraftvoll gefördert. In seinem Vortrage *Wohnungsfrage und Krankenkassen* bezeichnete Dr. K. von Mangold die Wohnungsuntersuchungen der Krankenkassen als sehr verdienstvoll und riet zu einer breitesten Veröffentlichung der Ergebnisse dieser Untersuchungen durch die Presse. Schwere Missstände müssten nach Dr. von Mangold an die Behörden gemeldet werden, so dass eine Art Wohnungsinspektion daraus erwachse. Eine hohe gesundheitliche Bedeutung mass Dr. von Mangold den Laubenkolonien bei, die allerdings aus den ausbeuterischen Händen der Budiker befreit werden müssten. In der Ärztefrage erhob die Jahresversammlung des *Zentralverbandes der Ortskrankenkassen* die Forderung, dass bei einer Neuordnung des Arbeiterversicherungswesens die Organe der Krankenversicherung von der Gewährung freier ärztlicher Behandlung und freier Arznei entbunden werden sollten. Die Regelung der Gehaltsverhältnisse der Krankenkassenbeamten fand nach hitzigen Debatten durch die Feststellung eines Tarifs einen befriedigenden Abschluss.

× **Invalidenversicherung** Die Versicherungsanstalt für Oberfranken

verausgabte nach dem Verwaltungsbericht für das Jahr 1905 55 097,92 M. für das Heilverfahren und 5574,42 M. für Invalidenhauspflege. Die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau brachte in 4 Fällen Invalidenrentenempfänger in Invalidenhäuser im Jahre 1905 unter. Für die Walderholungsstätten zu Frankfurt am Main und Cassel machte die Landesversicherungsanstalt kleine Aufwendungen. Die Heilbehandlung erstreckte die Anstalt auf 1827 Personen, im verflossenen Jahre dagegen nur auf 1352 Personen. Die Landesversicherungsanstalt des Grossherzogtums Hessen liess im Jahre 1905 nach ihrem Geschäftsbericht 1371 Personen (im Vorjahre 1283 Personen) während 83 013 Pflagetage behandeln. Nach dem Geschäftsbericht der *Ernst-Ludwig-Heilstätte* hat sich die Beschäftigungskur bei den Patienten der Anstalt recht bewährt. Von 498 versicherten Patienten arbeiteten 410 und zwar insgesamt 57 051 Stunden. Für die Verbindung der hygienisch-diätetischen Kur mit der Behandlung der Patienten mit Tuberkulin tritt auf Grund seiner statistisch belegten Erfahrungen Dr. Lipp sehr warm ein.

Die thüringische Landesversicherungsanstalt erwarb im Jahre 1905 das Landgut *Debrahof* bei Rudolstadt, um die Invalidenhauspflege wesentlich zu erweitern. Der Betrieb des neuen Invalidenhauses wurde am 1. Februar 1906 eröffnet. Die Heilbehandlung wurde bei 2536 Personen (einschliesslich 333 Zahnersatz) im Jahre 1905 durchgeführt. Die Landesversicherungsanstalt Hannover legte bis Ende 1905 im ganzen etwas über 20 Mill. M. gleich 43½ % ihres Gesamtvermögens für den Arbeiterwohnungsbau an. Im verflossenen Geschäftsjahr warf sie allein 2¼ Mill. M. für diesen Zweck aus. Von den 20,16 Mill. M. flossen über 10,75 Mill. M. an Baugenossenschaften und ähnliche Vereinigungen ab.

× **Prostitution.** Hans Ostwald hat das Buch der Hedwig Hard *Beichte einer Gefallenen*

/Berlin, Ledermann/ herausgegeben und mit einer Vorrede versehen. Das Buch bereichert unsere Einsicht in die Psychologie der Prostituierten nicht wesentlich, es ist aber sehr geeignet, unseren glühenden Hass gegen die polizeiliche Reglementierung der Prostitution zu einer flammenden Tat gegen dieses brutale, das Menschenrecht des Weibes zertretende Überwachungssystem zu entfachen. Die sittenpolizeilichen Kontrollvorschriften, die brüsk die Mädchen aus der Öffentlichkeit zu vertreiben suchen, setzen diese fast ständig der polizeilichen Verhaftung aus. Befinden sich die Mädchen selbst in guter Gesellschaft, und überschreiten sie ihre polizeilich vorgeschriebene Ausgehzeit nur um wenige Minuten, so wartet ihrer eine mehrtägige Haftstrafe. »Wie schnell«, meint einmal die *Gefallene*, »hat da ein Mädchen eine Reihe von Vorstrafen, und ein Murmeln des Erstaunens geht am Gericht durch die Reihen der Zuhörer, heisst es, die Angeklagte hat fünfzig Vorstrafen, die sind bald zusammen.« Gegen die Arbeitsanstalten, in die mitunter die Prostituierten auf Jahre verwiesen werden, trägt die *Gefallene* ein sehr wichtiges Anklagematerial zusammen. Existieren der Dunkelarrest, die *Cachotte*, und das Marterinstrument, der Maulkorb noch in der barbarischen Form fort, wie sie von ihr beschrieben sind? »Den Maulkorb? Ich fragte: »Was ist denn das?« Da hörte ich, aus der Waschküche hätte eine, die frech gegen die Aufseherin gewesen war, den Maulkorb angehabt. Ein Instrument gleich einem

Feuerwehrhelm, das die Menschen dem Ersticken nahe bringt, und nur eine Stunde höchstens benutzt werden darf . . .

× **Kurze Chronik** In der sächsischen Textilberufsgenossenschaft wurden 1905 wegen der Erkrankung des Aufsichtsbeamten nur 119 Betriebe mit 9693 Personen revidiert. Das ist selbstverständlich eine ganz unzureichende Kontrolle. × Der 53. Katholikentag, der vom 19. bis zum 23. August in Essen tagte, hatte insofern eine gewisse sozialpolitische Bedeutung, als er in den Reden der katholischen Arbeitervertreter feierliche Absagen gegenüber dem Klassenkampf des Proletariats brachte. Die Versammlung sah in den Tarifverträgen eine den veränderten Wirtschaftsverhältnissen entsprechende Reform des Arbeitsvertrags; sie stellte sich in der Heimarbeiterfrage auf den Boden der Anträge Hitze und Genossen; sie sprach sich für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Feuerbetrieben der Eisenindustrie aus und legte sich für die planmäßige Förderung einer kommunalen Sozialpolitik ein.

× **Literatur** Der vorliegende IV. Band des *Bulletins des Internationalen Arbeiteramtes* verbreitet sich über den nationalen und internationalen Arbeiterschutz, über die Gewerbeberichte, über die Arbeitsämter, über die Arbeitslosenfürsorge etc. Über die parlamentarischen Arbeiten der Kulturstaaten und über die Hauptbeschlüsse der sozialpolitischen nationalen und internationalen Kongresse wird kurz referiert. Als treffliches Hilfsmittel wird jeder Sozialpolitiker die Bibliographie des *Bulletins* schätzen. × Das *Handbuch für Wohltätigkeit und Wohlfahrtspflege in Dresden* entwirft ein Bild der gesamten Wohlfahrts- und Wohltätigkeitspflege der Stadt Dresden. PAUL KAMPFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Vorortverkehr Die Vertreter von 50 preussischen Vorortgemeinden, die eine Erweiterung des Vorortverkehrs nach Berliner Muster wünschten, hatten mit dem preussischen Eisenbahnminister Breitenbach eine Unterredung, deren Ergebnis wieder einmal bekräftigt, dass die preussischen Staatsbehörden für die Städte nichts übrig haben, und dass die preus-

sische Eisenbahnverwaltung nur unter dem Gesichtspunkte des beschränktesten Fiskalismus arbeitet. Der neue Minister wies mit aller Entschiedenheit das Gesuch um Ausdehnung des Vorortverkehrs auf andere grosstädtische Agglomerationen zurück. Er bemühte sich, den Interessenten jeden Hoffnungsschimmer zu rauben, dass die preussische Eisenbahnverwaltung in der nächsten Zeit daran denken könne, diesem wichtigen Probleme staatlicher Wohlfahrtspflege näher zu treten. Allgemeine und wirtschaftliche Gründe ständen der Entwicklung des Vorortverkehrs im Wege. Er könne nur auf besonderen Geleisen betrieben werden; wie aber die Erfahrungen mit der Berliner Stadtbahn bewiesen, seien die Anlagekosten für solche Geleise so kolossal, dass niemals eine genügende Rentabilität erzielt werden könne. Der Vorortverkehr sei für die Eisenbahn das denkbar unrentabelste Geschäft. Die Verwaltung lege daher auch bei dem Berliner Vorortverkehr reichlich Geld zu. Bei diesem Mangel an Rentabilität wäre die Einrichtung eines Vorortverkehrs mit eigenen Betriebs- und Stationseinrichtungen eine Bevorzugung einiger Grosstädte auf Kosten der Allgemeinheit der Steuerzahler und eine Benachteiligung der Bewohner des platten Landes, die ohnehin schon ungünstigere Lebensbedingungen gegenüber den Handels- und Industriezentren hätten. Der Minister appellierte dann an die Kommunen und den privaten Unternehmungsgeist. Ihnen müsse der weitere technische Ausbau des Vorortverkehrs überlassen bleiben. Die Kommunen seien weit besser, als die Staatsbahnverwaltungen, in der Lage, sich mit Neuanlagen den örtlichen Bedürfnissen anzupassen. Sehen wir uns die Ausführungen des Herrn Ministers etwas näher an. Schon die grundlegende Behauptung, dass ein Vorortverkehr ohne besondere Geleise nicht möglich sei, ist absolut unzutreffend. Mit Ausnahme Berlins werden überall, wo ein Vorortverkehr ausserhalb Preussens besteht, die selben Geleise, die dem Fernverkehr dienen, auch für den Vorortverkehr benutzt. Damit fällt aber auch der Haupteinwand gegen die Rentabilität des Vorortverkehrs. Ob tatsächlich der Berliner Vorortverkehr so unrentabel ist, wie ihn der Minister hinstellt, darf füglich bezweifelt werden. Wäre er es aber, so läge die Schuld weniger an dem Vorortverkehr selbst, als an den absolut veralteten und unzu-

reichenden Einrichtungen, mit denen er betrieben wird. Der heutige Dampftrieb auf der Berliner Stadtbahn ist völlig unzureichend. Die Bahn steht schon seit längerer Zeit an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, ohne dass die dringend notwendige Elektrisierung, die eine viel schnellere Zugfolge gestattet, bisher vorgenommen wäre. Bei der Schwerfälligkeit und Rückständigkeit der preussischen Eisenbahnburcaukratie ist aber an eine schnelle Umgestaltung des Betriebes nicht zu denken. Man wurstelt in den unzulänglichen Verhältnissen ruhig weiter und leitet dann aus den ungenügenden Ergebnissen die Gründe ab, mit denen man die Ausdehnung des Vorortverkehrs auf andere Städte bekämpft.

Wesentlich für den Vorortverkehr ist dreierlei: eine rasche Zugfolge, eine möglichst hohe Zuggeschwindigkeit und billige Tarife. Man braucht nur die Einrichtungen des Berliner Vorortverkehrs zu studieren, um einzusehen, dass sie diesen drei Anforderungen in keiner Weise entsprechen. Die rasche Zugfolge kann mangels des elektrischen Betriebes nicht erreicht werden. Die Schnelligkeit der Beförderung lässt in der Tat alles zu wünschen übrig. Auch hier wieder ist zum guten Teil der Dampftrieb schuld, der die Zerlegung in kleinere Zugeinheiten, die Steigerung der Zuggeschwindigkeit und kurzes Anhalten unmöglich macht. Die Tarife sind ja scheinbar geringer, als die normalen. Bei der eigentümlichen Zoneneinteilung aber kommen die Vorteile der Mehrzahl der Benutzer nicht voll zu gute. Der Minister hat sich nun bereit erklärt, in der Frage der Zugverbindungen und des Fahrplans auf Verbesserungen hinzuwirken. Jede Tarifierabsetzung wurde von ihm jedoch glatt abgelehnt. Das ist aber das wesentliche. Ein Vorortverkehr kann nur mit möglichst billigen Tarifen existieren.

Was schliesslich den Appell an die Kommunen und den privaten Unternehmungsgeist angeht, so muss er bei den Vertretern der Kommunen geradezu komisch gewirkt haben. Gerade die Eisenbahnverwaltung ist es doch, die den Kommunen bei der Ausbildung des Nahverkehrs die grössten Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat. Man braucht nur an die Erfahrungen Berlins zu erinnern, das sich auf Schritt und Tritt bei der Ausbildung eines kommunalen Strassenbahnnetzes durch die gleiche Eisenbahnverwaltung gehindert sieht, die jetzt den

Kommunen die Einrichtung eines Vorortverkehrs empfiehlt. Man kann mit Sicherheit annehmen, dass sie alle ihre Machtmittel in Bewegung setzen wird, um den Bau rentabler kommunaler Vorortlinien zu verhindern, die der Staatsbahn Konkurrenz machen würden. Für absolut unrentable Linien haben aber die Kommunen so wenig Geld übrig, wie der Staat. Die Kommunen sind ferner bei der heutigen Lage der Gesetzgebung gar nicht, oder wenigstens nur unter den grössten Schwierigkeiten, im stande, solche Vorortbahnen zu bauen. Ausserhalb ihres Gebiets sind sie auf Verhandlungen mit den Vorortgemeinden angewiesen. Wie schwierig es aber ist, diese Gemeinden, die zum grössten Teile von Misstrauen und Eifersucht gegenüber der Zentralgemeinde erfüllt sind, unter einen Hut zu bringen, davon kann jede Stadtverwaltung ein Lied singen. Sollen also die Kommunen den Vorortverkehr übernehmen, so müssen zunächst einmal durch die Gesetzgebung ihnen die erforderlichen Vollmachten gegeben werden.

Wenn der Minister ferner ausführte, dass die Einrichtung städtischer Vorortverkehrsbetriebe nicht im Interesse der Allgemeinheit läge, so beweist eine solche Äusserung nur die Beschränktheit des Ressortministers, dessen Blick in die engsten Grenzen seines Ressorts gebannt ist. An der Dezentralisierung der Städte haben nicht nur diese, sondern eben so sehr das platte Land das grösste Interesse. Der Schwerpunkt unserer nationalen Wirtschaft liegt nun einmal trotz Herrn Minister Breitenbach in den Städten, und jede Massnahme der Staatsverwaltung, welche diesen zu gute kommt, muss auch auf das Wohlbefinden der anderen Teile unseres Wirtschaftskörpers zurückwirken. Gerade der Vorortverkehr kommt aber nicht so sehr der zentralen Stadt, als gerade den um sie herum liegenden wirtschaftlich nach ihr gravitierenden ländlichen Gemeinden zu gute. Weiter hat der Herr Minister zwar mit einigen Worten darauf hingewiesen, wie wünschenswert es sei, wenn die Grossstädte in den Vororten bessere Wohnbedingungen fänden, aber die richtige Wertschätzung der Aufgaben, welche der Verkehrsverwaltung auf dem Gebiete der Dezentralisierung der Grossstädte gestellt sind, sucht man in ihnen vergeblich. Tatsächlich ist aber die zweckmässige Anwendung der modernen Verkehrsmittel das Hauptwerkzeug, um

eine gesündere Wohnweise der Bevölkerung in den grossstädtischen Agglomerationen zu ermöglichen. An ihr haben aber nicht allein die städtischen Verwaltungen, sondern in gleich hohem Masse auch der Staat ein Interesse.

× Friedhofsord- ×
nung Der Frankfurter Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine neue Friedhofsordnung unterbreitet, die nach verschiedenen Richtungen hin interessant ist. Die früheren Friedhofsordnungen sind vollständig veraltet. Sie weisen eine weitgehende Klasseneinteilung auf, die, wie die Begründung des Magistrates hervorhebt, den heute geltenden Anschauungen nicht mehr entspricht, nach denen eine geringere Anzahl von Klassen, also eine grössere Gleichartigkeit der Begräbnisse erwünscht scheint. Die alte Friedhofsordnung hatte 5 Begräbnisklassen, von denen allerdings nur 2 hauptsächlich zur Anwendung kamen. Ausserdem waren die Taxen vielfach drückend, da für eine ganze Anzahl von Leistungen, die nicht von der städtischen Friedhofsverwaltung erfolgten, die Preise einseitig von den Begräbnisunternehmern festgesetzt wurden. Dieser Übelstand hatte die Stadtverordnetenversammlung schon im Jahre 1902 veranlasst, der fakultativen unentgeltlichen Beerdigung näher zu treten. Der Magistrat hatte aber einen dahingehenden Beschluss abgelehnt. Mit der jetzigen Vorlage will er den Stadtverordneten entgegenkommen. Es sollen einmal die städtischen Leistungen ausgedehnt werden, und ferner die Taxen nach der Höhe des Einkommens abgestuft werden.

In Zukunft soll es in Frankfurt eigentlich nur eine Klasse geben, die als die *Normalklasse* bezeichnet werden kann. Dabei wird aber, wie das nun mal heutzutage nicht anders möglich ist, den Wohlhabenden Gelegenheit gegeben, durch Benutzung eines besseren Sarges, eines reicher ausgestatteten Leichenwagens, die Stellung einer mehr oder weniger grossen Zahl von Leichenbegleitern und Begleitwagen eine zweite, höhere Klasse auszubilden. Durch eine entsprechende Abstufung der Gebühren sorgt der Entwurf dafür, dass diese pompösere Begräbnisart nur von Personen benutzt werden kann, die im Besitz eines recht grossen Geldbeutels sind. Bei dem normalen Begräbnis stellt nämlich die Stadt den Sarg und den Leichenwagen. Wird auf den Sarg verzichtet, so werden

die Gebühren für Erwachsene nur um 10 M. ermässigt, ein Betrag, für den ein kostbarer Eichensarg natürlich nicht zu beschaffen ist. Der Leichenwagen mit reicherer Ausstattung kostet 20 M. mehr. Findet die Bestattung vom Sterbehause nach dem Grabe ohne Beistellung statt, so ist wiederum eine besondere Gebühr von 20 M. zu entrichten. Für jeden Leichenbegleiter ist ferner eine besondere Gebühr von 3 M. zu bezahlen. Diese Beträge ergeben in Verbindung mit dem Gebührensatz, der neben ihnen zu entrichten ist, eine so bedeutende Summe, dass die Angehörigen der unteren und mittleren Klassen von diesen Einrichtungen keinen Gebrauch machen können. Es sind also durch diese Gebührenordnung die wohlhabenden Klassen aus der grossen Masse der Nichtbesitzenden herausgehoben. Hatte man bisher in Frankfurt 5 Begräbnisklassen, so wird man in Zukunft eine Normalklasse haben, und über ihr die Klasse des Pompes für die Reichen, die sich über die wimmelnde Masse der Zahlungsunfähigen erheben. Die Gebühren für die von der Stadt gewährten Leistungen sind nach der Höhe des Einkommens in 5 Klassen abgestuft. Der volle Satz wird von Einkommen mit mehr als 7500 M. erhoben. Dann ermässigt sich die Gebühr von 140 M. auf 110 M. für Erwachsene bei einem Einkommen von 5000 bis 7500 M., auf 70 M. bei einem Einkommen von 3000 bis 5000 M., auf 45 M. von 1200 bis 3000 M. und auf 30 M. für alle Einkommen unter 1200 M. Dafür leistet die Stadt die Dienstleistungen des Bestattungsordners und der Leichenfrau, den Sarg und die Einsargung, die Überführung der Leiche nach dem Friedhofe und zum Grabe, die Benützung der Leichenhalle und der Hallen zur Abhaltung von Trauerfeiern, die Herstellung und Schliessung des Grabes, die Einsenkung des Sarges. Nach der Begründung decken die Sätze bei der untersten Einkommensklasse die Selbstkosten nicht, decken sie in der Einkommensklasse von 1200 bis 3000 M. knapp und überschreiten sie in den höheren Klassen. Diese Degression der Gebühren nach der Einkommenshöhe ist ein sozialpolitisch richtiger Gedanke, dessen Ausdehnung auch auf andere Gebiete möglich ist. Wie wir der Frankfurter *Volksstimme* entnehmen, ist die Durchführung dieses sozialpolitischen Grundsatzes bei der endgültigen Feststellung des Entwurfes der Friedhofsordnung stark durch finanzielle Rücksichten beeinträchtigt worden. Ur-

sprünglich war nämlich beabsichtigt, in der untersten Stufe, das heisst bei den Einkommen bis zu 1200 M., die Gebühren nur dann zu erheben, wenn sie durch Leistungen von Krankenkassen, Sterbekassen, Armenverbänden u. s. w. gedeckt sind. Es ist zu bedauern, dass diese Bestimmung nicht beibehalten worden ist. Sie hätte den Anfang mit der Einführung der unentgeltlichen Beerdigung gemacht, die sich von hier aus allmählich sicher durchgesetzt hätte. Denn dass man diese Wohltat der Einkommenklasse 1200 bis 3000 M. auf die Dauer nicht hätte vornehmen können, bedarf keiner weiteren Begründung.

Als normal gilt dem Entwurfe die Beerdigung vom Leichenhause aus. Bei Bestattungen vom Sterbehause ohne vorherige Beistellung im Leichenhause wird eine besondere Gebühr erhoben, die mit 20 M. recht hoch gegriffen ist. Die Absicht war dabei offenbar, auf diese Weise eine möglichst allgemeine Benutzung der Leichenhallen zu erzwingen. In der Regel wird daher wohl auch die Bestattung vom Leichenhause stattfinden. Dem Besitz wird aber wiederum ein Privileg gegeben, das Privileg auf den Leichenkondukt, der allein schon aus Verkehrsgründen von den Strassen verschwinden sollte. Es ist nicht einzusehen, weshalb sich nicht der Magistrat zur obligatorischen Überführung aller Leichen in die Leichenhallen entschlossen hat. Wurden doch im Jahre 1904 von 4881 Leichen nicht weniger als 4514, also 92,48 %, in den Leichenhäusern beigelegt! Warum wird wegen der kaum 8 % der alte Zopf der Bestattung vom Trauerhause aus noch länger mitgeschleppt? Verbieta man diese, und macht damit die Leichenkondukte unmöglich, so wird auch der reichere Leichenwagen, die Stellung von Trauerkutschen und Leichenbegleitern überflüssig, und die Gleichheit des Begräbnisses viel leichter durchführbar, da alle die Momente wegfallen, bei denen die Entfaltung grösseren Pompes, die ja noch stets nach aussen hin wirken soll, möglich wäre.

Die Vorlage des Magistrats wurde einer Kommission überwiesen.

× **Waldschulen** ×
Nach dem Vorbilde Charlottenburgs hat auch Mühlhausen i. E. in diesem Sommer eine Waldschule eingerichtet, in der zunächst 100 schwächliche Volksschulkinder unterrichtet und tagsüber auch auf städtische Kosten verpflegt

werden. Die Ausgaben für jedes Kind wurden für sechs Monate auf 150 M. berechnet. Die Einrichtungskosten betragen 7000 M., zu denen vom reichsländischen Ministerium eine Beihilfe von 3500 M. bewilligt worden ist. Die Ergebnisse sind auch hier so günstige gewesen, dass der Gemeinderat beabsichtigt, im kommenden Jahre die Vorteile der doppelten Zahl von Schülern zuzuwenden. Über die Bedeutung und den Nutzen der Waldschule hat sich zwischen dem bekannten Grossindustriellen Schlumberger und dem Schularzt der Waldschule eine Diskussion entsponnen. Der letztere hebt mit Recht hervor, dass die Ferienkolonien keineswegs einen genügenden Ersatz für die Waldschulen bieten könnten. Nur dadurch, dass die elenden und blutarmen Proletarierkinder ganz aus der Ortsschule herauskämen und viele Jahre in guten Luft- und Nahrungsverhältnissen blieben, könnten Dauererfolge erreicht werden. Der Wert der Ferienkolonien bestände vor allem in der Kräftigung solcher Kinder, die durch akute Krankheiten geschwächt, im übrigen aber frei von chronischen Leiden sind. Für die letztere Kategorie käme allein die Waldschule in Betracht.

× **Kurze Chronik** ×
Der Leipziger Stadtrat hat grundsätzlich beschlossen, Sondervereinen, die der *Deutschen Turnerschaft* nicht angehören, städtisches Land nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Dieser Beschluss richtet sich gegen die der *Freien Turnerschaft* angehörige Vereine und beweist eine kleinliche Parteilichkeit, deren sich die Verwaltungsbehörde einer Grosstadt nicht schuldig machen dürfte.
× Die Mainzer Stadtverordnetenversammlung hat vor einiger Zeit beschlossen, die mit Schiefwuchs behafteten Kinder der Volksschule dem Institut für physikalische Heilmethoden zur Behandlung zu überweisen. 103 Volksschüler sind einer solchen Behandlung mit dem grössten Erfolge teilhaftig geworden.
× Die Stadt Essen hat mit der *Vereinigten Spar- und Baugenossenschaft* einen Erbbauvertrag abgeschlossen. Der jährliche Erbbauzins ist auf 2½ % des Grundstückswertes festgesetzt. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Parteitag in Mannheim *Non multa, sed multum:* mit diesen Worten könnte man wohl am besten den Mannheimer Parteitag charakterisieren.

Wenn wir von den zahlreichen, weniger wichtigen Anträgen absehen, hat er eigentlich nur den einen Hauptpunkt seiner Tagesordnung, den Massenstreik, zu einem endgültigen Abschlusse gebracht. Die beiden anderen, die Erziehungsfrage und die Regelung des Strafprozesses, kann man kaum als erledigt bezeichnen. Bei dem erstern wurden nur die beiden Referate entgegengenommen, bei dem letztern machte sich der Parteitag durch *en bloc*-Annahme der gestellten Resolution die Sache sehr bequem. Beide werden trotz der Rede des Vorsitzenden Singer noch einmal den Parteitag beschäftigen müssen. Für die Bearbeitung der Schulz-Zetkinschen Resolution wurde eine Kommission eingesetzt, die sie einer Prüfung unterwerfen soll. Auch über die Haasesche Strafrechtsresolution wird die Diskussion trotz der *en bloc*-Annahme unbedingt einsetzen müssen, da wichtige Punkte in ihr überhaupt nicht behandelt sind, andere zum Widerspruch herausfordern. Es sei hier nur auf das Polizeistrafrecht und -verfahren hingewiesen, die in der Resolution sehr summarisch behandelt sind, obschon gerade sie einer Reform an Haupt und Gliedern bedürfen. Die heutige Polizeiwirklichkeit zum guten Teile in dem mangelhaften Polizeistrafrecht und Polizeistrafverfahren ihre Stütze.

Starken Widerspruch hätte sicher die von den Referenten Schulz und Zetkin vorgelegte Resolution gefunden. Gerade die beiden von ihnen erstatteten Referate haben wieder einmal gezeigt, wie eigentümliche Auffassungen über das Wesen und die Bedeutung der Parteitage, und nicht nur dieser, sondern auch der Partei, in deren weitesten Kreisen verbreitet sind. Es ist doch wirklich nicht die Aufgabe eines Parteitags, sich ausführliche Referate über Geschichte der Pädagogik, das zukünftige, sozialistische Erziehungsprogramm, wie es vielleicht in hundert Jahren einmal — und dann wohl auch nicht in der Weise, wie es sich Genosse Schulz vorstellt — zur Ausführung kommen wird, über die gegenwärtige und zukünftige Familie, über Kindertrockenlegen und Kinderwagenschieben Vorträge halten zu lassen. Und ebensowenig ist unseres Erachtens der Ort, um dogmatische Glaubenssätze über die Umwertung der bürgerlichen Geisteskultur durch das Proletariat gemäss seiner eigenen *geschlossenen Weltanschauung*, die auch wieder nur von den beiden Referenten vorausgesetzt wird, zu prüfen

und festzulegen. Wenn Richard Fischer in der Diskussion über den Massenstreik äusserte, dass der Parteitag kein Konzil sei — und, fügen wir hinzu: ebenso wenig ein wissenschaftlicher Kongress —, so ist damit der Nagel auf den Kopf getroffen. Die Erkenntnis, dass zwischen Konzil und wissenschaftlichem Kongress auf der einen und politischen Parteiversammlungen auf der anderen Seite ein sehr wesentlicher Unterschied besteht, ist aber nur sehr wenig in unseren Reihen verbreitet; ganz sicher hat sie sich noch nicht praktische Anerkennung erworben. Um so erfreulicher waren die Debatten über den Massenstreik. Hier wurde doch endlich einmal ein Stück verloren gegangenen festen Bodens gewonnen, auf dem sich die nützliche Gegenwartsarbeit abspielen kann. Stand Jena in dem Zeichen eines *revolutionären* Taumels, so war Mannheim ein Kongress der Ernüchterung. Es ist ja in langen Pressdiskussionen vor dem Parteitage darüber gestritten worden, ob in der Partei der Gedanke an einen baldigen Massenstreik gepflegt worden, und wer sich diesem so wenig nutzbringenden Geschäfte mit besonderem Eifer gewidmet habe. Wir wollen uns hier in diesen Streit nicht einmischen. So viel kann aber nicht bestritten werden, dass in Jena eine *revolutionäre* Stimmung in der Partei geherrscht, aus dieser Stimmung heraus das Referat Bebel's und die Resolution über den Massenstreik entstanden sind, und dass sich der Parteitag in Jena mit dieser Resolution absichtlich in Gegensatz zu der Kölner Resolution der Gewerkschaften hat stellen wollen. Damit war in einer sehr wichtigen Frage der Konflikt zwischen den beiden grossen Zweigen der Arbeiterbewegung, Partei und Gewerkschaften, gegeben. Es ist das Verdienst des Mannheimer Parteitages, diesen Konflikt aus der Welt geschafft und die Basis für ein gedeilliches zukünftiges Zusammenwirken der beiden gelegt zu haben. Man hat von rechts und von links Entsagung und Entgegenkommen geübt, und aus dem Geiste der praktischen Duldung, des Kompromisses im Interesse der praktischen Gegenwartsarbeit ist die neue Resolution entstanden, die sicherlich zahlreiche Schönheitsfehler an sich trägt, deshalb aber nicht an Wert verliert. So wurde über den Massenstreik die Einigung zwischen Partei und Gewerkschaften erzielt; nach langem Streit hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Massenstreik in der gegenwärtigen Si-

tuation nicht in Anwendung kommen kann, da die Vorbedingungen für seine erfolgreiche Durchführung in keiner Weise gegeben sind. Darüber aber, ob der Massenstreik in der Zukunft einmal, und wann er in Anwendung kommen kann, brauchen wir uns heute noch nicht die Köpfe zu zerbrechen. Nicht minder wichtig ist die Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung als des gleichberechtigten Faktors der Arbeiterbewegung. Hoffentlich wird dieser Leitsatz nun auch wirklich Maxime des zukünftigen Handelns der Partei und ihrer Organe sein. Aus den Debatten über den Geschäftsbericht des Vorstandes seien nur zwei Punkte kurz hervorgehoben. Die Einwendungen, die bereits in Jena von zahlreichen süddeutschen Delegierten gegen die Zweckmässigkeit des neuen Organisationsstatutes erhoben wurden, haben sich schon in dem ersten Jahre seiner Anwendung als durchaus zutreffend erwiesen. Die Haltung einiger Landesorganisationen bei der Festsetzung der nach Berlin abzuführenden Beiträge gab Anlass zu scharfen Bemerkungen und Verstimmungen, die man sicher vermieden hätte, wäre man in Jena dem Rate der süddeutschen Genossen gefolgt. Der Konflikt zwischen dem *Vorwärts* und dem Genossen Stampfer zeigte, dass die Wunden, welche der Dresdener Parteitag geschlagen, noch immer nicht ausgeheilt sind. Wenn auch der Grad des Misstrauens und der Abneigung, mit dem sich zahlreiche leitende Parteigenossen gegenüber stehen, geringer geworden ist, verschwunden sind diese Gefühle noch nicht. Alles, was diesen langsamen Vernarbungsprozess stört, sollte aber gerade mit Rücksicht auf die sachliche Weiterbildung und Umgestaltung der politischen Ansichten unserer Partei vermieden werden. Unter diesem Gesichtspunkte war der Stampfersche Artikel gegen den *Vorwärts* durchaus überflüssig, und es hat nichts geschadet, dass dies auf dem Parteitage ausgesprochen wurde, so wenig die Form der Aussprache gefallen konnte. Ganz abgesehen davon, dass solche Zitatensbeweise stets nicht viel besagen und durch Zitatengegenbeweise entkräftet oder abgeschwächt werden können, war der Angriff Stampfers angesichts der Haltung des *Vorwärts* gerade vom politischen Standpunkt aus nicht sehr richtig. Freilich war es noch weniger zu billigen, dass der *Vorwärts* in seiner Abwehr, entgegen seiner in den letzten Monaten geübten rein sachlichen Methode

der Polemik, den Genossen Stampfer mit einigen persönlichen Schmähungen bedachte. Hoffentlich bleibt dieser, jetzt schon seltenere, Missklang in der Partei für lange Zeit hinaus der letzte! Als Ort für den nächsten Parteitag wurde Essen bestimmt.

× Parteitage und Vor dem grossen deut- ×
Konferenzen schen Parteitage haben, wie
alljährlich, eine ganze

Reihe Provinzial- und Kreiskonferenzen stattgefunden. Auf allen diesen bildete die Frage des Massenstreiks einen der hervorragendsten Verhandlungspunkte. Auf die Diskussion zurückzugreifen, scheint nicht angebracht, da mittlerweile der Parteitag über diese Frage entschieden hat. Deshalb soll aus den Berichten über die stattgehabten Konferenzen nur das Material herausgegriffen werden, das Zeugnis ablegt von der unaufhörlichen Agitations- und Werbearbeit, welche von den Parteigenossen in steter Kleinarbeit geleistet wird.

Die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg wurde am 2. September in Berlin abgehalten. Der Bericht der Agitationskommission erstreckte sich diesmal nur auf drei Vierteljahre; trotzdem sind höhere Aufwendungen für Agitation gemacht worden, als in der vorangegangenen Berichtsperiode. So wurden 96 000 *Fackeln* mehr verbreitet, als im vorigen Jahre, und der *Märkische Landbote* gelangte in 300 000 Exemplaren zur Verbreitung. Die beiden Provinzparteiblätter, das Brandenburger und das Forster, haben je etwa 10 000 Abonnenten. Die Zahl der politisch organisierten Parteigenossen betrug in der Provinz 15 822. Das von der Kommission vorgelegte Statut für die Provinzialorganisation wurde angenommen.

Der Bericht, der auf dem pommerschen Provinzialparteitag vom Parteisekretär gegeben wurde, zeugt von besonders tüchtiger Arbeit. Während 1905 in 10 von den 14 Wahlkreisen Pommerns 2865 politisch organisierte Genossen vorhanden waren, stieg im Jahre 1906 deren Zahl auf 4695, die sich auf alle 14 Kreise der Provinz verteilen. Dabei ist die Agitation in der Provinz nicht einfach. In 71 Orten bestehen Parteiorganisationen, aber nur in 36 Orten stehen Lokale zur Verfügung. Deshalb muss besonders die schriftliche Agitation eifrig betrieben werden. In den beiden letzten Jahren wurden zirka je 150 000 Kalender verbreitet, abgesehen von Stettin. Zur Agitation

für die Landbevölkerung wird ein Organ *Der Pommer* alle 2 Monate unentgeltlich herausgegeben. Die letzte Nummer erschien in einer Auflage von 15 000. Ausserdem wurden noch 15 000 verschiedene Broschüren zur Verteilung zur Verfügung gestellt. Für eine ganze Reihe von Orten wurden vom Parteivorstand Bibliotheken beschafft.

Der Parteitag für die Provinz *Ostpreussen* wurde diesmal in Insterburg abgehalten. In dieser zirka 30 000 Einwohner zählenden Stadt war erst vor etwa 2 Monaten ein sozialdemokratischer Verein gegründet worden, der aber jetzt schon gegen 300 Mitglieder zählt. Es braucht kaum gesagt zu werden, dass die Agitationsarbeit in jener östlichen Ecke des Reiches besonders schwierig ist. Um jedes Versammlungslokal muss oft jahrelang gekämpft werden, jeder kleinste Fortschritt erheischt die grössten Anstrengungen. Hier werden noch öffentliche Versammlungen aufgelöst, wenn Frauen daran teilnehmen, während dies jetzt im ganzen Reich unbeanstandet bleibt; auch aus dem Provinzialparteitag wurden die Frauen, selbst die Delegierten, ausgewiesen, und erst auf die eindringlichen juristischen Auseinandersetzungen des Genossen Haase, der sich in die Wohnung des Stadtoberhauptes begab, wurde schliesslich das Verbot zurückgezogen. Beschickt war der Parteitag von sämtlichen 17 Wahlkreisen durch 31 Delegierte. Diesen hatten sich zahlreiche Gäste, darunter viele Frauen, aus verschiedenen Wahlkreisen auf eigene Kosten angeschlossen. Es bestehen jetzt 10 Kreisorganisationen mit zusammen annähernd 4000 Mitgliedern. Gemäss dem Organisationsstatut der Partei wurde ein *Sozialdemokratischer Provinzverband Ostpreussen* mit dem Sitz in Königsberg gegründet. Beschlossen wurde ferner, den *Ostpreussischen Landboten*, anstatt, wie bisher, 14tägig, wöchentlich erscheinen zu lassen. Im ganzen wurde aus allen Kreisen von langsamen, aber steten Fortschritten berichtet.

Auf dem schleswig-holsteinischen Parteitag in Rendsburg waren 106 Delegierte beziehentlich Parteifunktionäre erschienen. Trotz Neuanschaffungen und bedeutenden Abschreibungen schloss das Kieler Parteiuunternehmen mit einem Nettogewinn von 5700 M. ab. Der Etat der Agitationskommission für das kommende Geschäftsjahr wurde auf 30 221 M. festgesetzt. Eine planmässige Agitation soll namentlich unter der länd-

lichen Bevölkerung betrieben werden. Als Parteisekretär wurde Genosse Barthels-Hamburg wiedergewählt.

Die Landeskonferenz der hessischen Sozialdemokratie tagte am 25. und 26. August in Mühlheim a. M. Sie war ausserordentlich stark besucht; 108 Orte waren durch 129 Delegierte vertreten. Der Jahresbericht des Landeskomitees und des Parteisekretärs zeigte, dass die Parteibewegung im Grossherzogtum Hessen im abgelaufenen Jahre einen bedeutenden Fortschritt erfahren hat. Das dürfte nicht in letzter Linie der Tätigkeit des im Berichtsjahre angestellten Parteisekretärs, Dr. David, zuzuschreiben sein. Die Gesamtorganisation umfasst 171 Ortsvereine mit 13 772 Mitgliedern, das sind 20 % der bei der Hauptwahl im Jahre 1903 abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen; eine Zunahme gegen das Vorjahr von 23,6 %. Für das ganze Land mit den vielen rein landwirtschaftlichen Bezirken ist dies kein ungünstiges Verhältnis. Im Laufe des Berichtsjahres wurden allein 43 Organisationen neu gegründet. Der Sekretär beabsichtigt, einen Stab von politischen Referenten dadurch heranzubilden, dass er an den 4 Sonntagen im Oktober vor- und nachmittags an 2 Hauptorten des Landes Referentenkurse abhält. Teilnehmer haben sich bereits in grösserer Anzahl gemeldet. Der Agitationskalender wurde in 131 566 Exemplaren hergestellt. Die Einnahmen und Ausgaben des Landeskomitees bilanzieren mit 23 698,12 M.; das Vermögen beträgt 7473,04 M., der Markenumsatz (à 10 Pf.) belief sich auf 296 800 M. Das Landeskomitee hatte im Einvernehmen mit den Giessener Genossen beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Landeskonferenz für die Provinz Oberhessen ein täglich erscheinendes Kopsblatt des *Offenbacher Abendblattes* herauszugeben; das in Giessen erscheinende Wochenblatt *Mitteldeutsche Sonntagszeitung* würde dann eingehen. Die Kreiskonferenz des oberhessischen Wahlkreises Friedberg-Büdingen hatte sich gegen diese Neugründung gewendet und ihrerseits an der dort verbreiteten *Frankfurter Volksstimme* festgehalten. Doch gelangte der Antrag des Landeskomitees mit allen gegen 3 Stimmen zur Annahme. Am 1. Oktober stellt also das Giessener Wochenblatt sein Erscheinen ein. Der jetzige Redakteur, Genosse Wetters, führt von Giessen aus die Redaktion des neuen Tageblattes.

×

×

Presse

Oberhessische Zeitung

heißt das neue, vom 1. Oktober ab täglich er-

scheinende Parteiblatt für Oberhessen. Die Offenburger Parteigenossen geben seit kurzem unter dem Titel *Volksblatt* ein Wochenblatt für den 6. und 7. badi-schen Reichstagswahlkreis heraus. Aus dem Verbreitungsbezirk der Erfurter *Tribüne* scheiden jetzt 2 Wahlkreise aus; Jena erhält ein Kopfblatt der *Leipziger Volkszeitung*, Nordhausen gibt ein eigen-es Blatt heraus. Dadurch verliert die *Tribüne* von ihren 10000 Abonnenten etwa 1600, deren Abgang durch besonde-re Agitation wieder wettgemacht werden soll. Die *Junge Garde* in Mannheim entwickelt sich sehr gut; die Auflage des seit April erscheinenden Blattes be-trägt jetzt schon zirka 4000. Die *Arbeitende Jugend* in Berlin hat ihre Sep-tembernummer im Festgewand herausgege-ben; die Nummer gilt dem zweijährigen Bestehen der Berliner Organisation, deren Geschichte in ihr dargestellt wird. Paul Göhre hat einen Artikel über den sittlichen Wert der Arbeit beige-steuert; auch die übrigen Aufsätze und Rubriken der 12 Seiten starken Nummer zeigen das Bestreben, die jugendlichen Arbeiter aufzuklären und zu charakterfesten Män-nern zu erziehen.

×

Kurze Chronik Die Parteigenossen von Frankfurt a. M. haben für ihre Bibliothek einen Bibliothekar angestellt. Auch die Cöl-ner Parteigenossen haben im Einverständ-nis mit den Gewerkschaften den gleichen Beschluss gefasst. Diese neueste Einrich-tung innerhalb der modernen Arbeiterbe-wegung verdient wohl als ein erfreu-liches Zeichen der Erstarkung der Ar-beiterbewegung und des steigenden Bil-dungsbedürfnisses der Arbeiterschaft ver-merkt zu werden. In der gleichen Rich-tung geht die vom Genossen Dr. Süde-kum geschaffene *Freie Wanderbücherei*, über die noch an anderer Stelle berichtet werden wird. × Der *Nationalrat* der sozialistischen Partei Frankreichs hielt am 2. September eine Sitzung ab, in welcher der Sekretär Dubreuilh den Rechenschaftsbericht vorlegte. Danach ist die Zahl der Mitglieder auf 52000 gestiegen. Viele Neugründungen von Ortsgruppen sind zu verzeichnen, und in vielen Gruppen hat sich die Mitglieder-zahl mehr als verdoppelt. × Die spa-nischen sozialistischen Blätter erlassen einen Aufruf zur Unterstützung der rus-

sischen Freiheitskämpfer. Von verschiede-nen Gruppen wird die Forderung er-hoben, dass die Mitglieder einen Monat lang einen Wochenbeitrag von je 20 Pf. zu gunsten der Russen beisteuern. Ein Zeichen weitherzigster Solidarität, wenn man das geringe Durchschnittseinkom-men der spanischen Genossen in Betracht zieht. × Ein ausserordentlicher Partei-tag des Kantons Zürich hat gegen die Gewaltakte der Regierung anlässlich der Streikbewegung Stellung genommen. × In Mailand fand eine Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationsen Italiens statt. × Ein Parteitag der finnischen Sozialdemokratie beschäftigte sich mit dem Eintritt des Genossen Kari in den Senat. Es wurde beschlossen, dass ein Parteimitglied, das in eine ausserhalb aller parlamentarischen Verantwortlichkeit stehende Regierung, wie der jetzige Senat, eintritt, dadurch aus der Partei ausscheidet. × In Bul-garien beschlossen die *Weitherzigen* auf ihrem 13. Parteitag, auf die Annähe-rung der sozialistischen Fraktionen des Landes hinzuwirken.

×

Literatur

Das kommunistische Ma-nifest von Marx-Engels ist in neuer Auflage

mit einem Vorwort von Kautsky im Ver-lage der Buchhandlung *Vorwärts* in Ber-lin erschienen. Der Preis der gut ausge-statteten Broschüre beträgt 50 Pf.; eine für die Massenverbreitung bestimmte Agitationsausgabe ist im Preise von 20 Pf. zu haben. × Die *Geschichte der deut-schen Sozialdemokratie* von Franz Mehring wird, wie der Verlag Dietz Nachf. in Stuttgart mitteilt, demnächst in 3. Auflage erscheinen; sie wird ein un-veränderter Abdruck der 2. Auflage sein, vor deren Herausgabe das ganze Werk einer eingehenden Durchsicht und Revision unterzogen worden ist. × *Ziele und Wege* /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/ betitelt sich ein kleines Schrift-chen, das von Adolf Braun herausgege-ben ist, und an welchem Hugo Linde-mann, Max Süssheim, Friedrich Stampfer und Clara Zetkin mitgearbeitet haben. Es behandelt und erläutert alle Punkte des zweiten Teil unseres Erfurter Partei-programms.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Litographen-gewerbe Nunmehr ist nach 15-wöchentlicher Dauer auch die Aussperrung im Litho-graphiegewerbe, über die wir bereits

kurz berichteten (vergl. pag. 606), beendet, und zwar in der Hauptsache mit einem Erfolge der organisierten Arbeiter. Diese erzielten die 8stündige Arbeitszeit für Lithographen, die 9stündige für Steindruckere, Bezahlung der Feiertage und eines Überstundenaufschlags und Regelung des Lehrlingswesens. Wichtig ist in dem zwischen dem *Senfelderbund* und dem *Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer* abgeschlossenen Vertrag auch die Bestimmung, dass bei Bedarf an Arbeitskräften die Mitglieder des *Schutzverbandes* sich verpflichten, die örtlichen Arbeitsnachweise des *Senfelderbundes* in erster Linie in Anspruch zu nehmen, solange paritätische Arbeitsnachweise unter Mitwirkung der Zentralleitungen nicht eingerichtet sind. Der Ausgang dieser Aussperrung ist in mehr als einer Richtung für die Gewerkschaften von Wichtigkeit. Haben doch die Unternehmer auch in diesem Falle die Arbeiterorganisation, zu deren Vernichtung sie eine Aussperrung entrierten, schliesslich anerkennen und ihr sogar weitgehende Zugeständnisse machen müssen. Welcher Erfolg für die Arbeiter umso schwerer wiegt, als ihre Organisation zudem noch durch eine gerichtliche Verfügung in ihrer Aktionsfähigkeit sehr beeinträchtigt war.

× **Kongresse und Verbandstage** ×
 Von dem 8. ordentlichen Verbandstag der Fabrikarbeiter, der vom 5. bis 11. August in Leipzig tagte, sind vor allen Dingen die Verhandlungen und Beschlüsse zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten bemerkenswert. Um jede Differenz mit anderen Organisationen zu vermeiden, will sich der Verband künftig lediglich die Ziegeleibetriebe, die Betriebe der chemischen Industrie, der Papiermacherei, der Zuckerfabrikation, die Molkereien, Brennereien und ähnliche Betriebe zur Organisation vorbehalten: ein Entschluss, der nur mit Freuden begrüsst werden kann. Das Eintrittsgeld wurde von 30 auf 50 Pf., der Beitrag für männliche Mitglieder von 30 auf 40 Pf. erhöht. Eingehend wurde auch die Frage der Organisation der Landarbeiter erörtert; für Landarbeiter beträgt der Beitrag 20 Pf. pro Woche. Für die Durchführung der Maifeier soll seitens der Verbandsleitung rege gewirkt werden; unter gewissen Kautelen werden Maifeierausgesperrte von der zweiten Woche an in der Höhe der Streikunterstützung unterstützt.

Vom 13. bis 18. August hielt auch der *Schneiderverband* seine Generalversammlung ab und zwar in Berlin. Aus diesen Verhandlungen sind von Wichtigkeit die eingehenden Diskussionen über die Taktik bei Lohnbewegungen und über den Abschluss von Tarifverträgen. Bei Abschluss von Tarifverträgen soll ein einheitliches Vertragsschema zur Verwendung gelangen und bei Tarifen mit unbeschränkter Gültigkeitsdauer eine dreimonatliche Kündigungsfrist vorgesehen werden. Die Einführung von Staffelbeiträgen wurde abgelehnt, dagegen wurden die Beiträge für männliche Mitglieder von 25 auf 35 Pf., die für weibliche von 10 auf 15 Pf. erhöht. 20 % der Beitragseinnahmen werden den Ortsvereinen überlassen. Die Reiseunterstützung wurde von 2 auf 3 Pf. pro km erhöht. Im Gegensatz zu den auf dem Gewerkschaftskongress vertretenen Anschauungen wurde die Notwendigkeit einer verstärkten Propaganda für die Arbeitsruhe am 1. Mai und für den Generalstreik betont. Der Vorstand wurde um ein besodetes Mitglied vermehrt. Ein internationaler Hutarbeiterkongress tagte vom 13. bis 16. August in Frankfurt a. M. Der von dem internationalen Sekretär Espanet-Paris erstattete Geschäftsbericht gab zu recht lebhaften Auseinandersetzungen Veranlassung, insoweit, als mehrere auf dem letzten Kongress in Brüssel /1903/ votierte Beschlüsse nicht zur Ausführung gebracht waren und die deutsche Organisation, der stärkste und rührigste aller in Betracht kommenden Hutarbeiterverbände, einer ungerechten Kritik unterzogen worden war. In Sachen der internationalen Streikunterstützung wurde beschlossen, dass im Falle eines von den Unternehmern provozierten Streiks, oder wenn 15 % der Mitglieder eines Verbandes ausgesperrt sind, aus einem internationalen Fonds Unterstützung gewährt wird. Das Sekretariat erhebt in diesem Fall pro Mitglied und Woche von den angeschlossenen Verbänden einen Beitrag von 5 c. Von der obligatorischen Einführung einer internationalen Reiseunterstützung wurde abgesehen. Das internationale Sekretariat wurde nach Altenburg verlegt, Metzschke zum Sekretär gewählt.

× **Gewerkschafts-** ×
kartelle *In Nr. 29 des Korrespondenzblatts* wird eine Übersicht über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftskartelle

im letzten Jahre gegeben. An der Statistik sind 465 Kartelle beteiligt, welche 6495 Ortsvereine mit 1 180 940 Mitgliedern umfassen; hiervon waren 16 870 Mitglieder von 41 Lokalvereinen und 1739 Mitglieder von sonstigen der *Generalkommission* nicht angeschlossenen Gewerkschaften. Danach waren 81,3 % der Mitglieder der Zentralverbände in Gewerkschaftskartellen vereinigt. Die Zahl der angeschlossenen Ortsvereine hat sich gegen das Vorjahr um 936 vermehrt, dagegen stehen in 199 Orten Ortsvereine der Zentralverbände den Gewerkschaftskartellen immer noch fern, und zwar waren 5,41 % der an den Kartellen bestehenden Ortsvereine den Kartellen nicht angeschlossen.

In 111 Kartellen werden Auskunftsstellen unterhalten, 56 Kartelle unterhalten ein Arbeitersekretariat, 7 unterhalten ein eigenes Bureau. In Berlin, Braunschweig, Breslau, Cassel, Charlottenburg, Köln a. Rh., Dresden, Elberfeld, Feuerbach, Frankfurt a. M., Hanau, Heidelberg, Kiel, Leipzig, Liegnitz, Mannheim, Mühlhausen (Thüringen), Offenbach a. M., Plauen i. V., Solingen, Stettin, Stralsund, Stuttgart, Trier, Wilhelmshaven und Zittau werden teils mit Unterstützung, teils ausschliesslich von den Gewerkschaftskartellen Gewerkschaftshäuser unterhalten. 44 Kartelle unterhalten eine Zentralherberge, 227 haben Zentralherbergen unter Aufsicht, 118 unterhalten Versammlungssäle, 4 einen Zentralarbeitsnachweis, 252 eine gemeinsame Bibliothek, 39 einen Lesesaal. Eine Beschwerdekommision für Gewerbeinspektionssachen ist in 149, eine Kommission für das Kost- und Logiswesen in 129, eine Bauarbeiterschuttkommission in 195 und ein Referentenachweis in 52 Kartellen vorhanden.

Diese Übersicht beweist, welch grosses Tätigkeitsfeld die Gewerkschaftskartelle der deutschen Zentralverbände haben. Im letzten Jahre ist von ihnen zudem eine besonders rührige Agitation entfaltet worden, auch unter den Frauen.

Die Gesamteinnahmen der Kartelle im Jahre 1905 betragen ohne die Einnahmen aus den Streiksammlungen 512 394 M., ausgegeben wurde von 455 Kartellen 499 671 M.; in 442 Kartellen war am Schlusse des Jahres ein Kassenbestand von zusammen 258 115 M. vorhanden. Durch Streiksammlungen vereinnahmten 290 Kartelle 948 166 M., davon wurden für Streiks am Orte 194 035 M., für auswärtige Streiks 718 757 M. verausgabt.

Von den Ausgaben der Kartelle sind folgende von Interesse: 40 773 M. für Agitation, 34 077 M. für Streiks, 18 787 M. für Vertreterwahlen, 2295 M. für statistische Erhebungen, 10 348 M. für Herbergen und Arbeitsnachweise, 41 883 M. für Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle, 128 632 M. für Auskunftserteilung, Bibliotheken und Lesehallen, 95 391 M. für Verwaltung u. s. w.

Zurzeit gibt es 518 Gewerkschaftskartelle.

× ×
Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftskartelle ×

Nach einer in Nr. 24 des *Gewerkvereins* veröffentlichten Zusammenstellung hatten die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften am Schlusse des Jahres 1905 in 2158 (1904: 2172) Ortsvereinen 117 097 Mitglieder gegen 111 889 im Jahre 1904, so dass im letzten Jahre eine Mitgliederzunahme von 5208 oder 4,6 % stattfand, gegenüber der Zunahme der modernen deutschen Gewerkschaften um 316 084 Mitglieder oder 28,3 % doch verschwindend wenig. Von den einzelnen Gewerkschaften hatten Mitglieder die Maschinenbau- und Metallarbeiter 49 516 (gegen das Vorjahr + 5889), die Fabrik- und Handarbeiter 19 598 (— 1581), die Kaufleute 14 614 (+ 2508), die Tischler 8078 (— 501), die Textilarbeiter 5365 (+ 1065), die Schuhmacher und Lederarbeiter 5210 (— 480), die Schneider 3840 (+ 10), die graphischen Berufe 2018 (+ 18), die Bergarbeiter 2189 (+ 1592), die Töpfer 1673 (+ 52), die Zigarren- und Tabakarbeiter 1399 (+ 297), die Bauhandwerker 1238 (— 93), die Frauen 1063 (— 97), und 6 kleinere Gewerkschaften mit unter 500 Mitgliedern. Die Einnahmen der Gewerkschaften betragen insgesamt 1 336 651 M. (1904 = 1 069 735 M.), die Ausgaben 1 170 219 M. (1 035 758 M.), die Kassenbestände 3 497 069 M. (3 264 402 M.). Davon befinden sich in den Gewerkschaftskassen allerdings nur 1 394 996 M., das Übrige sind Kassenbestände der Begräbnis- und Krankenkassen der Gewerkschaften. Verausgabt wurde für Verbandsorgane 133 581 M., für Agitation 102 899 M., für Aussparungen und Streiks 286 643 M., für Rechtsschutz 14 790 M., für Reise-, Notfall- und Umzugsunterstützung 67 802 M., Arbeitslosenunterstützung 193 746 M., Bildungsförderung 17 345 M., Ortsverbands- und Verbandssteuern 53 591 M., Drucksachen 67 871 M. und Verwaltungskosten 231 951 M. Früher rühmten sich die Gewerkschaften ihres vorzüglichen Unterstützungswesens. Ein Vergleich

ihrer Unterstützungsausgaben mit denen der freien Gewerkschaften wird aber zeigen, dass sie auch auf diesem Gebiete von letzteren weit überflügelt sind.

× **Frankreich** ×

Nach der vom französischen Arbeitsamt herausgegebenen Statistik wurden im Jahre 1905 in Frankreich 830 Streiks geführt, an denen 177 666 Personen direkt beteiligt waren. Die entsprechenden Zahlen des Jahres 1904 sind 1026 respektive 271 097. Der Rückgang der Streikbewegung wird auf die Vorbereitungen der diesjährigen Achtstundenbewegung zurückgeführt. Die grössere Zahl der Streiks, 486, wurden in weniger als einer Woche erledigt. Von den Streiks wurden 471 um die Erhöhung der Löhne, 271 um die Entlassung oder Wiedereinstellung von Personen und nur 133 (mit 52 918 Beteiligten) um Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Erfolgreich waren nur 184 der Streiks mit 22 872 Beteiligten, teilweise erfolgreich 361 Streiks mit 125 016 Beteiligten und 285 Streiks mit 29 778 Beteiligten. Zeigt sich in diesen Zahlen schon die grosse Schwäche der französischen Gewerkschaften, so tritt sie noch viel mehr in der Tatsache zu Tage, dass nur bei 677 Streiks die Arbeiter vollzählig oder teilweise organisiert waren; 153 Streiks waren also vollständig *wilde* Streiks, und nur in 56 Streiks wurde eine regelmässige Streikunterstützung gezahlt. Diese offiziellen Zahlen bestätigen nur, was wir in dieser Rundschau schon (pag. 693) geschrieben haben, dass die französischen Gewerkschaften alle Veranlassung haben, in mühsamer Kleinarbeit ihre Organisation aufzubauen, und nicht ihre Kräfte an *direkten* und anderen verfehlten Aktionen unnütz zu verpuffen.

× **England: Arbeitskonflikte** ×

Nach einer vor kurzem ausgegebenen Statistik des englischen Arbeitsamtes waren im Jahre 1905 in Grossbritannien 358 Arbeitskonflikte zu verzeichnen, an denen 93 503 Arbeiter beteiligt waren; insgesamt gingen durch Streiks 1 470 189 Arbeitstage verloren (im Jahre 1904 waren es 355 Arbeitskonflikte, 87 208 daran beteiligte Arbeiter und 1 484 220 dadurch verlorene Arbeitstage). Die grössten Konflikte waren im Bergbau, wo 40 448 ausständige Arbeiter gemeldet wurden, dann folgt die Textilindustrie mit 15 786, die Maschinenindustrie mit 9600, das Baugewerbe mit 6637 ausständigen Arbei-

tern. Es mag auf die ungünstige Geschäftslage zurückzuführen sein, dass sie zumeist zu gunsten der Unternehmer ausfielen. Das Ergebnis der Lohnkämpfe für die Arbeiter war folgendes:

Ursache des Konflikts	Es endeten		durch Kompromiss
	zu gunsten der Arbeiter	zu ungunsten	
Für Lohnerhöhung	2 517	4 038	6 193
Geg. Lohnerabsetzung	1 696	4 264	5 492
Lohnfragen	1 942	2 835	8 803
Insges. Lohnkonflikte	6 155	11 137	20 658
Arbeitsstunden	1 307	629	1 209
Wegen Beschäftigung bestimmter Personen	1 052	2 553	2 740
Anderer Arbeitsbedingungen	319	3 026	2 207
Gewerkschaftswesen	7 869	1 358	150
Verschiedene Ursachen	—	4 249	200
	in summa 16 702	22 943	27 464

Das heisst, von den 38 737 Arbeitern, die wegen Lohnfragen in Konflikt gerieten, hatten 16 % Erfolg, 29 % keinen Erfolg, 54 unterwarfen sich einem Kompromiss. Im Kampfe um die Arbeitszeit und um die Anerkennung der Organisation waren die Arbeiter erfolgreicher. Im ganzen hatten nur 24,7 % der Arbeiter Erfolg, wenn man von den Kompromissen absieht.

× **Kurze Chronik** ×

In der Frage der Vereinheitlichung der Lederarbeiterbewegung hat am 19. August eine Lederarbeiterkonferenz stattgefunden, die von den Zentralvorständen der Handschuhmacher, Kürschner, Lederarbeiter, Sattler, Schuhmacher und Portefeullier besucht war. Das praktische Ergebnis der Konferenz war, dass die Verbandsvorstände verpflichtet sind, über die gemeinsam zu betreibende Agitation in zurückgebliebenen Orten und Bezirken, sowie gemeinsam zu errichtende Zahlstellen besondere Vereinbarungen zu treffen. × In Cassel wurde der Grundstein zu einem neuen Gewerkschaftshaus gelegt. × In Gotha wurde von den Arbeiterorganisationen behufs Erwerbung eines Gewerkschaftshauses eine Genossenschaft gegründet. × Der erste der von der *Generalkommission* veranstalteten gewerkschaftlichen Unterrichtskurse ist am 20. August in Berlin eröffnet worden. Er dauerte bis zum 15. September; der zweite beginnt am 15. Oktober und endet am 10. November, der dritte wahrhaft vom 19. November bis 15. Dezember. × Der Xylographenverband vollzog auf seiner jüngst in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung seinen

Anschluss an die *Generalkommission der Gewerkschaften*.
ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Landwirtschaft

Trotz des gewaltigen Umfanges, den heute die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung bereits erreicht, geht ihr weiteres Wachstum immer noch in einem Tempo vor sich, das, wenn man die Zahl der neugegründeten Genossenschaften in Betracht zieht, das aller anderen Genossenschaften weit hinter sich lässt.

Auf der vom 16. bis zum 18. August in Oldenburg abgehaltenen 21. Jahresversammlung des *Reichsverbandes* konnte der Verbandsanwalt Haas von 805 im letzten Jahre neugegründeten ländlichen Genossenschaften berichten, deren Gesamtzahl sich jetzt auf 20 128 (= 80% aller deutschen Genossenschaften) beläuft. Diese zerfallen in 97 Zentralgenossenschaften, 13 591 Spar- und Darlehnskassen, 1939 Bezugs-, 2922 Molkerei- und 1579 sonstige Genossenschaften. Der weitaus grösste Teil dieser Organisationen ist im *Reichsverband* vereinigt, dem am 1. Juli 41 Verbände, 73 Zentralgenossenschaften und 16 829 Genossenschaften mit 1 750 000 Mitgliedern angehörten. Die Zentralkassen des Verbandes hatten im Jahre 1905 einen Gesamtumsatz von 3728 Mill. M. (gegen 3115 im Vorjahre) und Betriebskapital von 259 Mill. M. Auch der Umsatz der Zentralbezugs- und Absatzgenossenschaften hat sich bedeutend gehoben, nämlich von 99 auf 115 Mill. M. Der dabei erzielte Überschuss belief sich auf 1 395 480 M.

Die Referate der Jahresversammlung beschäftigten sich mit der Organisation des genossenschaftlichen Viehabsatzes, wobei eine Resolution, im Sinne einer Ausschaltung des Zwischenhandels, angenommen wurde, Organisation des Butterverkaufs, Mittel zur Erzielung einer höheren Liquidität der Zentral- und Kreditkassen, Fürsorge für Genossenschaftsbeamte und anderm. Sehr bedauerlich war es, das der als Gast vom *Bunde der Landwirte* anwesende konservative Major a. D. Endell es für nötig hielt, gegen die Annäherung des *Reichsverbandes* an das »sozialdemokratische Unternehmen«, den *Zentralverband deutscher Konsumvereine* zu protestieren, eine Bemerkung, die zwar keine Unterstützung, aber auch keine Zurückweisung seitens der Versammlung fand. Wir sind der Ansicht, dass sich der *Reichsverband* durch diese Unterlassung in Widerspruch mit seinem

eigenen Verhalten, das heisst der Entsendung eines Stellvertreters zum letzten Genossenschaftstag des *Zentralverbandes* und den dort seitens dieses Vertreters getanen Äusserungen (vergl. pag. 694) gesetzt hat. Wir sind davon überzeugt, dass nicht nur die vernunftgemässe Einsicht, sondern die natürliche Entwicklung je länger, je mehr diese beiden grossen Organisationsformen zur Annäherung aneinander drängen wird.

× **England**

Nach dem Berichte des Zentralaussschusses des Genossenschaftsbundes machte die englische Gesamtbewegung im Jahre 1905 folgende Fortschritte:

	1904	1905
Zahl der Genossenschaften	1 730	1 739
Davon erstatteten Bericht	1 709	1 734
Mitgliederzahl	2 213 422	2 269 479
Anteilkapital . . . M.	563 073 820	581 640 400
Umsatz	1 841 249 420	1 893 550 280
Reinüberschuss	209 960 600	209 163 260

Die einzelnen Genossenschaftsarten partizipieren an diesen Zahlen wie folgt (für die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind nur runde Zahlen angegeben; die Ziffern der englischen und schottischen C. W. S. sind diesmal nicht getrennt aufgeführt):

Art und Jahr	Zahl Mitglieder	Anteile (in M.)	Umsatz (in M.)	Reingewinn (in M.)
Grossinkaufsgesellschaften) 1904	1 429	30 479 680	532 209 360	12 859 680
) 1905	1 419	33 201 440	554 504 140	12 717 400
Konsumvereine) 1904	1 469	502 790 080	1 186 338 680	188 226 960
) 1905	1 457	521 543 480	1 221 739 820	199 184 760
Produktivgenossenschaften) 1904	149	18 067 480	62 049 080	4 437 860
) 1905	141	17 938 520	63 640 480	4 093 260
Rohstoffvereine) 1904	7	10 652 360	55 079 720	1 250 340
) 1905	4	7 535 580	41 807 780	1 079 860
Landwirtschaftl. Genossenschaften) 1904	93	595 300	3 565 460	106 640
) 1905	125	800 000	5 000 000	?
Besondere Genossenschaften) 1904	10	578 920	2 067 120	70 120
) 1905	10	601 380	2 258 060	87 920

Von dieser Gesamtzahl der englischen Genossenschaften gehören heute 76,2 %, die aber 93,6 % aller Mitglieder umfassen, dem Genossenschaftsbunde an. Nicht mit eingerechnet in den obigen Zahlen sind übrigens die irischen Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften, die ihre eigenen Zentralorganisationen haben. Über den Umfang der Eigenproduktion der beiden *C. W. S.* und der Konsumvereine erfahren wir diesmal leider nichts Näheres. Doch werden diese Daten später vom englischen Arbeitsamt veröffentlicht und sollen dann hier nachgeholt werden. In Bezug auf die landwirtschaftliche Eigenproduktion der Konsumvereine weiss das *Produktionskomitee* noch von keinen besonderen Erfolgen zu berichten. Doch teilt es mit, dass es eine Liste von auf diesem Gebiete praktisch erfahrenen Genossenschaften veröffentlicht habe, die bereit sind, solchen Vereinen, die sich diesem Tätigkeitsgebiet zuwenden wollen, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Sehr ausführlich ist der Bericht des *Bildungskomitees*, demzufolge im letzten Jahre 8775 Jugendliche und Erwachsene den vom Verband errichteten Unterrichtskursen, die sich mit Sozialwissenschaften im allgemeinen und Genossenschaftswesen im besonderen befassen, beiwohnten. An den Kursen für Genossenschaftsbeamte beteiligten sich 700 Personen. Das vereinigte Komitee der Gewerkschaften und Genossenschaften hatte wieder eine Anzahl Streitfälle zwischen Vereinen und ihren Angestellten zu erledigen.

× **Partei und Genossenschaft** ×

In Berlin ist wieder einmal die Frage einer Unterstützung der Konsumgenossenschaftsbewegung durch die Parteiorganisation aufgerollt worden. Am 4. August fand im Gewerkschaftsbaus eine Zusammenkunft der Vertreter der Parteiorganisationen, der Gewerkschaften, der Frauenvereine und der Konsumvereine statt, die sich mit diesem Problem befasste. Von seiten der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Redner wurde eine Förderung der Genossenschaften durch die anderen Organisationen für notwendig erachtet. Dagegen sprach die Vertreterin der Frauen, Genossin Baader, den Konsumvereinen in Berlin jede Zukunft ab, während der Parteivertreter auf Grund der Hannoverschen Resolution nur von einer wohlwollenden Neutralität der Partei wissen wollte. Es wurde eine

Resolution Umbreit-Katzenstein angenommen, die die Bildung einer Kommission von Gewerkschafts- und Genossenschaftsvertretern zur Förderung des Genossenschaftswesens vorsieht, zu der auch die Partei und die Frauen aufgefordert werden, Vertreter zu entsenden. Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine hat nun inzwischen die Frage behandelt und ist zu dem Beschlusse gekommen, eine Beteiligung an der Kommission abzulehnen, einmal in Berücksichtigung der Hannoverschen Resolution, sodann, weil er eine offizielle Propagierung der Genossenschaften durch die Partei als nicht im Interesse der ersteren gelegen betrachtet. Von den Frauen liegt noch keine weitere Äusserung vor.

Solange insbesondere von seiten der Partei ein solcher Standpunkt eingenommen wird, ist an einen energischen Aufschwung der Konsumvereinsbewegung in Berlin nicht zu denken. Die Schwierigkeiten, mit denen diese Bewegung dort zu kämpfen hat, sind bekannt. Der Weg, die Arbeiterbevölkerung zunächst durch grosse materielle Vorteile zu gewinnen, ist ihr verrammelt. Also bleibt nur die Beeinflussung und Gewinnung durch die idealen Momente, welchen Einfluss in erster Linie die Partei auszuüben befähigt ist. Dass schliesslich in der Organisierung des Konsums so kolossaler dichtgedrängter Arbeitermassen eine gewaltige wirtschaftliche und als deren natürliche Ausstrahlung politische Machtfülle verborgen ruht, dass den grösseren Anfangsschwierigkeiten auf der einen hier auch ganz andere Entwicklungsmöglichkeiten auf der anderen Seite gegenüberstehen, als etwa in sächsischen Industriedörfern, die Genossin Baader als einzig idealen Genossenschaftsboden hinstellte, das wird leider von seiten der diese Stellung einnehmenden Arbeiterführer und Führerinnen überschauen. Kommen wird ja diese Einsicht einmal. Möge sie nur nicht so spät kommen, dass inzwischen das mit so unendlicher Mühe und Opfern bis jetzt Aufgebaute zu Grunde gegangen ist, und wieder von frischem angefangen werden muss!

× **Gen: Vooruit** ×
Die berühmte, für die ganze belgische Bewegung vorbildlich gewordene Geneter Konsumgenossenschaft hat kürzlich das Fest ihres 25jährigen Bestehens gefeiert. Entstanden durch Abspaltung von einer bereits 1873 gegründeten

Bäckereigenossenschaft zählte sie bei Beginn 150 Mitglieder und widmete sich gleichfalls anfangs nur der Brotproduktion. Zwei Jahre nach der Gründung, 1883, wurde ein eigenes Bäckereigebäude errichtet, 1885 wurde auch der Vertrieb von anderen Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen in die Hand genommen. Immer weitere Unternehmungen schlossen sich im Laufe der Jahre an. Heute besitzt die Genossenschaft auf dem Marché du Vendredi ein grosses Zentralgebäude mit Versammlungssälen und Bureaux für die Partei- und Gewerkschaftsinstitutionen, einem Café und einer Bibliothek von 8000 Bänden, ferner eine Festhalle, eine neue grosse Bäckerei, die wöchentlich 100 000 Brote liefert, eine Weberei, die 110 Personen beschäftigt, eine Druckerei, in der unter anderem auch das sozialistische Tageblatt *Vooruit* hergestellt wird, ein Gebäude mit Zentrallager und Kaffeerösterei, eine Oelniederlage, 1 grosses Leinen- und Konfektionswarengeschäft, 13 Lebensmittelgeschäfte, 7 Apotheken, 1 Klinik und 1 Ledergeschäft. Ihr Umsatz erreichte im Jahre 1905 die Höhe von 3 040 000 fr. Die von ihr errichtete Krankenkasse zählt 25 000 Mitglieder, beschäftigt 17 Ärzte und gewährt bei einem Wochenbeitrag von 4 c. unentgeltliche ärztliche Pflege und Arzneimittel, auch Wöchnerinnenunterstützung. Ferner besteht eine Altersversicherung und eine Anzahl Einrichtungen zur Bildung und Unterhaltung der Mitglieder und der heranwachsenden Jugend.

Was wäre die Genter Arbeiterbewegung ohne den *Vooruit*? Was wäre aber auch der *Vooruit* ohne die Unterstützung der Arbeiterbewegung geworden? Eins allein so schwach, wie das andere.

× **Dänemark** ×
Die dänische Grosseinkaufsgesellschaft, der heute nahezu sämtliche dänische Konsumvereine (1029 von rund 1100) angehören, hatte im vergangenen Jahre einen Umsatz von 26 274 031 Kr. (gegen 22 500 000 Kr. im Vorjahre) und erzielte hierbei einen Nettoüberschuss von 1 172 598 Kr. (1 031 733 Kr.). Es wurde davon eine 5prozentige Umsatzrückvergütung verteilt, 110 000 Kr. zu Abschreibungen und Selbstversicherung verwandt und 3549 Kr. an die Fabrikarbeiter als Gewinnanteil vergeben. Wie bekannt, ist die Gesellschaft Besitzerin einer Anzahl grosser Fabrikanlagen; sie betreibt eine Schokoladen-, eine Zuckerwaren-, eine Tabak-

fabrik und eine Kaffeerösterei, in denen sie im Jahre 1905 für insgesamt 1 844 000 Kr. Waren herstellte. Zu diesen Unternehmungen sind im laufenden Jahre noch eine Seifen-, eine Tau- und eine chemische Fabrik gekommen, die kürzlich dem Betrieb übergeben wurden. Die Gesellschaft hat ausserdem die Geschäftsführung der *Sämereigenossenschaft dänischer landwirtschaftlicher Vereine* übernommen, die unter staatlicher Kontrolle auf eine Verbesserung der von den dänischen Samenzüchtern erzeugten Produkte hinarbeitet und deren Absatz auch im Auslande fördern will. Die Beteiligung an diesem Unternehmen wird verständlich, wenn man bedenkt, dass die dänischen Konsumvereine fast alle auf dem flachen Lande bestehen. Neben Kolonialwaren und den Erzeugnissen ihrer eigenen Fabriken liefert die Genossenschaft auch Manufakturwaren, Brennmaterialien und Fische.

× **Kurze Chronik** Der Banter Konsumverein, ein noch junger Verein mit etwa 5000 Mitgliedern, hat

eine Molkerei zum Preise von 34 000 M. erworben. Das Unternehmen ist mit allen nötigen Maschinen und Geräten ausgestattet und verarbeitet täglich 6- bis 7000 l Milch, an deren Lieferung 60 bis 70 Landwirte beteiligt sind. × Das *Württembergische Genossenschaftsblatt* teilt ein Gerichtsurteil mit, wonach ein Ludwigsburger Innungsmetzger verdonnert wird, an die Vergnügungskasse der Innung eine Strafe von je 100 M. zu zahlen für jeden einzelnen Fall, in dem er an Mitglieder des dortigen Konsumvereins Waren verkauft hat (5mal bis jetzt), und in dem ihm die gleiche Strafe für jede Wiederholung dieses Verbrechens in Zukunft angedroht wird. Muss das eine fidele Stadt sein! × Eine vom Verbandstag des deutschen Schneiderverbandes angenommene Resolution fordert die Konsumvereine auf, noch mehr, als bisher, im Sinne der Kölner Gewerkschaftsresolution die Lohnbewegungen der Konfektionsarbeiter zu unterstützen, und fordert andererseits die Kollegen auf, soweit das bisher noch nicht geschehen, unverzüglich die Mitgliedschaft in den Konsumvereinen zu erwerben. × Das *Wülflinger Lagerhaus* des *Verbandes schweizerischer Konsumvereine* wurde am 14. August mit allen Vorräten vom Feuer zerstört. Der Schaden, der sich auf rund ½ Mill. fr. beläuft, ist durch Versicherungen vollständig gedeckt.

KUNST

DichtkunstAusländische
Litteratur

Der ganze Sommer ist arm gewesen an guten deutschen Büchern. Ausser den Unermüdlichen, die zu jeder Zeit ihr gleichgültiges Werk fertigstellen, hat kein überragendes Talent etwas Dauerns geschaffen. Da muss Umschau gehalten werden in fremden Ländern. Des Amerikaners Upton Sinclair *Dschungelbuch*, das so grosses Aufsehen erregt hat, wird trotz seiner Qualitäten seinen Ruhm wohl nicht lange überleben. Es war zu heftig mit dem Willen, weniger mit der poetischen Intuition geschrieben. Ganz anders verstand es der Italiener Antonio Fogazzaro, brennende Fragen der Gegenwart künstlerisch darzustellen. Er hatte die Absicht, das geistige Werden seines Vaterlandes in den verschiedensten Entwicklungsepochen zu erzählen. Dass er die kirchliche Bewegung in dem Schlussband des Ringromans, dem *Heiligen*, als das herrschende Geisteselement der italischen Gegenwart ansieht, gibt zu denken. Dieser gewaltige Organisationskörper der katholischen Kirche ist nach seiner Meinung noch heute von so unvergänglicher Kraft, dass er jeden Widerstand anderer Anschauungen mit einem Zucken nur niederwirft, dass der Verfasser sich unbedingt in seine rigorose Macht stellt, als er in den Verdacht kam, Makelhaftes am Reiche Petri gesucht zu haben. Fogazzaros *Heiliger* /Leipzig, Georg Müller/ ist von so werktätiger Ethik und Askese, dass er fast wie ein unmoderner Widerpart erscheint gegen die Ethiker der Freiheit und der Zerrüttung, die auf menschliche Erziehung und mystische Enthaltensamkeit mit skeptischem Lächeln hinunterschen und einzig an die Triebkraft der physischen Energie des Beseelten glauben.

Franzosen hängen an einem solchen Evangelium der Sinnlichkeit derartig zäh, dass es oft schwer wird, auch in ihren besseren Erzählern und Dramatikern die leichtfertig gebildete Zote von der ersten moralischen Absicht zu trennen. Der Theaterdichter Maurice Donnay und die Erzähler Victorien de Saussay und Pierre Valdagne sind Autoren, deren Begabung und Wert so zweideutig ist. Gewiss muss Donnay in seinen *Liebesleuten*, deutsch im Verlag *Harmonie* in Berlin, als ein anmutiger Szenenführer gelten, der seine Menschen durch fünf

geistreiche Akte nicht gerade überwältigend, aber doch angenehm witzig und nachdenklich reden lässt. Es fragt sich aber, ob diese Routine im Prägen neuer Halbheiten, im Erfinden nie möglicher Situationen, mehr ist, als ein kaltblütiges, angewöhntes Arbeiten, das mit dem vom echten Erlebnis bestimmten Schöpfen sehr oberflächlichen Zusammenhang nur hat. Da fällt die Antwort dann sehr zu ungunsten des leidlich klugen Mannes aus, dessen Paradoxe nur dem Gutgelaunten nicht langweilig werden. Und so auch die Erzähler. Sie haben ein Problem. Ist es nun angeborener Hang zu überflüssig schlüpfriegen Vorstellungen oder Rechnung auf das frivole Gelüst eines irrenden Publikums, sie entkleiden ihre Frauen mehr, als es nötig ist, sie reden von ihren Frauen und Männern fortwährend so Hitziges und Brünstiges, als wäre ganz Frankreich von einer sexuellen Satyriasis endemisch durchsucht. Man muss gerade kein Prüder sein, um an dem fortwährenden Getue in den Damenbetten kein Gefallen zu finden. Saussays *Schönheit* /Budapest, Grimm/ ist der flott geschriebene Roman vom Lügenleben einer Courtisane, die ihrem wirklichen Liebhaber aus Daseinsnot untreu werden muss, um in den Armen des zahlenden Freundes Tage voll scheinbarer Pracht und geheimer Tränen hinzubringen. Valdagne berichtet in *Liebe nach Grundsatz* /ebenda/ von einem Manne, der nach ausgeklügelter Maxime die Herzenszärtlichkeiten durchkosten möchte. Er möchte nur den Leib und nie die Seele und endet nach den Schwankungen zwischen diesen Extremen bei der nüchternen Hausbackenheit, bei der legitimen Ehe aus Vernunft. Des gleichen Verfassers *Tutti* /ebenda/ ist ein sehr gut gelungener Roman, die Geschichte einer Dreissigjährigen, die sich verkauft, um ihre Tochter in irdischer Überglücklichkeit zu sehen. Das ist ein Buch von grosser Tüchtigkeit, ein Werk, das um vieles höher steht, als des Autors erste Arbeit.

All diese Poeten sind Lockerer der Moral. Sie stürzen das bisher Bindende so entschieden, dass in einer Szene die Frau sich wie der athletische Don Juan benimmt. Sie packt kurzerhand und mit stählernen Gelenken den Mann auf ihre Arme und trägt ihn zu dem Versteck, das von himmelblauem Baldachin überdacht ist. Ihnen würde die Welt der Ideen unausstehlich sein, in die Selma Lagerlöf ihre Gedanken vertieft. *Legenden und Erzählungen* hat die Schwe-

din ihr jüngstes. bei Langen in München erschienenes Werk benannt. Man hat einmal dieser Dichterin den höchsten Preis zuerteilt. Das darf heute nicht mehr sein. Sie ist eine Schwächere geworden, verlor von der leuchtenden Farbigkeit ihrer Sprache und büsste die wilde und kochende Phantasie im wesentlichsten ein. Nur eines ist ihr geblieben: die romantische Schwärmerei für schöne Gleichnisse, an denen Gottes Allgerechtigkeit und fromme Andacht heischende Gewalt sichtbar werden. Sie schickt die Mutter des Himmelspfortners Petrus in die Hölle, obgleich ihr Sohn das Paradies für sie beim ewigen Vater erbettelt. Sie dichtet die italienische Heiligenchronik um, immer starre Lippendiensterei und eifernde Gläubigkeit im Auge behaltend. Dies würde gar nichts schaden, sofern ihr nur die besiegende Wortmacht des *Gösta Berling* zu Gebote stände. Sie ist aber müde und redselig geworden, ähnlich ihrer nordischen Schwester E. Key.

× **Kurze Chronik** Unser **Wilhelm Raabe** ist am 8. September 75 Jahre alt geworden. Ein Gedenkbüchlein Rehtwischs, das bei Georg Wigand in Leipzig erschien, feiert diesen Tag in würdiger Weise. × *Avine Sunder* heisst ein Skizzenband **Hans Hyan's** /Gross-Lichterfelde, Langenscheidt/. Die Sächelchen sind in der geschickten Art des Autors geschrieben, der kein Poet ist, aber für das Eigenleben der Spitzbuben und Rinnsteinjünger ein geübtes Auge besitzt. × *Der Simplissimuskalender* für 1907 /München, Langen/ enthält gute Bilder, nicht durchweg gute Witze. × In 20 Akten dichtete der geduldige **Karl Weiser** das Trauerspiel *Jesus* /Leipzig, Ph. Reclam/.

MAX HOCHDORF

DIVERSA

Bücher

Geschichte der Frankfurter Zeitung Das Fest des 50jährigen Bestandes der *Frankfurter Zeitung* hat den Anlass zu einer bedeutsamen Publikation gegeben. Die *Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856 bis 1906* /Frankfurt a. M., Verlag der *Frankfurter Zeitung*/ ist ein Sammelwerk, das von dem Direktor der Zeitung, Th. Curti, im Plan entworfen und von ihm im Verein mit etlichen zwanzig Personen (teils Redakteuren, teils Mitarbeitern und Freunden des Blattes) abgefasst und dem Begründer der Zeitung, Leopold Sonnemann, als Festgabe dar-

geboten worden ist. Auf 976 Seiten in Grossquart gibt es mit der Geschichte des hervorragendsten Organs der bürgerlichen Demokratie Deutschlands zugleich eine eigenartige, fesselnde Chronik der Zeitepoche, der die ersten 50 Jahre dieses Blattes angehören. Die Geschichte der inneren und äusseren Politik, der Wirtschafts- und Rechtsentwicklung, von Handel und Geldverkehr, wird von fachkundigen Federn in den zusammen 191 Kapiteln des Buches, das in 4 Perioden abgeteilt ist, in lebensvoller Darstellung geschildert, und in der Geschichte des Feuilletons der Zeitung auch die Entwicklung von Literatur und Kunst beleuchtet. Eine Würdigung im einzelnen und ebenso eine Kritik der Zeitung und ihrer Politik soll an dieser Stelle nicht gegeben werden. Aber nicht unerwähnt soll bleiben, dass die *Frankfurter Zeitung* das erste grosse bürgerliche Blatt Deutschlands gewesen ist, das gesucht hat, den Bestrebungen der Sozialdemokratie mit Verständnis für deren politische, wie wirtschaftliche Seite entgegenzukommen respektive solches Verständnis bei seinen Lesern zu wecken. Neben hervorragenden Gelehrten auf den verschiedenen Gebieten allgemeinen Wissens haben denn auch eine Anzahl sozialistischer Schriftsteller als gelegentliche oder ständige Mitarbeiter in den Listen dieses Blattes figuriert, das im Laufe der Zeit ein Weltblatt geworden ist und in der Reihe der Blätter, die auf diesen Titel Anspruch haben, sich durch eine eigene, kontinuierlich innegehaltene und keiner Regierungsgewalt dienstbare politische Tendenz ausgezeichnet hat. Man kann dies anerkennen, ohne die Differenz zwischen bürgerlicher Demokratie und Sozialdemokratie irgendwie zu übersehen. Es hat Zeiten gegeben, wo es in der deutschen Sozialdemokratie sehr angenehm empfunden wurde, dass wir eine *Frankfurter Zeitung* hatten, und, wie es Kulturgüter gibt, die über die Klassengegensätze hinweg ideelle Gemeinschaften möglich machen, so kann man politischen Verdiensten gerecht werden, ohne der Kämpfe zu vergessen, die man mit ihrem Träger ausgefochten hat. Als einer, der manchen Strauss mit der *Frankfurterin* gekämpft und nie eine Zeile für sie geschrieben hat, glaubt Schreiber dieses sich berufen, bei diesem Anlass auch der Dienste zu gedenken, die sie direkt und indirekt der Sache des demokratischen Fortschritts in Deutschland geleistet hat.

EDUARD BERNSTEIN

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLANDER IN ORANIENBURG · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON GUTENBERG DRUCKEREI UND VERLAG A. G. IN BERLIN